



Bernhard Kolb: Die Juden in Nürnberg 1839 - 1945

bearbeitet von

Gerhard Jochem

Inhalt

- 0 [Einleitung des Bearbeiters]
- 1 [Widmung]
- 2 Vorwort
- 3 [Vorgeschichte der Israelitischen Kultusgemeinde 1839 - 1857]
- 4 Geschichte der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg nach deren Neugründung im Jahre 1857
 - 4.1 Die Verwaltung [1857 - 1919]
 - 4.2 [Die Entwicklung des Antisemitismus in Nürnberg bis 1945]
 - 4.3 [Die Entwicklung der Gemeinde 1919 - 1933]
 - 4.4 [Das Gemeindeleben bis zur "Reichskristallnacht"]
 - 4.5 [Die "Kristallnacht" und Dachau]
 - 4.6 [Erwerbsleben, Zwangsarbeit, Steuern, Auswanderung]
 - 4.7 Die Evakuierungen [1940 - 1943]
 - 4.8 [Theresienstadt, Befreiung, Rückkehr und Emigration]
- 5 Das Rabbinat [1866 - 1945]
- 6 Gottesdienst und Synagoge
- 7 Unterrichtswesen
- 8 Friedhöfe
- 9 Gemeindliche Institutionen und Vereine
- 10 [Anhang]
 - 10.1 Mitglieder der [Gemeinde-] Verwaltung ab 1925, soweit noch feststellbar
 - 10.2 Verzeichnis der Stiftungen [1867 - 1931]
 - 10.2.1 [Für die Kultusgemeinde]
 - 10.2.2 [Für die Allgemeinheit]
 - 10.3 Tagebuchfragment aus dem Jahre 1943
 - 10.3.1 Der Schlußakt in Nürnberg

10.3.2 Weg in die Fremde

10.3.3 Theresienstadt

11 [Verzeichnis der vom Bearbeiter verwendeten Literatur]

[Einleitung des Bearbeiters]

Bernhard Kolbs Manuskript von 1946 mit dem Originaltitel "Die Juden in Nürnberg. Tausendjährige Geschichte einer Judengemeinde von ihren Anfängen bis zum Einmarsch der amerikanischen Truppen am 20. April 1945" ist wegen des nahezu völligen Fehlens zentraler Überlieferungen wie die der jüdischen Zwischenkriegsgemeinde und der Gestapoleitstelle Nürnberg der wichtigste Quellentext zur Geschichte des Judentums in der Stadt für die letzten zwanzig Jahre bis zu seiner nahezu völligen Vernichtung (1925 - 1945). Diese besondere Qualität erhält Kolbs Werk zum einen dadurch, daß er hierfür die heute wieder bei der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg befindlichen Protokollbücher des Gemeindevorstands bis 1933 auswerten konnte. Ab 1933 mußte er die Ereignisse wegen des Mangels an Dokumenten aus seiner eigener Erinnerung rekonstruieren. Kein anderer wäre dazu besser in der Lage gewesen als Kolb, da er seit dem 08.02.1923 ununterbrochen bis zur endgültigen Auflösung der Restgemeinde im Juni 1943 für diese Körperschaft tätig war (s. Biographie) und zugleich über ein hervorragendes Gedächtnis verfügte. Zweifellos war sich Kolb seiner besonderen Stellung als bester Zeitzeuge für diese schicksalsschwere Epoche jüdischen Lebens bewußt, was ihn zur schriftlichen Fixierung seines Wissens trieb und uns die umfassendste authentische Quelle zu den Geschehnissen in Nürnberg bescherte.

Im Rahmen der *rijo* Website ist aber auch der von Kolb detailreich und quellenorientiert geschilderte Zeitabschnitt seit dem Wiederbeginn jüdischen Lebens in Nürnberg im 19. Jahrhundert von großem Wert, da nun dieses Wissen erstmals online für die Forschung verfügbar ist.

Seit Fertigstellung des Manuskripts, von dem sich Kopien sowohl im Stadt- wie im Staatsarchiv Nürnberg befinden - der folgende Text richtet sich nach der im Stadtarchiv unter der Signatur F 5 Nr. 404b vorhandenen Fassung - haben sich zahlreiche Autoren seiner bedient, allen voran Arnd Müller für sein Standardwerk "Geschichte der Juden in Nürnberg 1146 - 1945" (Nürnberg 1968), aber auch das Buch "Mitten in Nürnberg" wäre ohne Kolbs Vorarbeiten nicht möglich gewesen. An dieser Stelle werden nun erstmals nach 57 Jahren seine wichtigsten Teile im Originaltext und mit erläuternden Fußnoten versehen veröffentlicht.

Dieses *rijo*-Projekt wäre ohne die Unterstützung unserer Freunde nicht möglich gewesen. Hierbei gilt mein Dank in erster Linie Mr. Herbert Kolb, dem Sohn Bernhard Kolbs, der uns die Veröffentlichungsgenehmigung erteilte. Die Übertragung des umfangreichen Typoskripts in digitale Form ermöglichte Mrs. Margaret Marketa Novak durch eine Spende für *rijo*.

Editorische Grundsätze

Vordringlichstes Ziel des Vorhabens war es, den Kolbschen Text unter Verifikation seiner Angaben möglichst authentisch zu präsentieren. Deshalb beschränken sich die ungekennzeichneten Änderungen auf die Korrektur von Orthographie- und Interpunktionsfehler. Alle anderen Ergänzungen befinden sich in eckigen Klammern, die auch die editorisch notwendigen Auslassungen anzeigen. Um das Zitieren zu erleichtern, wurden die Seitenzahlen des Manuskripts ebenfalls in eckigen Klammern eingefügt.

Zur besseren Erschließung der enthaltenen Information wurde die ursprüngliche Gliederung stärker differenziert. Soweit in diesem Rahmen möglich, werden Termini, die beim Leser nicht als bekannt vorausgesetzt werden können, mittels Fußnoten erläutert. Hier finden sich ebenso zusätzliche Informationen zu zentralen Begriffen wie biographische Angaben zu den wichtigsten genannten Persönlichkeiten. Da Kolb im Originaltext keine Fußnoten verwendete, stellen sämtliche nun darin enthaltene Anmerkungen Ergänzungen des Bearbeiters dar. Die dafür verwendete Sekundärliteratur wird im Abschnitt 11 nachgewiesen.

Januar 2003 / Juni 2007

Gerhard Jochem

Bernhard Kolb: Die Juden in Nürnberg 1839 - 1945

[1 Widmung]

[S. 1] Dem Andenken meiner geliebten Tochter Erna Neuberger, geb. Kolb, geboren am 31. Juli 1923, im Monat März 1945 im Konzentrationslager Bergen-Belsen mit ihrem 2 Tage alten Kind aus dem Leben geschieden (1) [und] deren Ehemann Julius Neuberger, dem letzten Lehrer und Prediger der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, geboren am 18. Mai 1905, verschollen in einem Konzentrationslager 1944/1945 (2), sowie den übrigen 1562 (3) Mitgliedern der Israelitischen Kultusgemeinde, die in verschiedenen Konzentrationslagern ihr Leben lassen mußten, gewidmet.

[S. 2]

[2] Vorwort

Über die ersten Ansiedlungen von Juden herrscht das gleiche Dunkel, wie über die Entstehung der Stadt Nürnberg selbst. Dadurch sind alle in früheren Jahrhunderten erschienenen Schriften keine zuverlässigen Quellen und widersprechen sich oft in wesentlichen Punkten. Soweit in dieser kurzen Schilderung dies angängig war, wurde die "Geschichte der Juden in Nürnberg-Fürth von Hugo Barbeck" (4), die Gedenkschrift "Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg von Dr. Bernhard Ziemlich" (5) und "Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg von Dr. Max Freudenthal" (6) als Quellenmaterial herangezogen. Im Jahre 1943 mußte der Verfasser im Auftrage der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) Nürnberg eine Beschreibung über die Entstehung und weitere Entwicklung der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg anfertigen. Das Manuskript ging durch Bombenschaden des Polizeipräsidiums zu Verlust. Am 10. Juni 1943 wurden sämtliche Akten der Verwaltung der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg von der Gestapo beschlagnahmt und vernichtet, so daß für die Zeit ab 1925 der Gang der Ereignisse nach dem Gedächtnis geschildert werden mußte.

Die Einteilung erfolgte in Anlehnung an die Schrift Dr. Freudenthals, damit jeweils zu große Zwischenabhandlungen vermieden werden konnten. (7)

Fußnoten

- (1) Vgl. Gerhard Jochem, Ulrike Kettner: Gedenkbuch für die Nürnberger Opfer der Schoa - Ergänzungsband, Nürnberg 2002, Eintrag Nr. 1424.
 - (2) Vgl. Gerhard Jochem, Ulrike Kettner: Gedenkbuch für die Nürnberger Opfer der Schoa, Nürnberg 1998, Eintrag Nr. 1427 (Todestag 21.02.1945 im Außenlager Kaufering des KZ Dachau).
 - (3) Je nach Definition variieren die Gesamtzahlen zu den Nürnberger Opfern der Schoa, vgl. z.B. beide Bände des Nürnberger Gedenkbuchs.
 - (4) Hugo Barbeck: Geschichte der Juden in Nürnberg und Fürth. Nürnberg 1878.
 - (5) Bernhard Ziemlich: Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg von ihrem Entstehen bis zur Einweihung ihrer Synagoge. Nürnberg 1900.
 - (6) Max Freudenthal: Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg 1874 - 1924. Nürnberg 1925.
 - (7) Im Originalmanuskript folgt unter dem Titel "Geschichte über die früheren Ansiedlungen von Juden in Nürnberg" ein kurzes Kapitel, in dem Kolb einen sehr verknüpften Abriß der älteren lokalen jüdischen Geschichte nach der Sekundärliteratur gibt. Auf diesen wurde in der Edition verzichtet. Bei Interesse an dieser Thematik sei auf die ersten sechs Kapitel von Arnd Müllers "Geschichte der Juden in Nürnberg 1146 - 1945", Nürnberg 1968, S. 9 - 137, verwiesen.
-

[S. 9]

[3 Vorgeschichte der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg 1839 - 1857]

Der erste Jude, dem durch die Behörde offiziell der Zuzug genehmigt wurde, ist der bei der Fürstlich Thurn- & Taxis'schen Postverwaltung angestellte Postkondukteur, Johann Wassermann im Jahre 1839. Die Anmerkung bei Ziemlich Seite 4 wird wörtlich angeführt: "Wassermanns Lebenslauf ist in mancher Beziehung bemerkenswert. Seinen Personalakten, die mir sein Sohn, Herr Heinrich Wassermann, freundlichst zur Verfügung stellte, entnehme ich folgende Daten: Joseph Wassermann ist am 15. Mai 1799 zu Demmelsdorf geboren. Die politische Verwaltung seiner Ortsgemeinde bezeugte ihm, daß derselbe, da zur selbigen Zeit die Israeliten noch nicht die teutschen Schulen besuchten, Privat-Unterricht mit vielem Vortheil genoß.' Wassermann diente 6 Jahre im Chevauxleger-Regiment Thurn und Taxis in Ansbach als Unteroffizier, wurde sodann mit der Note ‚ausgezeichnet‘ zur kgl. Gendarmerie nach München versetzt, wo ihm während eines zwölfjährigen Dienstes 10 öffentliche Belobungen und 2 Belohnungen [S. 10] zu Theil wurden. Im Jahre 1839 wurde Wassermann auf seine Bitte als Postkondukteur beim kgl. Oberpostamte Nürnberg mit einem Taggeld von 36 Kreuzern angestellt, das ihm laut Reskriptes vom 28. September 1843 mit Rücksicht auf seine Dienstzeit und seine tadellose Führung auf 40 Kreuzer erhöht wurde."

Im Jahre 1847 werden drei in Nürnberg wohnende Israeliten genannt: Josef Kohn, Emanuel Feust, Dr. med. Philipp Feust. Obwohl durch die Verfassungsänderung in Bayern im Jahre 1848 alle Beschränkungen für Juden gefallen waren, konnte erst am 16. Mai 1850 Josef Kohn aus Markt Erlbach nach vorausgegangenen heftigen Debatten im Magistrate mit 9 gegen 8 Stimmen als Bürger aufgenommen werden. Diese Amtshandlung mußte noch durch eine Verfügung des Staatsministeriums genehmigt werden. Am 21. Juli 1850 wurde eine entsprechende Genehmigung ausgesprochen und dadurch nach einer Zeit von 351 Jahren (8) den Juden das Wohnrecht in Nürnberg wieder verliehen. Am 7. August 1850 fand die erste jüdische Trauung statt: Lehrer Bernhard Brader aus München mit Karoline Gutmann aus Markt Sugenheim. [...]

Nachdem der Zuzug nicht mehr beschränkt war, setzte dieser sofort ein. Am 10. September 1852 erschienen Hirsch Scherer, Löb Hopf, Joseph Friedmann vor dem Magistrate und erklärten: "Wir beabsichtigen das, künftigen Dienstag und Mittwoch den 14. - 15. ds. Mts., eintretende jüdische Neujahrsfest, sowie den auf den 23. ds. Mts. fallenden Versöhnungstag in Gemeinschaft mit noch anderen 7 hiesigen Glaubensgenossen, unter Zuziehung des geprüften

Religionslehrers Vorhaus von Fürth in dem Hause der Weinwirthswittwe Bayer und zwar in der dritten Etage zu begehen und bitten daher, uns hiezu die polizeiliche Erlaubniss zu ertheilen." Dieses Gesuch wurde unter der Bedingung genehmigt, "dass mit der Ausübung dieser Andacht kein nach aussen dringendes Geräusch verbunden sey." (Seite 6 Ziemlich). Das Erste was wir also von den Zugezogenen hören, ist die Abhaltung eines Gottesdienstes, das Letzte dieser neuen Gemeinde im Juni 1943 ebenfalls [...].

[S. 11] Im Jahre 1855 wohnen bereits 21 jüdische Familien in Nürnberg, darunter der erste jüdische Landtagsabgeordnete Dr. David Morgenstern (1846 - 1855), zuerst für den Wahlkreis Fürth, dann Nürnberg. Über dessen Tätigkeit erschien eine Schrift seines Enkels Dr. jur. Max Süßheim, bedeutender Anwalt und sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter (9). Es bestand aber noch keine selbständige jüdische Gemeinde und es wurde von den Nürnberger Juden, von dem Rabbinat Fürth und dem Stadtmagistrat Nürnberg viel beraten und angeordnet, bis endlich am 29. März 1857 die erste Gemeindefestsetzung stattfindet.

Nach dieser Vorgeschichte soll nun die weitere Entwicklung der Gemeinde nach den verschiedenen Aufgabengebieten getrennt, wie bereits angedeutet, geschildert werden.

Fußnoten

- (8) Die Ausweisung der letzten Juden aus Nürnberg erfolgte 1499. Seitdem konnten Juden sich nicht mehr auf Dauer in der Stadt niederlassen.
- (9) Max Süßheim: Die parlamentarische Thätigkeit Dr. jur. David Morgenstern's. Nürnberg 1899.

[S. 12]

[4] Geschichte der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg nach deren Neugründung im Jahre 1857

[4.1] Die Verwaltung [1857 - 1919]

Am 29. März 1857 wurden acht in Nürnberg wohnende Israeliten von dem Großhändler Löh Hopf zu einer Sitzung in seiner Wohnung eingeladen, von denen außer dem Genannten noch Elias Kohn, Ignatz Wertheimer, Isaak Guthmann und Lippmann (Hirsch) Scherer erschienen. Hopf wurde zum Kultusvorsteher gewählt und der Religionslehrer Jakob Asyl als Kantor, Schächter und Gemeindefestsetzer angestellt. Aber es war noch keine reine Freude. Alle vorgesetzten Behörden setzten der Gründung einer Kultusgemeinde aus rein formalistischen Gründen größten Widerstand entgegen. Ein amtliches Niederlassungsrecht hatten zu jener

Zeit nur 8 Personen, weitere 36 waren noch keine rechtmäßigen Einwohner, außerdem war nach einem Edikt vom 10. Juni 1813 die Bildung einer Kirchengemeinde von dem Vorhandensein von wenigstens 50 Familien abhängig. Durch einen Erlaß des Bayerischen Staatsministeriums vom 11. September 1858, der die Bildung einer Kultusgemeinde noch nicht genehmigt, aber wenigstens schon einige Zugeständnisse macht, erfahren wir, daß 47 Familien mit 219 Seelen in Nürnberg wohnhaft sind. Zwei nicht gerade vorbildliche Mitglieder hatten die Zahlung von Kultusbeiträgen mit der Begründung verweigert, daß noch keine Kultusgemeinde offiziell existiere, aber der vorgenannte Ministerialerlaß genehmigt ausdrücklich die zwangsweise Beitreibung der auf die Mitglieder umgelegten Ausgaben für Kultus und Unterricht. Um nun aus diesen nicht klaren Rechtsverhältnissen herauszukommen wurde mit Genehmigung des Stadtmagistrats am 1. Februar 1859 der "Israelitische Religionsverein" gegründet. Die bereits für die Kultusgemeinde vorgesehenen Statuten und Aufgaben werden von dem neugegründeten Verein übernommen, der auch Löb Hopf zum Vereinsvorsteher wählt. Als Ausschußmitglieder [S. 13] erscheinen: Lippmann Scherer, Elias Kohn, Simon Forchheimer, Simon Adler, Joseph Hopf und Salomon Löw Erlbacher. Während der nächsten drei Jahre gab es viele aufregende Sitzungen, immer wieder wurden Ausschüsse und Kommissionen gebildet, Statuten wurden entworfen und verworfen, Anträge für den Bau einer Synagoge und eines eigenen Friedhofgeländes eingebracht. Ziemlich bezeichnet diese Zeit als die Sturm- und Drangperiode.

Eine Klärung aller Angelegenheiten bringt die Anerkennung des Israelitischen Kultusgemeinde durch einen Erlaß des Bayerischen Staatsministeriums vom 28.1.1862. Mit diesem Hoheitsakt, einem Rundschreiben vom 19. März 1862 und einer Veröffentlichung im Amtsblatt vom 7. Juli 1862 war die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg konstituiert. Als Vorsitzender erscheint in einer Sitzung vom 4. August 1861 M. Bettmann, der auch mit den seinerzeitigen Ausschußmitgliedern Simon Forchheimer, Wolf Frankenburger, Samuel Bloch und Anton Buchmann während eines über zwei Jahre dauernden Interregnums die Geschäfte führt.

Am 17. Februar 1864 traten endlich die neuen Statuten in Kraft, nachdem während der vergangenen zwei Jahre Vorschläge, Einsprüche, Abänderungsvorschläge und behördliche Auflagen bezüglich der einzelnen Paragraphen miteinander im Kampf liegen. Die erste Wahl der "Israelitischen Cultus-Gemeinde-Ausschußmitglieder" wurde im Amtsblatt des Stadtmagistrates Nürnberg auf den 30. März 1864 festgesetzt. Die Bekanntmachung hat einen ziemlichen Umfang, die genaue Wahlordnung, in der schriftliche Wahl gestattet war und auch Strafanordnungen bei Wahlversäumnis, sind darin veröffentlicht. Gewählt wurden:

A) zur Administration:

a) Vorstand Anton Kohn, b) erster Beisitzer Markus Merzbacher, c) zweiter Beisitzer kgl. Advokat Wolf Frankenburger, d) erster Ersatzmann Louis Rosenthaler, e) zweiter Ersatzmann Simon Hesslein.

[S. 14]

B) zu Ausschußmitgliedern:

Max Hirschmann, Abraham Wolf Erlbacher, Hirsch Lerchenthal, Stephan Hopf, Dr. med. Elias Mayer, Meyer Bettmann, Hermann Rosenzweig, Martin Fechheimer, Philipp Held, Samuel Bloch, Sigmund Böhm, Heinrich Hellmuth, Jacob Gutmann, Leopold Seckendorf, Joseph Erlenbach.

C) zu Ersatzleuten:

Anton Buchmann, Leopold Alexander.

Der bereits im Dienst befindliche Lehrer Fried wurde zum Gemeindeschreiber gewählt.

Im Jahre 1864 werden bereits 936, 1867 1254 israelitische Einwohner gezählt. Ein riesiges Arbeitsprogramm stürmte auf die neue Verwaltung ein.

Der Friedhof an der Bärenschanzstraße war nach Überwindung großer Schwierigkeiten kurz vor der Wahl eingeweiht worden. Dort waren aber noch die notwendigen Bauvorhaben auszuführen und eine Leichenordnung und ein Leichenschauer (Dr. Elias Meyer) aufzustellen. Durch das schnelle Ansteigen der Bevölkerungsziffer mußten für Unterricht und Kultus neue Richtlinien bearbeitet werden, besonders die Abhaltung der Gottesdienste in den unzureichenden Räumen als Betsaal und Schullokal. Ein besonderes Verdienst um die Gestaltung der Nürnberger Gemeinde hat sich der Fürther Rabbiner Dr. Loewi erworben. In einer Eingabe vom 4. Januar 1866 an die Regierung wird um die Genehmigung zur Anstellung eines Rabbiners nachgesucht (Bezirksrabbinat Stadtkreis Nürnberg). 2500 fl (10) werden als Jahresgehalt ausgesetzt. Die neue Gemeinde bestand meist aus jüngeren Personen, die ihre gemeindlichen Angelegenheiten nicht in allen Punkten in das traditionsgebundene Gefüge anderer Gemeinden einordnen wollten. Hierbei kam es zu innerjüdischen, religiösen und wirtschaftlichen Kämpfen, die aber immer das Wohl der Gemeinschaft anstrebten und auch förderten. Es gab Meinungsverschiedenheiten über die Gehälter von Rabbiner und Lehrer, bei der Anschaffung von Thorarollen und sonstigen Kultgeräten und [S. 15] eine Stelle aus dem Protokollbuch vom Jahre 1865 aus einer Etatsitzung der Gemeindevertreter wird hier angeführt zum Zeichen, welche selbstbewußte Haltung von den Vorstehern eingenommen wurde: "Als Repräsentantin der zahlreichen Kultusgemeinde, der zweitgrößten Stadt Bayerns und als Vertreterin einer der größten und wohl auch der wohlhabendsten Gemeinden darf die Administration bei

Fertigung ihres Etats nicht auf die Wohltätigkeit ihrer Mitglieder rechnen und noch weniger die Gemeinde von dieser abhängig machen".

Kurz nach der Gründung der Kultusgemeinde im Jahre 1862 wurden Schritte zur Erbauung einer Synagoge unternommen. Es wurden Bauplätze in allen Stadtteilen angeboten, besichtigt und abgelehnt, sogar die Erwerbung der Katharinenkirche wurde in Erwägung gezogen. Jedes Gemeindemitglied sollte ein Darlehen von 100 fl zum Ankauf eines Bauplatzes der Verwaltung zur Verfügung stellen, es gingen jedoch nur 7200 fl ein. Damit war noch nichts anzufangen und es vergingen weitere 2 Jahre bis am 30. Januar 1865 die Aufforderung zur Zeichnung eines Darlehens schon bei der ersten Liste 15000 fl ergab; diesen Betrag hatten 38 Mitglieder gezeichnet. Nun sollte raschest zum Ankauf eines Platzes geschritten werden. Der Krieg 1866 gegen Preußen verzögerte auch hier die Angelegenheit. Es wurde dann aber auch kein Objekt gefunden, das die Zustimmung der Verwaltung gefunden hätte. Man wandte sich nun sowohl an die Bayer. Staatsregierung als auch an den Stadtmagistrat um käufliche Überlassung eines geeigneten Bauplatzes. Die entsprechenden Eingaben waren zuerst in bittender und dann in fordernder Form vorgebracht, aber beides ohne Erfolg. Es mußte also ein Bauplatz aus privaten Besitz gefunden werden. Nach allen möglichen Vorschlägen kam man wieder auf die Kleining'schen Häuser zurück. Die beiden Häuser - Nr. S 1169 und 1178 (11) - hießen der "Harsdörferhof". Dieser Hof spielt in der Nürnberger Geschichte öfters eine bevorzugte Rolle, in einer Chronik wird sogar behauptet, daß dort schon einmal eine Synagoge gestanden hätte. Das Kleining'sche Anwesen war seit 1865 als Betsaal und Schulzimmer gemietet. Die Administration war wegen der Wasserlage gegen den Ankauf dieses an der Pegnitz gelegenen Platzes; im Protokoll vom 6. Okt. 1866 [S. 16] wird Verwahrung dagegen eingelegt, aber wegen des einstimmig vom Gemeindeausschuß gefaßten Beschluß wird dem Kauf zugestimmt und am 4. März 1867 der Kaufvertrag mit 46000 fl abgeschlossen. Nahezu zwei Jahre vergingen mit der Beratung der Kostenvoranschläge und Baupläne; erstere schwankten zwischen 100000 fl und 200000 fl. Da die Gemeinde nicht mehr als 100000 fl bewilligen wollte mußte aus finanziellen Erwägungen das Projekt des Architekten Wolff aus Stuttgart mit 108905 fl 26 kr (12) angenommen werden.

Im Frühjahr 1869 wurde mit dem Abbruch der Häuser begonnen. Bevor über den Bau selbst berichtet wird, sei etwas über die Finanzierung gesagt. Auf den Kaufpreis des Grund und Bodens von 46000 fl waren 25000 fl angezahlt worden, für den Rest von 21000 fl eine Hypothek aufgenommen. Den Mitgliedern wurde eine Zwangsanleihe von 50000 fl auferlegt, die durch Erhebung des sechsfachen Jahresbeitrags bei Beginn des Synagogenbaues eingezogen wurde. Außerdem wurde ein freiwilliges Anlehen in Höhe von 60000 fl aufgelegt. Gemäß einem

Beschluß sollten die laufenden Baukosten durch Zeichnungen auf Synagogensitze gedeckt werden, der Preis für einen Männer- und einen Frauenplatz betrug 300 fl. Bis zur Beendigung des Baues waren 650 Plätze verkauft, die einen Erlös von 100000 fl einbrachten. Kehren wir nun zum Bau zurück. Bei Ausheben des Grundes zeigte sich, wie Recht die Administration mit ihrem Einspruch gehabt hatte. Das ganze Gelände war ehemaliges Flußbett und daher nur fließender Boden. Um einen festen Untergrund zu bekommen mußten rund 1000 Eichenstämme von 10 m Länge eingerammt werden, so daß die Voranschlagssumme von 100000 fl nahezu aufgebraucht war, bevor mit dem Bau selbst begonnen werden konnte. Es hieß also neue Geldquellen zur Finanzierung zu suchen. Ein Gesuch an den Stadtmagistrat um ein größeres Darlehen wurde mit der Begründung abgelehnt, daß eine Synagoge sich nicht als Pfandobjekt eigne. Die Nürnberger Vereinsbank hatte diese Bedenken nicht und belieh die Synagoge nach und nach mit 150000 fl, die bei der Umstellung mit RM 200000 als Annuitäten-Hypothek in 46 Jahren zurückgezahlt werden sollte. Der Bau erlitt durch den Krieg 1870 eine bedeutende Verzögerung; es waren 3 Jahre vorgesehen. [S. 17] Im November 1872 erklärt Baurat Wolff, daß er hoffe bis zu den Herbstfeiertagen 1873 fertig zu werden, aber erst nach vielen Mahnungen und Drohungen an die beim Bau beschäftigten Handwerksleute konnte ein Jahr später die Einweihung stattfinden. Die Gesamtkosten betragen nach Umrechnung der in Guldenwährung angefallenen Beträge 704000 M. Die Ritualgegenstände wurden ausnahmslos durch Stiftungen und Spenden aus privatem Besitz beigebracht. Die Frauen stifteten zwei Vorhänge und die Decken für Vorbeterpult und Kanzel. Dr. Ziemlich führt in seiner Schrift alle Stifter namentlich auf. [...]

Während der Baujahre hatte sich die Gemeinde so vergrößert, daß die Synagogensitze schon nicht mehr ausreichten. Die Seelenzahl betrug über 2000 und die Synagoge hatte nur 546 Männer- und 389 Frauensitze.

Am 8. September 1874 fand die feierliche Einweihung statt; die Nürnberger Zeitungen brachten große Artikel und ein Blatt schrieb, es sei eine Art Sühne für die früheren in Nürnberg verübten Greuel an den Juden. Bei der Eröffnung wurde der Schlüssel vom Vorsitzenden Rechtsanwalt Gustav Josephthal (13) dem Bürgermeister von Stromer mit der Bitte übergeben, die Tore des neuen Gotteshauses aufzuschließen. Der Bürgermeister betonte in seiner Rede, daß es ihm besondere Freude mache, die Pforten der Synagoge zu eröffnen, nachdem sein Urahne Ulrich Stromer im Jahre 1349 die Juden mit Feuer und Schwert vertrieben habe. Und der letzte Satz seiner freimütigen und feinsinnigen Rede, wie sie Ziemlich nennt: "Die Behandlung der sogenannten Judenfrage halte stets gleichen Schritt mit dem Stande der Gesit-

tung und Humanität bei Nationen wie bei Einzelnen", ist zur traurigen Wahrheit bei seinen Nachfolgern geworden.

Im gemeindlichen Verwaltungskörper erscheinen in dieser Zeit als weitere Mitglieder: Dr. E. Mayer, Advokat Gustav Josephthal und S. Forchheimer. Ein Streit wegen Errichtung eines Quellbades (Mikwe), der 4 Jahre durch alle Instanzen geführt wurde, veranlaßte den Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden Anton Kohn und des 2. Beisitzers Advokaten Wolf Frankenburg. In einer Wahl am 9. Januar 1869 wird Advokat Gustav Josephthal als Vorsitzender und Martin Fechheimer als Schriftführer, zum Vorsitzenden des Gemeindeausschusses M. Bettmann gewählt. Mit dieser Wahl wurden die bisherigen zwei Verwaltungskörper - Administration und Gemeindeausschuß - weiter aufrecht erhalten, die Sitzungen fanden aber nur noch [S. 18] gemeinsam statt. Hiedurch wurde der ganze Verwaltungsapparat vereinfacht und alle Anträge und Beschlüsse gleich gemeinsam erledigt. Als Nachfolger des Lehrers Fried wird als Lehrer, Kantor und Gemeinsekretär Isaak Heinemann aus Bayreuth angestellt. Bei den staatlichen und städtischen Schulbehörden wurde erreicht, daß der Religionsunterricht im allgemeinen Schulunterricht eingeordnet wurde. In diese Zeit fällt die Gründung des Deutsch-israelitischen Gemeindebundes; der Vorsitzende Gustav Josephthal gehörte zu den führenden Männern dieser neuen, alle jüdischen Gemeinden verbindenden Organisation.

Die im Jahre 1863 aufgestellten Satzungen erforderten 1868 und 1870 verschiedene Änderungen. Ein Exemplar der am 22. September 1863 genehmigten Statuten wurde während der Bearbeitung dieser Schrift unter antisemitischem Schrifttum aufgefunden. (14) Das am 17. Februar 1864 herausgegebene Heftchen enthält 94 Paragraphen und kann als Grundlage für alle späteren Gemeindestatuten angesehen werden. Auch die Protokollbücher von 1884 - 1933 konnten jetzt noch sichergestellt werden. (15)

Ein anschauliches Bild über die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung im Verhältnis zur Einwohnerzahl von Nürnberg gibt die folgende Tabelle.

Gesamteinwohnerschaft		Israelitische Bevölkerung	
Jahr	Gesamtbevölkerung	Juden	Anteil in Prozent
1849	50828	-	-
1861	62797	87	0,1 %
1871	83214	1831	2,2 %
1875	91018	2453	2,7 %
1880	99519	3032	3,0 %
1885	114891	3738	3,2 %

1890	142590	4307	3,0 %
1895	162386	4737	2,9 %
1900	261081	5956	2,2 %
1905	294426	6881	2,3 %
1910	326750	7815	2,4 %
1915	350630	-	-
1920	360160	-	-
1925	392400	8603	2,2 %
1930	414400	10200	2,4 %

Die Gründerjahre nach dem erfolgreichen Krieg 1870/71 zeigen mit dem raschen Ansteigen der Stadtbevölkerung eine noch stärkere Vermehrung der jüdischen Einwohner. Die ersten [S. 19] jüdischen Ansiedler in Nürnberg hatten bereits an ihren früheren Wohnsitzen gutgehende Waren- und Bankgeschäfte betrieben. In dem nun größeren Wirkungskreis entwickelten sich hauptsächlich Bankgeschäfte, Textilgroßhandlungen und besonders viel betätigten sie sich im Hopfenhandel. Der Hopfenmarkt in Nürnberg wurde zum Welthandelsplatz und gar bald hatten die Nürnberger Hopfenhändler an allen Hopfenproduktionsplätzen ihre eigenen Einkaufskontore. Die Verbindung mit dem Ausland führte nun dazu, daß sich die jüdischen Geschäftsleute, zuerst oft in Verbindung mit dem Hopfenhandel, dem in Nürnberg im Kleinen bestehenden Exportgeschäft zuwendeten. Die weitere Folge war, daß sich wieder andere der aufblühenden Spielwaren- und Fahrradindustrie zuwandten. In der letzteren waren die Marschütz-(Herkules)Werke bahnbrechend. Der Gründer dieser Firma Karl Marschütz erregte mit einem Hochrad nicht geringes Aufsehen. In rascher Folge kamen weitere Fabriken - Mars, Victoria, Triumph - zu großer Blüte. In der Spiel-, Schreib- und Portefeuillewarenindustrie waren die Nürnberger Firmen am Weltmarkt stark beteiligt. Hier sei gleich auch die bedeutende, meist in jüdischen Händen befindliche Motorradindustrie erwähnt. (16) Hieraus ergab sich auch ein gut situierter Mittelstand und schon finden wir ansehnliche Stiftungen für alle Zwecke, der Berufsausbildung, wie Handwerk, Lehrerberuf und akademisches Studium, ebenso für Wohlfahrtszwecke. Als erste Stiftung wird genannt: Für die Erhaltung des "Ewigen Lichts" werden bei der Einweihung der Synagoge im Jahre 1874 von Jakob Kann 1000 fl gestiftet. Die Namen aller weiteren Stiftungen sind im Anhang aufgeführt. (17) Leider konnten die Stiftungen, die nach 1933 eingingen, nicht eingetragen werden, weil alle Unterlagen zu Verlust gegangen sind.

In den ersten Satzungen ist eine dreijährige Wahlperiode der Verwaltungsmitglieder vorgesehen, jedes Jahr scheidet ein Drittel aus, dann wird die Amtsdauer auf 6 Jahre und im Jahre 1888 auf 9 Jahre verlängert.

Wie schon eingangs erwähnt, bestand die Gemeindeverwaltung aus der Administration und dem Ausschuß. Diese Bezeichnungen wurden später in Vorstand und Gemeindevertretung geändert. Soweit an Hand des geringen Aktenmaterials die Namen der Verwaltungsmitglieder festgestellt werden konnten sind diese im Anhang aufgeführt. (18) Die Unterlagen für die Zeit nach 1933 sind vernichtet, es ist deshalb nicht möglich für die nachfolgende Zeit eine lückenlose Aufstellung zu geben. Nur [S. 20] die den zwei Überlebenden noch im Gedächtnis gebliebenen Namen können genannt werden und es möge dem Verfasser verziehen werden, wenn langjährige wertvolle Mitarbeiter vergessen worden sind. Geh. Hofrat Gustav Josephthal leitete mit genialem Geist von 1869 - 1909 die Geschicke der Gemeinde. Dr. Freudenthal setzt in seinem Werk S. 50/56 dieser seltenen Persönlichkeit ein unvergängliches Denkmal. Dem Vorsitzenden standen zu jeder Zeit tatkräftige und befähigte Mitarbeiter zur Seite. Von den letzten Jahrzehnten ist noch folgendes aus den Protokollbüchern nachzutragen.

1881

Rabbiner Dr. Bernhard Ziemlich tritt am 1. Juli 1880 sein Amt an.

1884

Die gemeindlichen Finanzen waren in steter Aufwärtsentwicklung und so konnte die Verwaltung am 6. März 1884 beschließen, den Rest des Friedhofdarlehens von RM 6600.-- zurückzuzahlen.

In Berlin wird der Israelitische Gemeindebund gegründet, der erste Schritt zu einem Zusammenschluß aller jüdischen Gemeinden in Deutschland. Die Gemeinde Nürnberg delegiert Gustav Josephthal und Hermann Rosenfeld in dieses Gremium.

1885

Zur Feier des 100jährigen Todestages von Moses Mendelssohn bewilligt die Verwaltung einen Zuschuß von RM 300.-- zu einem Mendelssohndenkmal.

Im Jahre 1886 wird ein Antrag eingebracht, eine Tafel in der Synagoge mit den Namen der Stifter anzubringen. Bis in die letzte Zeit wurde dieser Wunsch von Zeit zu Zeit immer wieder ausgesprochen, kam aber nie zur Ausführung.

1886

Am 28. September 1886 besucht der damalige Regent von Bayern Prinz Luitpold die Synagoge.

Im Reichstag wird ein Antrag die rituelle Schlachtung zu verbieten eingebracht. Die Angelegenheit beschäftigt die Verwaltung während eines ganzen Jahres.

1887

Für ein Hospital in Karlsbad und für die Abgebrannten in Botoschani werden größere Beträge bewilligt.

1890

Der schon als Religionslehrer angestellte Moses Rülff wird vom 26. Februar ab zum Gemeindegesekretär ernannt.

1891

Im Protokoll vom 31. Januar wird für ein Werk "Geschichte der israelitischen Gemeinde Nürnberg im Mittelalter" von Dr. Moritz Stern (Berlin) ein Zuschuß gewährt. Über dieses Werk ist nichts bekannt geworden. (19)

1892

In einer Verwaltungssitzung wird gegen kostbare Blumenspenden bei Beisetzungen protestiert.

[S. 21]

1894

Gründung des Landesvereins zur Unterstützung notleidender israel. Kultusgemeinden in Bayern.

1896

Der Erwerb eines neuen Friedhofgeländes wird mit der Begründung erwogen, daß der Friedhof nur noch höchstens 20 Jahre ausreicht.

Am 16. Mai wird die Synagoge wieder von Prinzregent Luitpold besucht.

1897

Kaiser Wilhelm II. mit den übrigen deutschen Fürstlichkeiten besucht am 2. September die Synagoge. Im Protokoll ist besonders betont, daß dieses "wichtige und freudige Ereignis" in der demnächst erscheinenden Chronik von Dr. Ziemlich gebührende Erwähnung finden solle.

1898

Die Verwaltung beschließt ein Telefon einzurichten.

Das Friedhofgelände Wetzendorf wird angekauft.

1899

Die Lazarus und Bertha Schwarz'sche Altersversorgungsanstalt wird von der Regierung genehmigt.

1901

Die große Kuppel der Synagoge muß wegen Einsturzgefahr umgebaut werden.

In der Nähe des Westfriedhofes wird ein 8 Tagwerk großes Gelände zur Anlegung eines Friedhofes angekauft, das frühere Gelände in Wetzendorf wird in Tausch gegeben.

1902

In längeren Beratungen werden die Satzungen neu bearbeitet.

1903

Eine Anleihe von RM 60000,-- zur Deckung der Umbaukosten in der Synagoge wird aufgenommen. Rückzahlbar innerhalb 6 Jahren. Auf dieses Anlehen wurden RM 38700,-- gezeichnet, so daß jeder Zeichner nur eine Schuldverschreibung von RM 500,-- erhalten konnte.

1904

Bis zum 21. November 1904 zogen sich die Verhandlungen über den Erwerb des neuen Friedhofgeländes hin. Das Gelände wurde um den Preis von RM 50000,-- erworben, der Voranschlag für die Gebäulichkeiten wird auf RM 223000,-- angegeben.

1906

Auf Vorschlag des Hilfsvereins der deutschen Juden werden einige russische Waisenkinder in Nürnberg untergebracht. Zur Errichtung einer Anstalt für schwachsinnige jüdische Kinder werden RM 800,-- bereitgestellt.

1907

Die Steuerklassen werden um 3 vermehrt und die erste Klasse auf RM 260,-- festgesetzt.

[S. 22] Bei der Etatberatung am 11. Februar 1907 ist eine seitenlange Abhandlung über eine Differenz in der Gemeinderechnung von RM 6,--, die sich durch eine Unstimmigkeit auf der Gegenseite um 42 Pfennige verringert; die Einnahmen und Ausgaben betragen über RM 200000,--. Am 1. September 1907 tritt Rabbiner Dr. Freudenthal sein Amt an.

Gegen Ende des Jahres 1907 beginnen die Verhandlungen mit dem Verein Adas Israel (20), die sich jahrelang oft in mehr oder minder scharfer Weise bis zur beiderseitig gütlichen Einigung hinziehen. Als Entgegenkommen wird hier gleich beschlossen in der neu zu errichtenden Friedhofhalle einen Kohanim-Raum (21) einzurichten.

1908

Eine Friedhofanleihe in Höhe von RM 160000,-- auf den Namen lautende Schuldverschreibungen wird ausgeschrieben. Die Anleihe wird um RM 120000,-- überzeichnet.

In einer Verwaltungssitzung wird beantragt, die Synagogentreppen zur Frauengalerie zu erweitern, weil bei starkem Besuch an den Feiertagen eine Panik entstehen könnte. Dieses Thema beschäftigt die nächsten 30 Jahre viele Kommissionen und Ausschüsse, ohne daß es

zu einer Änderung der bestehenden Verhältnisse führt; es ist auch niemals zu irgend welchen Störungen gekommen.

Die Verwaltung beschließt, einen, bei der Renovierung eines Hauses entdeckten Stein, den Aufsatz des Thoraschreins aus einer Synagoge des 15. Jahrhunderts, anzukaufen, der in der Synagoge Aufstellung findet.

1909

Am 4./5. Februar 1909 verursachte ein großes Hochwasser in Nürnberg schwere Schäden an den gemeindlichen Gebäuden. Der Synagogenraum, der 2 1/2 Meter über dem Straßenniveau lag, wurde jedoch nicht betroffen, das Wasser stieg bis an die letzte Treppenstufe.

Auch am neuen Friedhofgelände, das in unmittelbarer Nähe der Pegnitz liegt, waren große Schäden aufgetreten. Eine neue Friedhofordnung wird aufgestellt. Ein besonderer Urnenhain wird geschaffen, in dem Urnen auch oberirdisch aufgestellt werden dürfen. Wie streng man sich an die Friedhofordnung - Reservierung von Grabstätten nur für Ehegatten - halten wollte, zeigt ein Antrag auf Reservierung von 3 Grabstätten auf dem alten Friedhof, für Ehefrau und 2 Söhne. Das Angebot, hierfür RM 10000,- zu zahlen, wurde erst nach vielem Hin und Wider angenommen.

[S. 23] Nach Gustav Josephthal trat Geheimrat Dr. Sigmund Held, der seit 1895 der Verwaltung angehörte, am 14.12.1909 an seine Stelle als Vorsitzender der Gemeinde. Der Aufstieg der Gemeinde unter seinem Vorgänger und die Förderung aller jüdischen Interessen wurde unter seiner hervorragenden Leitung weiter fortgesetzt. In diesen letzten Jahrzehnten mußten die gemeindlichen Einrichtungen mit der rapiden Entwicklung im Gleichklang gehalten werden. Besonders die Einrichtungen für Gottesdienst, Schule, Wohlfahrtswesen usw., die an anderer Stelle behandelt werden, erforderten nicht allein bedeutende finanzielle Leistungen, sondern auch die Heranziehung der geeigneten Frauen und Männer aus dem Mitgliederstand zu hilfsbereiter und auch segensreicher Arbeit.

Der Friedhof in der Schnieglinger Straße wird im Mai 1910 mit einer erhebenden Feier eingeweiht. Die Kosten der Anlage beliefen sich ohne Grundstücksankauf auf RM 337100,-.

Bei der Haushaltberatung 1911 beschließt die Verwaltung einen Beamtenpensionsfond anzulegen und stellt dafür als Grundstock RM 25000,- zur Verfügung.

Die große und andauernde Hitze des Sommers 1911 führt dazu, daß täglich der Orgelraum mit Wasser bespritzt werden muß, um die Hitzeeinwirkung auf die Orgel abzuschwächen.

Für die durch ein großes Brandunglück in Konstantinopel betroffenen Glaubensbrüder werden RM 1000,- gespendet. Vom handgeschriebenen, babylonischen Talmud in der Staatsbiblio-

thek in München - Codex Hebraicus Monacensis 95 - wird eine phototypische Reproduktion hergestellt; die Verwaltung erstet ein Exemplar zum Subskriptionspreis von RM 700,--.

Zur Beratung über eine Revision des bayerischen Judenediktes von 1813 wird im Jahre 1912 von der Staatsregierung auch der Vorsitzende Geheimrat Dr. Sigmund Held berufen. Nach Beschluß der Etatsitzung für 1912 wird das Anlehen von 1898, das noch mit RM 37000,-- zu Buch steht, durch außerordentliche Verlosung abgelöst; außerdem werden durch erhöhte Verlosung vom Anlehen 1908 RM 32000,-- getilgt.

Dem gemeindlichen Pensionsfond werden weitere RM 25000,-- zugewendet, dieser Betrag erscheint dann alljährlich.

Für die aus Galizien eingewanderten Juden wird auf deren Wunsch beim Stadtmagistrat eine Eingabe für die Genehmigung eines eigenen Gottesdienstes eingereicht.

Der in ganz Deutschland ausgebrochene Streit wegen der herausgegebenen Richtlinien für die liberalen Rabbiner beschäftigt auch die Nürnberger Verwaltung, [S. 24] kann aber nach längeren Beratungen in zufriedenstellender Weise mit der Orthodoxie geschlichtet werden.

In die Amtszeit von Dr. Held fällt der Krieg 1914-1918, der der Gemeinde viele neue Aufgaben brachte. Es wurden sofort die notwendigen Hilfsorganisationen für die Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen ins Leben gerufen. Die Verwaltung mußte bei besonderen Lebensmittelverteilungen mitwirken, auch selbst für die Beschaffung von Mazzoth (22), rituellem Fleisch usw. sorgen. Über die Beteiligung der Nürnberger Juden im Kriegsdienst, siehe unter Abschnitt: Anteil der Gemeinde am öffentlichen Leben.

Am 5.8.1914 beginnt das Sitzungsprotokoll mit den Worten: "Durch den Krieg veranlaßte Hilfsaktionen" und werden sofort 2500,-- Mark an die Sammelstelle für hilfsbedürftige Familien und 2500,-- Mark dem Roten Kreuz überwiesen.

Mehrere Gemeindebeamte müssen zum Kriegsdienst einrücken. Anfang des Jahres 1915 werden der Kriegsinvalidenfürsorge 1000,-- Mark zugewendet. Eine Sammlung zu Gunsten der Notleidenden ergibt 23000,-- Mark.

Ende 1916 werden zum Friedhofgelände noch weitere 14700 qm von der Stadtgemeinde zum Preise von 51070,-- Mark dazu gekauft und damit das ganze Gelände zwischen dem Krematorium und dem Friedhof in das Eigentum der Gemeinde gebracht.

1915 beschließt die Verwaltung, 3000,-- Mark zum Hilfswerk für Palästina beizusteuern; einige Monate später werden zu diesem Fond weitere 500,-- Mark Zuschuß bewilligt. Gleichzeitig auch für notleidende Juden in Wolhynien 500,-- Mark.

Für die 7. Kriegsanleihe wurde der Kultusgemeinde nahegelegt 50000,-- Mark zu zeichnen. Ende 1917 wird bei der Renovierung der Lorenzkirche die Entdeckung gemacht, daß alle

Treppenstufen umgedrehte jüdische Grabsteine aus dem 13. und 14. Jahrhundert sind (23); es wurden Gipsabdrücke davon hergestellt, die beim Abbruch der Synagoge im Jahre 1938 mit abhanden gekommen sind. Im Oktober 1918 mußte, nachdem es immer wieder hinausgeschoben worden war, im kriegswirtschaftlichen Interesse das Kupferdach der Synagoge abgenommen werden. Sofort nach Kriegsschluß 1918 vergibt die Verwaltung Notstandsarbeiten auf dem Friedhof in Höhe von 20000,-- Mark.

Mit dem Schuljahr 1919 werden auch für Erwachsene hebräische Sprachkurse eingeführt.

Nach Beendigung des Krieges wurden im Sommer 1919 verschiedene Juden, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besaßen, ausgewiesen. Durch entsprechende Vorstellungen bei den Behörden konnte die Rücknahme der Ausweisungen erreicht werden.

[S. 25] Zu einer Zeit, in der im übrigen Deutschland man noch kaum etwas von einer jüdenfeindlichen Bewegung wahrnahm, am 22. September 1919, wurden in der Verwaltungssitzung ernste Beratungen darüber gepflogen, welche Vorkehrungen getroffen werden sollen, damit die an den folgenden Tagen stattfindenden Gottesdienste an den hohen Feiertagen ungestört abgehalten werden können.

Fußnoten

- (10) Abkürzung für Gulden (lat. florenus).
- (11) Alte Nürnberger Hauszählung (bis Mitte der 1870er Jahre): laufende Nummer des Anwesens mit dem Zusatz S (Sebald, Stadthälfte nördlich der Pegnitz) oder L (Lorenz, Stadthälfte südlich der Pegnitz).
- (12) Abkürzung für Kreuzer.
- (13) Siehe Biographie von Gustav Josephthal.
- (14) Bernhard und sein Sohn Herbert Kolb waren nach ihrer Rückkehr aus Theresienstadt 1945 an der Sichtung von NS-Raubgut beteiligt, das sich zu dieser Zeit in den ehemaligen Redaktionsräumen des antisemitischen Hetzblattes "Der Stürmer" und einem von der US-Militärregierung angelegten "Collecting Point" in der Bärenschanzkaserne befand.
- (15) Diese Protokollbücher, die heute wieder im Besitz der Kultusgemeinde sind, überstanden den Zweiten Weltkrieg auf dem Gelände des Neuen Israelitischen Friedhofs an der Schnieglinger Straße.
- (16) Vgl. das Gewerbeverzeichnis 1930.
- (17) Siehe Anhang, Abschnitt 10.1.
- (18) Siehe Anhang, Abschnitt 10.2.
- (19) Moritz Stern: Die israelitische Bevölkerung in den deutschen Städten während des Mittelalters, Bd. 3: Nürnberg. Frankfurt a.M. 1896.
- (20) Orthodoxer Religionsverein Adas Israel, gegründet 1875.

- (21) Kohanim (Sing. Kohen) sind Abkömmlinge der Aaroniden, die bis zu seiner Zerstörung im Tempel in Jerusalem Priesterdienste versahen. Ihre auf der Abstammung beruhende Sonderstellung kommt in besonderen rituellen Vorschriften zum Ausdruck, etwa darin, daß sie nicht in die Nähe von Leichnamen kommen dürfen, außer es handelt sich dabei um Familienangehörige.
- (22) Mazzoth (Sing. Mazza) ist das ungesäuerte Brot, das beim Pessach-Fest als Erinnerung an den Auszug aus Ägypten gegessen wird.
- (23) Nachweisbar sind nur einzelne Stufen, die sich in einer Turmtreppe der Kirche St. Lorenz befanden. Diese wurden nach dem II. Weltkrieg herausgenommen.

[4.2 Die Entwicklung des Antisemitismus in Nürnberg bis 1945]

Über die weitere Entwicklung des Antisemitismus in Nürnberg gibt das nachstehende Zeugenprotokoll vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg den besten Aufschluß:

International Military Trials Nürnberg

Ich, Bernhard Kolb, volljährig, erkläre hiemit an Eides statt:

Ich wohne seit nahezu 50 Jahren in Nürnberg, war Kaufmann und kam durch den Militärdienst und den Krieg der Jahre 1914/18 in den Verwaltungsdienst. Nach Schluß des Krieges kam ich in den Staatsdienst und im Februar 1923 als Geschäftsführer zur Israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg. In dieser Eigenschaft war ich bis zu meiner im Jahre 1943 erfolgten Deportierung nach dem Konzentrationslager Theresienstadt beschäftigt. Während dieser Zeit mußte ich fast täglich zur Gestapo gehen, um die Befehle und Anordnungen, die die jüdischen Personen in Nürnberg und Fürth betrafen, entgegenzunehmen und auszuführen.

Ich kenne Streicher (24) nur vom Sehen. Sein Einfluß vom Jahre 1920 ab hat jedoch das ganze öffentliche Leben der Juden beherrscht. Die jüdischen Einwohner in Nürnberg bzw. in Franken lebten ständig in Angst vor Ausschreitungen, welche durch seine Aufsätze und Reden ausgelöst wurden. Hierzu gehören in erster Linie die vielen Zerstörungen jüdischer Friedhöfe. Bis zum Jahre 1933 kamen mit ungefähr 200 Fälle von Zerstörungen in Friedhöfen zur Kenntnis, welche meistens an den kleineren Orten in der näheren und weiteren Umgebung Nürnbergs, zum Teil auch in Nürnberg selbst, ausgeführt wurden.

Mit der Zeit wuchs bereits vor dem 30. Januar 1933 der Einfluß der Propaganda Streichers und seiner Anhänger so, daß die Juden sich vom öffentlichen Leben, vom Besuch von Lokalen, Konzerten etc. immer mehr zurückziehen mußten. Es waren schon zu jener Zeit in Nürnberg und Franken die Verhältnisse so schlimm, wie kaum in einem anderen Bezirk im Deutschen Reich. (Besonders betroffen wurden hiebei stets die Juden auf den kleineren Plätzen.)

Wie besonders schlecht die Verhältnisse für die Juden in Nürnberg und im Gau Franken gewesen waren, geht u.a. daraus hervor, daß schon im Jahre 1923, kurze Zeit nachdem ich Geschäftsführer der jüdischen Gemeinde geworden war, infolge der Hetze, die Streicher mit den angeblichen Ritualmorden betrieb, während des Passah-Festes dieses Jahres ein Angriff auf die Synagoge befürchtet wurde. Diese Furcht war so groß, daß ich und [S. 26] andere Juden während einer ganzen Woche nachts im Keller der Synagoge blieben. Auch während der hohen Feiertage im Herbst 1923 mußte in den Synagogen ein ständiger Alarm- und Wachdienst eingerichtet werden. Diese Vorsichtsmaßnahmen wurden dann auch noch in den folgenden Jahren ständig ausgeführt.

Die Macht Streichers wuchs in einem unvorstellbaren Maße, als mit dem 30. Januar 1933 der Nationalsozialismus zur Herrschaft kam. Von dieser Zeit an waren die Juden in Nürnberg und Franken buchstäblich ihres Lebens nicht mehr sicher. Sie waren geradezu vogelfrei. In Nürnberg wohnten im Jahre 1929 20200 Juden, im Jahre 1933 waren es noch 8000. Von 1935 ab, noch bevor die ärgsten Ausschreitungen gegen Juden in ganz Deutschland vorkamen, wanderten viele Juden von Nürnberg nach München, Stuttgart und anderen Orten ab, weil unter der Herrschaft Streichers Nürnberg und Franken als die Hölle auf Erden betrachtet wurden. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß alles, was in den Jahren 1933 bis Ende 1938 in Nürnberg und Franken an Verbrechen, Mißhandlungen usw. gegen Juden ausgeführt wurde, auf den persönlichen Einfluß Streichers zurückzuführen ist.

Ich hebe folgende Einzelfälle hervor:

Am 1. April 1933 wurde in ganz Deutschland ein Boykott sämtlicher jüdischer Geschäfte durchgeführt. Zum Leiter des Judenboykotts wurde Streicher von Hitler für ganz Deutschland bestellt. Er führte ihn besonders in Nürnberg und Franken in der krassesten und rücksichtslosesten Weise durch. Vor jedes jüdische Geschäft wurde ein aus mehreren Männern bestehender uniformierter SA-Posten aufgestellt, der die Kunden vom Betreten des Geschäftes, unter Umständen mit Gewalt, abhielt. Außerdem war in jedem Schaufenster und an jeder Türe das sog. Judenplakat (gelber Punkt auf schwarzem Feld) angebracht. Der Boykott dauerte einige Tage. Nach seiner Beendigung erhielt die Israelitische Kultusgemeinde in Nürnberg und in Fürth die Aufforderung, die Kosten für die Verpflegung und für sonstige Aufwendungen der SA-Posten zu bezahlen. Es ist mir nicht bekannt geworden, daß außer in Nürnberg-Fürth eine derartige Aufforderung an Israelitische Kultusgemeinden ergangen ist. Ungefähr um die gleiche Zeit, und zwar schon im März 1933, wurde eine große Anzahl der Gegner Streichers, darunter vor allem denunzierte oder aus sonstigen Gründen besonders mißliebige Juden, verhaftet.

Ich erinnere mich besonders an den Fall des Nürnberger Rechtsanwaltes Rosenfelder (25), der wiederholt in Beleidigungs- und Verleumdungsprozessen gegen Streicher aufgetreten war. Bald nach seiner Verhaftung wurde Rosenfelder nach Dachau überführt und dort umgebracht. Die Ermordung Rosenfelders erfolgte, wie mir von einem überlebenden Gefangenen namens Robert Reusch erzählt wurde, kurz nachdem Streicher in Dachau sich den Rosenfelder hatte vorführen lassen. Es war im Lager bekannt, [S. 27] so wurde mir ebenfalls von Reusch berichtet, daß die Vorführung eines Gefangenen vor einen Gauleiter oder sonstigen maßgebenden Mann stets seinen kurz darauf erfolgenden Tod bedeutete. Außer Rosenfelder wurde im gleichen Monat auch eine Anzahl anderer jüngerer Juden verhaftet und nach Dachau gebracht. Unter ihnen war ein gewisser Benario (26), Arthur Kahn (27), Dr. Theodor Katz (28) von Nürnberg, Goldmann von Fürth und Kahn von München. Auch diese wurden im Lager später getötet. Ich wurde in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Israelitischen Kultusgemeinde stets davon verständigt, daß die Leichen der Getöteten im Lager in Dachau abgeholt werden könnten. Ich habe auf solche Mitteilungen hin den Leichenwagen nach Dachau geschickt und die Leichen auf den hiesigen jüdischen Friedhof bringen lassen. Obwohl die Särge verschlossen waren, habe ich sie öffnen lassen. Ich habe die Leichen identifiziert und außerdem festgestellt, daß die Verstorbenen durch Schüsse getötet worden waren. Nur im Falle des Rechtsanwaltes Rosenfelder wurde ich nicht zur Abholung der Leiche aufgefordert.

An der Leiche des am 12.4.1933 getöteten Arthur Kahn aus Nürnberg, der mit mir weitläufig verwandt war, habe ich eine Obduktion durch den Nürnberger Arzt Dr. Braun vornehmen lassen. Über das Ergebnis der Obduktion hat der Arzt ein Protokoll aufgenommen, das ich dem Vater des Kahn übergab. In dem Protokoll ist festgestellt, daß Kahn durch mehrere Schüsse getötet wurde und daß die einzelnen Einschußstellen aus der Leiche herausgeschnitten worden waren, bevor sie nach Nürnberg transportiert wurde. Dies ist nach meiner Meinung wie auch nach derjenigen des Arztes deswegen geschehen, weil die Lagerverwaltung verheimlichen wollte, daß die Schüsse aus nächster Nähe auf Kahn abgegeben worden sind. Der Sektionsbefund lautet:

"Kopfdurchschuß mit Zertrümmerung von Teilen der Hirnbasis, darunter verlängertem Mark. Streifschüsse am rechten Oberarm und rechter Brustseite. Weichteildurchschuß durch den rechten Oberschenkel."

Einige Wochen nachdem die genannten Juden verhaftet worden waren, wurde auch ein Jude namens Louis Schloß (29) in Haft genommen. Dies geschah ungefähr im März 1933. Er wurde von Streicher im Gefängnis besucht. Kurze Zeit nach seiner Verhaftung wurde seinen Angehörigen seine blutige Unterwäsche aus dem Gefängnis zum Reinigen geschickt. Es konnten

nämlich zu jener Zeit die Verhafteten ihre schmutzige Wäsche nach Hause schicken. Schloß, der allerdings keine einwandfreie Persönlichkeit war, war mehrere Jahre lang Gegenstand heftiger Angriffe im "Stürmer" gewesen und von Streicher als der typische Jude geschildert worden. Er wurde im April 1933 ebenfalls nach Dachau geschickt. Der bereits erwähnte Reusch erzählte mir, daß Schloß einer derjenigen Gefangenen gewesen ist, die in Dachau am meisten mißhandelt wurden.

[S. 28] Ich habe auch den Sarg seiner Leiche, nachdem sie nach Nürnberg verbracht worden war, öffnen lassen und dabei festgestellt, daß der Körper des Schloß mit schwarzen blutunterlaufenen Stellen geradezu übersät war. Im Laufe des Jahres 1933 sind noch wiederholt Fälle vorgekommen, in denen die Leichen jüdischer Gefangener aus Dachau abgeholt werden mußten. Von ungefähr 1935 an geschah dies nicht mehr, weil in Dachau ein Krematorium eingerichtet wurde. Von dieser Zeit an wurde der Friedhofverwaltung nur die Asche der Getöteten überschickt. Am 20. Juli 1933 wurden ungefähr 300 Juden, meistens Mitglieder der Loge Bnei Brith, aus den Häusern geholt und verhaftet. Sie wurden durch die Straßen geführt, geschlagen und schließlich nach einem SA-Sportplatz im Süden Nürnbergs gebracht. Unter ihnen waren mehrere mit 70 Jahren und mehr. Sie wurden zu den erniedrigendsten Arbeiten gezwungen und schließlich mußte eine Anzahl mit den Zähnen Gras ausrupfen. Es wurde den Juden verboten, etwas darüber zu sagen. Dies wurde mir von mehreren erzählt, die an diesen Vorkommnissen beteiligt gewesen waren. Vor allem erhielt ich hierüber sehr genaue und glaubwürdige Angaben von meinem Amtsvorgänger, dem früheren Geschäftsführer Moses Rülff in Nürnberg, Lenbachstraße 11. Ich habe diesen Mann 30 Jahre gekannt und weiß, daß er mir nichts Unwahres erzählte und auch keine Übertreibungen machte. Obwohl er bereits 77 Jahre alt war, wurde er beim Abholen, weil er nicht rasch genug die Treppe hinunter ging, heruntergestoßen. Einer von den Beteiligten erzählte mir auch, daß die Aktion unter dem Befehl des seinerzeitigen Standartenführers Wurzbacher (30) gestanden sei und daß Wurzbacher erklärt habe, sie werde aufgrund einer Anordnung des Gauleiters Streicher durchgeführt.

[...]

In den ersten Tagen des Reichsparteitages vom September 1934 kam es zu einem großen Exzeß vor der Synagoge am Hans-Sachs-Platz in Nürnberg. Mehrere geschlossene Abteilungen von uniformierten SA-Männern, im Ganzen etwa 300 - 400, erschienen vor der Synagoge, belästigten die Juden, die anlässlich des Neujahrstages die Synagoge aufsuchen wollten, hefteten an den geschlossenen Toren eine Anzahl Stürmerbilder an und versuchten, über die geschlossenen Tore zu klettern, um in die Synagoge einzudringen. Der Aufruhr, der hiedurch verursacht wurde, war so groß, daß ein Gestapo-Beamter, der in der Synagoge zugegen war,

die Polizei zur Wiederherstellung der Ordnung herbeirufen mußte. Der Exzeß war organisiert; es kann auch hier kein Zweifel darüber bestehen, daß er auf [eine] Anordnung der Gauleitung zurückzuführen war.

[S. 29] In den folgenden Jahren verschlechterten sich die Verhältnisse immer mehr. Dabei war deutlich erkennbar, daß jeweils "Der Stürmer" in propagandistischer Weise die Maßnahmen forderte, die dann verhältnismäßig kurze Zeit danach durch gesetzliche Bestimmungen sanktioniert wurden. Das gilt z.B. für das Verbot der sogenannten "Rassenschande", oder für das Verbot der durch die Gesetze vom September 1935 untersagten Heirat zwischen Juden und Volksdeutschen (31), aber auch für minder wichtige Bestimmungen, wie z.B. das Verbot der Beschäftigung von nichtjüdischen weiblichen Hausangestellten durch Juden, für den Judenstern, die Kennzeichnung jüdischer Wohnungen in gleicher Weise, das Verbot des Besuches von Gaststätten, Theatern, Konzerten, Badeanstalten usw. Aus alledem war zu ersehen, daß Streicher die treibende Kraft und der geistige Urheber aller einschneidenden gesetzlichen Bestimmungen und Maßnahmen gewesen ist, durch welche den Juden das Leben unerträglich gemacht wurde.

Auch das Judenpogrom vom 9./10. November 1938 kündigte sich bezeichnender Weise durch eine in die gleiche Kategorie fallende Aktion zuerst in Franken an. In der Nacht vom 17. auf 18. Oktober 1938, noch vor der Ermordung des Legationssekretärs vom Rath, wurden in Leutershausen bei Ansbach, wo der Einfluß und die Macht Streichers ebenfalls besonders stark war, die Fenster in allen Judenhäusern eingeschlagen und die Juden unbarmherzig mißhandelt. Ich selbst wurde am folgenden Morgen telefonisch gebeten, den dortigen Juden zu Hilfe zu kommen, und überzeugte mich, daß die Zerstörung der Häuser und ihrer Einrichtungen wie auch der Synagoge so vollständig war, daß die jüdischen Familien von Leutershausen weggebracht werden mußten.

Schon vorher, nämlich im August 1938, war die Synagoge am Hans-Sachs-Platz in Nürnberg abgebrochen worden. Aus diesem Anlaß wurde am 10. August 1938 eine förmliche Kundgebung veranstaltet, bei welcher Streicher persönlich mit dem Oberbürgermeister Liebel (32) erschien und zu der auch wieder die SA in großer Anzahl befohlen war. Bei dieser Gelegenheit wurde der große Stern, der an der Kuppel der Synagoge angebracht war, abgenommen und Streicher feierlich überreicht. Dieser hielt dabei eine Rede, in der er wörtlich erklärte: "Dies ist der schönste Tag meines Lebens!"

In der Nacht vom 9./10. November 1938 fand das bekannte Judenpogrom statt. Wiederum wurde es in Nürnberg mit besonderer Rücksichtslosigkeit durchgeführt. Nach außen hin betätigte sich dabei die uniformierte SA. Ich selbst wurde in der Nacht von Gestapo-Beamten ver-

haftet und von SA-Männern, die schon vorher gewaltsam in meine Wohnung eingedrungen waren, durch Schläge ins Gesicht und auf den Kopf verletzt und im Kraftwagen in das Büro der Israelitischen Kultusgemeinde gefahren. [S. 30] Auf der Rückfahrt sah ich, daß bei allen jüdischen Geschäften die Schaufenster und Türen zertrümmert und die Geschäfte geplündert waren. Ich wurde in das Polizeigefängnis gebracht, wohin bereits eine große Anzahl von jüdischen Männern und Frauen eingeliefert war. Ich kam dann mit den anderen männlichen Verhafteten ins Zellengefängnis, wo nach und nach noch andere gefangene Juden eintrafen. Viele trugen Spuren schwerster Mißhandlungen. So sah ich einen Sigmund Oppenheimer aus Nürnberg, einen Mann von über 80 Jahren, der vollkommen mit Blut überströmt war; seine Kopfhaut war gespalten. Ein gewisser Dingfelder, 77 Jahre alt, wurde auf die Straße ohne Schuhe geführt und mußte, nur mit einer Hose bekleidet, barfuß in der Kälte gehen. Ich sah ferner einen gewissen Albert Heimann und Josef Saemann, welche beide schwer mißhandelt waren. Heimann hatte einen Bluterguß, der durch Schläge auf die Schädeldecke entstanden war; sein Gesicht war schwarz gefärbt. Ebenso habe ich schwer mißhandelte Frauen gesehen. Ich erinnere mich weiter eines Fritz Lorch, der am Tage vorher im jüdischen Krankenhaus Fürth operiert worden war, in der Nacht aus dem Bett gezogen und so schwer geschlagen wurde, daß er bald danach verstarb. [...] Ein Paul Lebrecht, wohnhaft in Nürnberg, Mittlere Pirkheimerstr. 20, wurde erschlagen; man versuchte, ihn hierauf in den Hof zu werfen, er blieb aber mit seinen Kleidern an dem eisernen Gitter des Balkons hängen, wo er tot aufgefunden wurde. Nathan Langstadt, in Nürnberg, Rankestraße 47 wohnhaft, wurde mit durchschnittener Kehle im Badezimmer seiner Wohnung aufgefunden. Simon Löb, wohnhaft in Nürnberg, Mittlere Pirkheimerstraße 22, wurde ebenfalls in seiner Wohnung tot aufgefunden. Jakob Späth, Nürnberg, Hochstraße 33 wohnhaft, wurde die Treppe hinunter geworfen, so daß er unten tot liegen blieb.

So sind am 10. November 1938 (33) eines gewaltsamen Todes gestorben außer den bereits genannten

- * Fritz Lorch,
 - * Paul Lebrecht,
 - * Simon Löb,
 - * Jakob Späth,
 - * Nathan Langstadt [Freitod]
- noch
- * Willy Behrends [Freitod],
 - * Friedrich Katz,

* Emma Ullmann [Freitod] und

* Siegfried Selling [Freitod].

[S. 31] [Im Zusammenhang mit der "Reichskristallnacht"] wurde vom Leichenschauer der Selbstmord der folgenden Juden und Jüdinnen beurkundet:

* Martin Herrmann,

* Zion Eichbaum,

* Mathilde Schülein,

* Berta Schülein,

* Maria Schloß,

* Hedwig Süßheim,

* Louise Hartner,

* Isidor Sturm,

* Geheimer Sanitätsrat Dr. [Alexander] Frankenburger,

* Geheimer Justizrat [Leonhard] Frankenburger.

Alle diese Tatsachen sind mir in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Israelitischen Kultusgemeinde bekannt geworden. Die Leichen der Getöteten wurden auf dem Israelitischen Friedhof bei Nürnberg beerdigt.

Alle diese Todesfälle müssen als die Frucht der jahrelangen systematischen Judenhetze Streichers angesehen werden. Er ist hiefür als der geistige Urheber des Pogroms verantwortlich zu machen, da es ohne die vorausgegangene durch ihn betriebene Verhetzung unmöglich in der geschilderten Weise hätte durchgeführt werden können.

In der Nacht vom 9./10. November 1938 wurde auch die Synagoge in der Essenweinstraße in Nürnberg durch den Leiter der Feuerwehr in Brand gesteckt. Kurze Zeit nach den Ereignissen des 9./10. November 1938 wurden die Juden gezwungen, ihren Grundbesitz zu Schleuderpreisen, meistens um ein Zehntel des Einheitswertes, zu veräußern. Außerdem wurden sie auch genötigt, ihre Kraftfahrzeuge zum Preise von RM 50,-- für einen Wagen zu verkaufen. Um die Ihnen abgepreßten Veräußerungen durchzuführen, wurden die Juden in das Haus der Deutschen Arbeitsfront in der Essenweinstraße, zum Teil auch in das Gauhaus am Schlageterplatz, befohlen oder zwangsweise verbracht. Lehnten sie es ab, einen ihnen im Entwurf vorgelegten notariellen Vertrag zu unterschreiben, so wurden sie in den Keller geschickt. Aus zuverlässigen Erzählungen, die mir unmittelbar in diesen Tagen gemacht worden sind, weiß ich, daß zum Beispiel die Oberin des Schwarz'schen Altersheimes in der Johannisstraße in Nürnberg sich ausziehen mußte. Andere Männer und Frauen wurden, während sie von einem höher gelegenen Stockwerk in den Keller gingen, geschlagen oder sonstwie mißhandelt.

Männer mußten Kniebeugen oder sonstige Exerzierübungen machen. Alles das geschah solange, bis die Betreffenden vollkommen müde waren und sich zur Unterzeichnung der ihnen vorgelegten Verträge bereiterklärten. Die Verträge wurden durchweg auf den Namen des stellvertretenden Gauleiters Karl Holz abgeschlossen, der als sog. Treuhänder auftrat. Es ist bezeichnend, daß Streicher [S. 32] selbst sich hierbei im Hintergrund hielt wie es überhaupt sehr häufig seine Taktik war, nicht selbst nach außen hin als der Verantwortliche in Erscheinung zu treten, sondern ihm nahestehende andere Personen seine Anordnungen ausführen zu lassen. Die Anwesen, die Holz auf diese Weise erwarb, wurden später an Mitglieder der Gauleitung oder sonstige besonders beliebte Parteigenossen im Wege der sogenannten "Arisierung" veräußert. Daß diese Maßnahmen auf Veranlassung Streichers durchgeführt worden sind, geht auch daraus hervor, daß, soviel mir bekannt ist, außerhalb Nürnbergs und Frankens derartige Zwangsverkäufe nicht durchgeführt wurden.

Es wird jetzt allmählich in der deutschen Öffentlichkeit bekannt, daß Hunderttausende von Juden unter dem Naziregime auf die grausamste Weise mißhandelt und unbarmherzig getötet wurden, vor allem in den östlichen Gebieten. So sind allein aus der in Nürnberg zum Schluß noch verbliebenen, noch nicht ausgewanderten restlichen jüdischen Bevölkerung 1691 Männer, Frauen und Kinder verschleppt worden, von denen nur 69 am Leben geblieben sind. (34) Ich will nicht behaupten, daß Streicher hierfür unmittelbar verantwortlich zu machen ist. Mittelbar dagegen trifft ihn ohne Zweifel die Verantwortung für diese furchtbaren Mordtaten, denn zur Zeit, als diese Verbrechen begangen wurden, ging die Saat auf, die Streicher gesät hat.

An dieses Protokoll seien noch einige besondere Begebenheiten angeführt:

[...] (35)

[S. 33] Wie bereits im Gerichtsprotokoll erwähnt, beeinflusste Streicher nicht nur die Gesetzgebung, sondern durch seine uneingeschränkte Macht auch die Gerichtsurteile. In der Person des seinerzeitigen Vorsitzenden des Sondergericht (36) fand er eine solch niedrige Kreatur. Im "Stürmer" hatte er die schwersten Strafen bis zur Todesstrafe für den nach den Nürnberger Gesetzen verbotenen Verkehr zwischen Juden und Deutschen verlangt. Vor dem Nürnberger Landgericht wurden dementsprechend gleich nach dem 15. September 1935 oft unter den dürftigsten Beweisen bis zu 10 Jahren Zuchthaus verhängt. Nicht einer der Verurteilten hat [den] Mai 1945 erlebt. Zwei besonders krasse Fälle, die ein Schlag gegen jede Rechtssprechung sind, sollen kurz erwähnt werden. D.L. erhielt 4 Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren, weil er einer Frauensperson 2 - 3 mal an die Brust gegriffen und einige Male geküßt hatte. Die Zeugin hat dies unter Eid verneint. -

Original des Urteilstenors liegt vor. L.K., ein angesehener Nürnberger, wurde monatelang bespitzelt. Endlich konnte man einen Zeugen beibringen, der gesehen hatte, wie K. die Wohnung eines deutschen Ehepaares verließ. In der Verhandlung sagte sowohl der Ehemann als auch die mitbeschuldigte Ehefrau unter Eid aus, daß eine jahrzehntelange Freundschaft zwischen den Familien bestand und daß es nie zu Intimitäten gekommen sei. Doch im "Stürmer" war die Todesstrafe verlangt und es mußte ein Opfer gesucht werden. Gegen die Ehefrau wurde ohne jedes Beweismaterial Anklage wegen Meineids erhoben, dadurch wurde ihre Aussage ungültig und der Angeklagte zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde an allen Anschlagssäulen veröffentlicht.

Nach dieser längeren Abschweifung wenden wir uns wieder der weiteren Entwicklung der Gemeinde zu.

Fußnoten

- (24) Julius Streicher, geb. 12.02.1885, seit 1923 Eigentümer und Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes "Der Stürmer", seit 1925 Leiter des NSDAP-Gaues Franken, 1940 nach dem Bericht der "Göring-Kommission" über persönliche Bereicherung an Arierisierungsgewinnen kaltgestellt, nach dem Todesurteil des Internationalen Militärtribunals am 16.10.1946 in Nürnberg hingerichtet.
- (25) Rechtsanwalt Dr. Albert Rosenfelder, geb. 19.01.1892, ermordet am 18.10.1933 im KZ Dachau.
- (26) Dr. Rudolf Benario, geb. 20.09.1908, ermordet am 12.04.1933 im KZ Dachau.
- (27) Arthur Kahn, geb. 15.12.1911, ermordet am 12.04.1933 im KZ Dachau.
- (28) Dr. med. Theodor (Delvin) Katz, geb. 03.08.1887, ermordet am 18.10.1933 im KZ Dachau.
- (29) Louis Schloß, geb. 21.06.1880, ermordet am 16.05.1933 im KZ Dachau.
- (30) Philipp Wurzbacher, geb. 26.05.1898, NSDAP-Beitritt 21.10.1922, seit 1928 SA-Führer, seit August 1934 Führer der SA-Brigade 78 Mittelfranken.
- (31) Gemeint sind "Arier".
- (32) Willy Liebel, geb. 31.08.1897, ab 1925 NSDAP-Mitglied (1926 - 1928 zeitweise wieder ausgetreten), seit 1929 für diese Partei im Nürnberger Stadtrat, seit April 1933 Oberbürgermeister, bei Kriegsende Selbstmord in Nürnberg.
- (33) Zu den exakten Sterbedaten der in der Liste genannten s. beide Bände des Nürnberger Gedenkbuchs.
- (34) Die angegebenen Zahlen sind wegen der fehlenden Definition der "jüdischen Bevölkerung" (Gemeindemitglieder vor 1933 oder "Rassejuden" im Sinne der NS-Ideologie?) nicht zu verifizieren. Außerdem konnte Kolb 1945/46 noch keinen vollständigen Überblick über die Zahl der Überlebenden haben, da viele von ihnen nicht nach Nürnberg zurückkehrten.

- (35) Kolb bringt an dieser Stelle eine kurze Schilderung der Auseinandersetzung des jüdischen Anwalts Fritz Josephthal mit Julius Streicher. Diese findet sich fundierter und ausführlicher in der Biographie Fritz Josephthals von Ludwig C. Berlin bei *rijo*.
- (36) Oswald Rothaug, geb. 17.05.1897, seit 1937 NSDAP-Mitglied und Vorsitzender des Sondergerichts Nürnberg, 1943 als Reichsanwalt zum Volksgerichtshof in Berlin, 1947 im Juristenprozeß durch die Amerikaner zu lebenslänglich verurteilt, bereits 1956 aus der Haft entlassen, gest. 04.12.1967 in Köln.

[4.3 Die Entwicklung der Gemeinde 1919 - 1933]

Durch Gesetz wurden die jüdischen Lehrer von der Anstellung an Simultanschulen ausgeschlossen. Das Ansteigen der antisemitischen Welle machte sich auch in den Schulen bemerkbar und die Verwaltung berät in der Sitzung vom 22. September 1919 über die Errichtung einer jüdischen Bekenntnisschule, ohne daß es aber zu festen Entschlüssen kommt. Die Beamtengehälter stehen in keinem Verhältnis mehr zu den Lebenshaltungskosten, so müssen im November 1919 den Beamten besondere Beschaffungsbeihilfen gewährt werden.

Im April 1920 müssen wieder Vorstellungen bei den Behörden erhoben werden, wegen der Ausweisung fast aller nichtdeutschen Staatsbürger. Eine Sammlung zugunsten der durch die Geldentwertung in Not geratenen Lazarus und Bertha Schwarz'schen Altersversorgungsanstalt ergibt RM 21600,--. Nun beginnt das Wettrennen zwischen [S. 34] den Beamtengehältern und den Lebenshaltungskosten. In immer kürzeren Zeitabschnitten müssen neue Besoldungen festgesetzt werden. In dieser Notzeit wird am 20. Mai 1920 durch den Zusammenschluß aller Gemeinden der Verband bayerischer israelitischer Gemeinden in München gegründet, dessen Tätigkeit sich nun hauptsächlich der Stützung der kleinen Gemeinden zuwendet. Die Rechnung der Altersversorgungsanstalt für 1920 hatte an Einnahmen 16000,-- Mark, an Ausgaben 57000,-- Mark zu verzeichnen, es wird mit Befriedigung festgestellt, daß durch freiwillige Spenden die Differenz gedeckt werden konnte.

Für die im Weltkrieg 1914/18 gefallenen Gemeindemitglieder wird nach den Plänen des Architekten Fritz Landauer, München, ein Ehrenmal errichtet. Am 1. Juli 1921 erscheint das "Nürnberg-Fürther Israelitische Gemeindeblatt", das von Lehrer Max Bernheimer geleitet, durch die besondere Mitarbeit von Rabb. Dr. Freudenthal und die nie ermüdende Werbetätigkeit von Else Dormitzer (37) ein wertvolles Bindeglied zwischen Verwaltung und Gemeindemitgliedern geworden ist. Die letzte Nummer erschien am 1. November 1938.

Die Gemeindeverwaltung muß, um die laufenden Ausgaben bestreiten zu können, bereits Bankkredit in Anspruch nehmen; dazu kommt, daß auswärtige Anstalten nun auch mit immer

größer werdenden Forderungen an die Gemeinde herantreten. Um die steigenden Ausgaben der Altersversorgungsanstalt decken zu können, wird ein Aufruf zu Bettstiftungen im Einzelbetrage von 6000,-- Mark erlassen; mit den ziemlich zahlreich eingehenden Stiftungen kann wieder über die nächste Zeit hinweg geholfen werden.

Die Verabschiedung des bayerischen religionsgesellschaftlichen Steuergesetzes zieht sich immer mehr hinaus. Die Beiträge für die Kultusgemeinde können nicht mehr nach dem bisherigen Einschätzungsverfahren eingezogen werden, aber für die Erhebung der Kirchensteuern nach den finanzamtlichen Veranlagungen fehlt noch die gesetzliche Unterlage.

Die ersten Anzeichen der Auflösung der kleinen jüdischen Gemeinden zeigen sich in einem Protokoll vom 14. Dezember 1921, wo es heißt, daß die Ritualien und Synagogenbänke der Gemeinde Redwitz an der Rodach käuflich übernommen werden. Die Vorträge der Gemeindebibliothek können wegen der hohen Saalkosten nicht mehr abgehalten werden; für diese müsse jetzt die Synagoge zur Verfügung gestellt werden. Andererseits kann in der Synagoge während der kalten Jahreszeit kein Gottesdienst mehr abgehalten werden, weil die Beschaffung des Heizmaterials unmöglich geworden ist.

[S. 35] Im Februar 1922 wird das religionsgesellschaftliche Steuergesetz rückwirkend ab 1.4.1920 in Kraft gesetzt; allerdings hatte die Rückwirkung durch die Geldentwertung gar keine Bedeutung mehr. Mit Wirkung vom 1. April 1922 hat die Kultusgemeinde sich für die Pensionen ihrer Beamten bei der Bayerischen Versicherungskammer rückversichert. Die Beamtengehälter und die Ruhestandsbezüge werden nunmehr nach dem bayerischen Beamtenbesoldungsgesetz geregelt. Nach jahrelangen Verhandlungen tritt ein Vertrag mit dem orthodoxen Verein "Adas Israel" am 1. Januar 1922 in Kraft. Die Beratungen, Vorschläge und Gegenvorschläge beschäftigen 2 Jahre lang fast jede Verwaltungssitzung und es ist in erster Linie ein Verdienst des seinerzeitigen Vorstandsmitgliedes Ludwig Rosenzweig (38), daß die großen Gegensätze ausgeglichen und die finanziellen Forderungen in Einklang mit den gemeindlichen Finanzen gebracht werden konnten. Der religiöse Friede in der Gemeinde war hergestellt. Dr. Freudenthal gibt in seinem Werk eine ausführliche Darstellung und den vollständigen Text des abgeschlossenen Vertrages. Eine Sammlung zugunsten der notleidenden Juden in der Ukraine ergibt 152230,-- Mark und außerdem Wäsche- und Bekleidungsstücke im Werte von 17900,-- Mark. In der Verwaltungssitzung vom 3. April 1922 erscheinen zum erstenmal aufgrund der neuen Satzungen, die den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zuerkannten, Else Dormitzer und Paula Erlanger. Zu dieser Zeit wird das Judenedikt von 1813 endgültig aufgehoben. Für jüdische Gemeinden bestehen nun keine besonderen Staatsgesetze mehr, sondern die Gemeindeverwaltungen sind autonome "Körperschaften des öffentlichen

Rechts", wie die der anderen Religionsgemeinschaften und haben ihren Wirkungskreis auf alle religiösen und kulturellen Aufgaben auszudehnen. Durch das schon erwähnte neue religionsgesellschaftliche Steuergesetz ist die Gemeinde verpflichtet, die für das Jahr 1921 berechnete und im Jahre 1922/23 erhobenen Kultusumlagen in Höhe von 812928,-- Mark zurückzuerstatten; aber die inzwischen eingetretene Geldentwertung machte dies illusorisch. Die Wirkung des Absinkens der Valuta zeigt sich dadurch, daß bei Aufstellung des Etats für 1922 - Gesamtausgaben 2800000,-- Mark wegen Anschaffung eines Tallith (39) ein besonderer Verwaltungsbeschluß notwendig war.

Am 12. November 1922 findet die Enthüllung des Kriegerdenkmals auf dem Friedhof Schnieglinger Straße statt. Zu dieser Zeit wird beschlossen, daß Stiftungen mindestens 10000,-- Mark betragen müssen.

Am 2. November 1922 wird die erste Friedhofschändung in Nürnberg gemeldet. Im Protokoll vom 7.12.1922 wird mitgeteilt, daß die amerikanische Organisation "Joint" ihre Hilfe für die notleidenden Mitglieder anbietet. In der gleichen Sitzung werden für die Berufsausbildung und auch schon für Berufsumschichtung [S. 36] ein Sozialer Ausschuß bestimmt und entsprechende Mittel bereitgestellt. Anfang 1923 erhält die Gemeinde aus einer Spende der Neuyorker Staatszeitung den Betrag von 250000,-- Mark, der sofort den notleidenden Wohltätigkeitsorganisationen zugewendet wird. Die fürchterliche finanzielle Lage, in der sich die Gemeinde befand, wird in der Verwaltungssitzung vom 18. Januar 1923 geschildert. Die Ausgaben des Jahres 1922 waren mehr als das Zehnfache des Voranschlages und die Entwicklung der allerletzten Zeit warf alle Berechnungen über den Haufen. Während der ersten Monate des Jahres 1923 stieg der Wert des Dollars von 10000,-- auf 30000,--. Die Gehälter für Januar betragen allein 1 1/2 Millionen. Es werden alle möglichen Vorschläge gemacht, um der Lage Herr zu werden. Als einziger Ausweg bleibt aber nur die Aufnahme einer Anleihe, denn selbst die vorgeschlagene Erhöhung der Umlagen auf den zehnfachen Betrag würde den Ansprüchen nur zum kleinen Teil genügen. Ein Beispiel für die Unübersichtlichkeit der Lage: Die Teuerungszuschläge zu den Beamtengehältern betragen im Dezember 1922 232 %, vom 1.-16. Jan. 1923 301 % und vom 17.-31. Januar 489 %.

Das Beerdigungswesen muß von der Gemeinde übernommen werden, weil der Wohltätigkeitsverein zur Abwicklung der Beerdigungen finanziell dazu nicht mehr in der Lage ist.

Am 8. Februar 1923 wird Bernhard Kolb als Sekretär angestellt.

Die Erträgnisse aus den Stiftungen sind in ihrem tatsächlichen Wert so weit gesunken, daß alle Stiftungszinsen zusammengelegt werden müssen, um nur einige Präbenden verteilen zu können.

Am 19. Juni wird eine Bankschuld von 38 Millionen Mark festgestellt, wobei die gezeichnete Anleihe von 30 Millionen Mark schon verbraucht sei. Es muß daher schon wieder ein Aufruf an die Gemeindemitglieder um freiwillige Leistungen ergehen. Sogar die weißen "Bäffchen" (40) an den Talaren von Rabbiner und Kantor können nicht mehr beschafft werden.

[S. 37] Im Oktober 1923 wird beschlossen, den 2000fachen Betrag der Kultusumlagen 1922 anzufordern, aber es kommt nicht mehr zur Erhebung. Über die Schwierigkeit der Geschäftsführung gibt die letzte Gehaltsregulierung vor der Stabilisierung richtigen Aufschluß. Für die Zeit vom 16. - 23. September 1923 sind 206000 % Zuschlag und ein Frauenzuschlag von 100 Millionen, vom 24. - 30. September 1923 sind 724400 %, ein Frauenzuschlag von 350 Millionen und ein örtlicher Sonderzuschlag von 12,5 Millionen zu zahlen. In der Sitzung vom 7. November 1923 gibt der Finanzausschußvorsitzende Ludwig Rosenzweig seinen Bericht für die kommende Zeit nicht mehr mit den Inflationszahlen und obwohl er selbst angibt, daß jeder Überblick für die nächste Zeit fehle, berechnet er die Ausgaben für die nächsten Monate mit bewunderungswürdiger Sicherheit. Noch können nicht alle Verwaltungsmitglieder sich vom Inflationstrubel losreißen und beantragen die Kultusumlagen wieder nach dem alten Schätzungsverfahren einzuheben, weil das Finanzamt in den letzten 2 Jahren voll versagt hat, aber die aufklärenden Erläuterungen Rosenzweigs zerstreuen die geäußerten Bedenken.

Frau Martha Rein wird am 1. Sept. 1923 als Kassenbeamtin angestellt.

Der 9. November 1923 wirft 2 Tage vorher in Nürnberg seine Schatten voraus. Es wird von schweren antisemitischen Ausschreitungen in den Schulen berichtet. Ferner geben die erneut ergangenen Ausweisungen nichtbayerischer Juden zu längeren Beratungen Anlaß und es wird beschlossen, alle Mittel und Wege zu versuchen, um diese Ausweisungen rückgängig zu machen. An die Bayerische Staatsregierung wird folgende Resolution vorgeschlagen: "Die Massenausweisungen von Juden aus München, die fortgesetzten Überfälle auf jüdische Einwohner in Nürnberg, die ungehinderte Aufpeitschung der Volksleidenschaften gegen Juden in Versammlungen und Presse, die gewissenlose Judenhetze in den Schulen offenbaren den Zustand der Rechtlosigkeit, in dem sich das bayerische Judentum befindet. Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg protestiert gegen die Preisgabe des bayr. Judentums durch die Staatsgewalt und verlangt im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit vollen Rechtsschutz." Die Bemühungen waren von Erfolg. Niemand mußte in Nürnberg seinen Wohnsitz aufgeben.

[S. 38] Die nach dem Krieg alle Werte vernichtende Inflation sei in der Auswirkung auf den gemeindlichen Haushalt ausführlicher geschildert. Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg hatte außer der Synagoge und dem Verwaltungsgebäude keinerlei Grundbesitz, somit keine Einnahmen, die etwas an die Geldentwertung angeglichen werden konnten. Das gemeindliche

immobile Vermögen, das in mündelsicheren Papieren, d.h. in festverzinslichen Staatsanleihen und Hypothekpfandbriefen angelegt war, warf keine nennenswerten Renten mehr ab. Während die Gesamtausgaben für das Jahr 1917 mit 186800,-- Mark eingesetzt sind, sind für das Jahr 1920 schon 1071754,-- Mark und für 1922 5229331,-- Mark vorgesehen. Aber das rapide Absinken der Markwährung machte auch die vorsichtigste Finanzverwaltung des ausgezeichneten Vorsitzenden des Finanzausschusses, Ludwig Rosenzweig, zuschanden. Die wirklichen Ausgaben des Jahres 1922 waren ein Vielfaches des vorgesehenen Betrages. Das Jahr 1923 warf alle Berechnungen schon im voraus über den Haufen. Zur Finanzierung der großen Bauvorhaben, wie Synagoge und Friedhöfe waren größere Anleihen aufgenommen worden, die durch alljährliche Auslosungen im Laufe der Jahre zurückgezahlt wurden. Die Amortisationshypothek der Nürnberger Vereinsbank auf die Synagoge im Nennbetrag von RM 200000,-- vom Jahre 1874 war bis zum Jahre 1923 bis auf 60740,-- Mark abgetragen. Von der Friedhofanleihe 1908 waren noch 36500,-- Mark nicht zurückgezahlt.

Schon von Gründung der Gemeinde an wurden die Beiträge der Mitglieder im Wege der Schätzung - Errech - festgestellt. Im Anfang waren es 13 Beitragsklassen von 140,-- Mark bis 2,-- Mark, später waren es 17 Klassen, wobei die Klasse I einen Beitrag von Mark 520,-- zu leisten hatte. Ein besonderer Ausschuß war für die Einteilung aufgestellt, der auch die vielen Reklamationen zu bearbeiten hatte. Man glaubte aller Sorgen enthoben zu sein, als im Jahre 1921 das bayerische religionsgesellschaftliche Steuergesetz auch die Israelitische Religionsgemeinschaft mit als Kirchensteuerträger aufführte. Es war zu unterscheiden zwischen Kirchensteuern, die für die Landeskirche, und Kirchenumlagen, die für die Ortsgemeinde erhoben wurden.

[S. 39] Als Maßstabsteuern waren zugrunde zu legen: Vermögenssteuer, Einkommensteuer, Lohnsteuer, Gewerbesteuer und Haus- und Grundsteuer. Von den juristischen Personen, wie G.m.b.H. und Aktiengesellschaften wurden Kirchenbauumlagen erhoben. Die Höhe der zu erhebenden Beiträge konnte jede Landeskirche bzw. Ortskirchengemeinde selbst bestimmen. Sie betrug bei den christlichen Religionsgesellschaften, einschließlich der Beiträge für die Landeskirche, 8 - 12 % aus den oben genannten Maßstabsteuern. Als Landeskirche war für Bayern der Landesverband, später Verband bayerischer israelitischer Gemeinden München anerkannt.

Die Abrechnung erfolgte erst nach Ablauf des Rechnungsjahres. Bei der nun eingetretenen fortschreitenden Geldentwertung waren die Eingänge für 1922 ohne jede praktische Bedeutung, für 1923 erfolgte überhaupt keine Abrechnung mehr. Bereits im Jahre 1921 mußte die Gemeinde Kredite bei den Banken aufnehmen, die sich im nächsten Jahr noch erhöhten. An-

fang 1923 beschloß die Verwaltung eine Anleihe aufzulegen. Die Ausschreibung erfolgte im März 1923 als der US-Dollar auf 25000,-- stand. 32 Millionen Mark wurden gezeichnet, aber der Wert der Mark sank im April rapid weiter und bis die letzten Einzahlungen gegen Ende April getätigt waren, konnten die 32 Millionen der Gemeinde keine finanzielle Entlastung mehr bringen. Alle nur irgendwie vermeidbaren Ausgaben wurden unterlassen und in den im Jahre 1923 sehr häufigen Finanz- und Verwaltungssitzungen wurden heftige Debatten ausge- tragen. Im September versiegte auch die Geldquelle bei den Banken, aber die einsichtigen Gemeindemitglieder waren hilfsbereit zur Stelle. Inhaber von Industrie- und Exportfirmen stellten aus ihren Beständen wertbeständige Valuten zur Verfügung und das schwankende Schifflein der Gemeinde konnte glücklich durch die großen Fährnisse des Millionen-, Milliar- den- und Billionenstrudels geleitet werden. Der 16. November 1923, der Tag der Festmark, erscheint als rettendes Morgenrot. Die Gemeinde hat nicht einen Pfennig Vermögen, aber der Inflationssturm hat auch die Bankschulden mit in den Abgrund geschleudert. In vielen Ge- meinden hinterläßt die Inflation ein Chaos. Der Finanzgewaltige [S. 40] der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Ludwig Rosenzweig, zeigt mit sheerischem Weitblick sofort den richtigen Weg, der dank dieser genialen Führung die Gemeinde Nürnberg zur bestfundierten in Deutschland aufsteigen läßt. Schon im Dezember 1923 gehen an die Mitglieder die Umla- genanforderungen hinaus. Zuerst noch nach den Anweisungen des Verbandes, denn Rosen- zweig ist auch der Finanzberater des Verbandes bayerischen israelitischer Gemeinden. Eine Einkommensteuerveranlagung wurde für das Jahr 1923 nicht vorgenommen. Es wurde als Grundlage für die Kultusumlagen die Steuerveranlagung 1922 zugrunde gelegt. Auf je Mark 1000,-- Steuersoll werden 9 1/2 Pfennig für die Gemeinde und 2 1/2 Pfennig für den Verband erhoben. Bei der ersten Etatberatung nach der Inflation am 17. Februar 1924 werden die Ein- nahmen aus dieser Erhebung auf etwa 130000,-- Mark geschätzt, die die dringendsten Ausga- ben decken würden. In der Sitzung vom 17. Mai 1924 wird beschlossen, die auf Grundlage 1922 erhobenen Umlagen für das Jahr 1923 anzurechnen und für 1924 10 % Umlagen zu er- heben. Für den Verband kamen 2 1/2 % dazu.

Die Beamten und Angestellten der Gemeinde wurden mit Beginn der neuen Währung wieder in geordnete Gehaltsbezüge eingereiht, alle anderen Gebühren und Abgaben neu festgesetzt. Für die neugegründete zentrale Wohlfahrtsstelle, die Dachorganisation für alle karitativen Vereine der Gemeinde, werden ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt.

Die gesamten Stiftungsmittel waren ebenfalls der Inflation zum Opfer gefallen. Bis die Auf- wertung der Effekten in Kraft tritt, stellt die Gemeindeverwaltung mehrere Tausend Mark zur Verteilung als Stipendien zur Verfügung. Während des Krieges und in den folgenden Jahre

wurden alle größeren Bauvorhaben zurückgestellt. Zu den Herbstfeiertagen 1924 war eine neue Heizungs- und Entlüftungsanlage in die Synagoge eingebaut worden.

[S. 41] Justizrat Bernheim hatte die Angelegenheit bei der Polizeidirektion vertreten und erreicht, daß durch eine Nachprüfung eine Anzahl Ausweisungen zurückgenommen wurden, die anderen einen Aufschub von 4 Wochen erhielten; nach Ablauf dieser Frist wurden auch diese wieder aufgehoben.

Für 1924 werden 10 % Ortsumlagen und 3 % Landesumlagen erhoben.

Noch im Jahre 1924 wird die alte Sitte rege, zum Andenken an verstorbene Angehörige Gedächtnisstiftungen zu errichten; ebenso werden namhafte Beträge zur Wiederbelebung früherer Stiftungen eingezahlt. Gegen Ende des Jahres wird eine Mittelstandsküche eingerichtet. Die Gemeindeverwaltung beschließt auf allen Gräbern, soweit nicht von den Angehörigen ein Grabmal aufgestellt wird, durch die Gemeinde einfache Grabsteine bereit zu stellen. Seit 1914 wurden alle größeren Instandsetzungsarbeiten an der Synagoge zurückgestellt, jetzt zeigten sich sowohl im Innern als auch besonders an den Außenseiten größere Schäden. Der Ersatz für die Kupferbedachung vom Jahre 1918 war schon wieder schadhaft; an der Westseite, der Hauptfront, zeigten sich bedenkliche Risse in den Steinornamenten und die Sachverständigen befürchteten, daß nach Aufstellung eines Gerüstes sich gefährliche Senkungen an einzelnen Stellen zeigen werden. Auch an den übrigen Außenwänden zeigten viele Quader starke Verwitterungen und müßten ausgewechselt werden. Dies war nur möglich, wenn die Synagoge vollständig eingerüstet würde. Im Innern war der gesamte Verputz zu erneuern. Die Wiederherstellung des Kupferdaches wurde beschlossen, jedoch wegen weiterer Kosten von RM 10000,- für die Kuppel, die letztere in die Erneuerung nicht einbezogen. Nach Aufstellung des Gerüstes zeigten sich dann tatsächlich sehr große Schäden und auch das Innere der Synagoge wurde vollständig erneuert. Für die mit echtem Blattgold ausgeführte Auffrischung der Ornamente und hebräischen Schriftzeichen waren für RM 10000,- Blattgold notwendig. Die Endabrechnung für die vollständige Wiederherstellung die nahezu 1 1/2 Jahre Zeit in Anspruch nahm, zeigte Gesamtausgaben von RM 130000,-.

[S. 42] Bei einer Wahl Ende 1924 wurde nur eine Einheitsliste aufgestellt, auf die sich alle Richtungen geeinigt hatten und die daher keine besonderen Veränderungen des Verwaltungskörpers brachte.

Die Gemeinde übernimmt die Druckkosten für die Jubiläumsschrift Dr. Max Freudenthals zum 50jährigen Bestehen der Synagoge. (41) Dem Verfasser wird der Dank der Verwaltung für seine mühevollen Arbeit ausgesprochen.

Die schon seit dem Jahre 1900 immer wieder angeregte Erbauung einer zweiten Synagoge mit entsprechenden Nebenräumen wird energisch in die Wege geleitet. Bei einer Beratung im Jahre 1925 werden verschiedene Vorschläge gemacht; es soll Platz für 2000 Personen geschaffen werden. Von einer Seite wird nur für einen Notbau, der ca. RM 200000,-- Kosten verursachen würde, agitiert, während vom Baureferenten für einen großen Bau mit Versammlungsräumen, Bibliothek, Lesehalle, Trauungssaal und sonstigen größeren Nebenräumen eingetreten wird, deren Kosten auf 1 1/2 Millionen berechnet werden. Hierbei erfahren wird, daß zu dieser Zeit 2052 Umlagenzinsen durchschnittlich RM 66,10 Beiträge aus der Einkommensteuer und 1500 durchschnittlich je RM 39,90 aus der Vermögenssteuer entrichten. Die Zahlen der Steuerpflichtigen zeigen, daß bei 8600 Seelen nahezu alle erwachsenen männlichen Mitglieder steuerpflichtig waren. Für die Finanzierung des Synagogenbaues werden vorgeschlagen: Obligations- oder Auslandsanleihe, Hypotheken und der Verkauf der Synagogenplätze für 50 Jahre zum Preis von RM 500,-- . Man rechnete, daß 100 Plätze = RM 500000,-- übernommen würden. Über den Bau selbst werden noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt, doch ist die Verwaltung der Ansicht, daß vor allem der benötigte Bauplatz zu beschaffen sei. Für den vorgeschlagenen Bauplatz werden RM 360000,-- bewilligt. Über den Bau selbst und über die Finanzierung sollen die Mitglieder in einer Gemeindeversammlung gehört werden. Für ein Preisausschreiben an Architekten schlägt der Baureferent RM 10 - 12000,-- zur Genehmigung vor. Bei der Haushaltsberatung für 1926 gibt der Vorsitzende des Finanzausschusses bekannt, daß die Umlagenausfälle für das Jahr 1924 unter 5 % betragen, was ein besonders günstiges Ergebnis zeigt. Aus den Maßstabsteuern 1925 werden [S. 43] 10 % Ortsumlagen und 3 % Landesumlagen erhoben.

Bei der Gemeindeversammlung zeigte sich keine große Begeisterung für einen Synagogenneubau und auf eine Aufforderung zur Zeichnung von Synagogensitzen, die an alle Mitglieder erging, war nur eine Anforderung von 4 Sitzen erfolgt. Auch bei der Verwaltung trat eine Ernüchterung ein und bereits im Oktober 1925 wird ein Teilverkauf des Platzes beraten.

Für die Herausgabe der "Encyclopaedia Judaica" werden RM 2000,-- bewilligt.

Den gemeindlichen Wohltätigkeitsvereinen und Anstalten müssen größere Beträge zur Erfüllung ihrer Aufgaben bewilligt werden.

Am 29. August 1926 verstarb der Vorsitzende der Gemeinde Geheimrat Dr. Sigmund Held, der seit 1909 die Geschicke der Gemeinde in vorbildlicher Weise leitete. Mit ihm war eine Persönlichkeit dahin gegangen, die nicht nur in der jüdischen Gemeinschaft, sondern auch in der Öffentlichkeit - Anwaltskammer, Logen usw. - zu den höchsten Ehrenstellen berufen wurde. Die Gemeinde stellt für ein Grabmal ihres verdienten Vorsitzenden einen Ehrenplatz

zur Verfügung. In der Ersatzwahl am 3. November 1926 wird der bisherige Stellvertreter Ludwig Rosenzweig zum Vorsitzenden gewählt.

Die steigenden Einnahmen veranlassen die Verwaltung als erste in Deutschland, ihre alten Anleihen- und Hypothekenschulden aufzuwerten und zurückzuzahlen. Durch den staatlichen Treuhänder wurde die Aufwertung für die gemeindlichen Anleihen vor 1918 auf 12 1/2 % des Nominalwertes festgesetzt. Für die Anleihe vom Jahre 1923 für je 100000,-- Papiermark RM 2,15. Die gemeindlichen Finanzen gestatten eine Rückzahlung aus den laufenden Einnahmen. Für die Auffüllung des noch nicht belegten Friedhofgeländes sind RM 200000,-- notwendig, die sich aber auf mehrere Jahre verteilen werden.

Die Entwicklung der gemeindlichen Finanzen ist weiter zufriedenstellend und die Verwaltung beschließt die Anlage besonderer Reservefonds in Höhe von je 15000,-- bzw. 20000,--. Die Fonds sind bestimmt für Friedhofauffüllung, Stiftungsaufwertung, Krankenhaus- und Gemeindehausbau.

Die Einrichtung eines Lesesaals in Verbindung mit der [S. 44] Bibliothek und durch Auflegen von jüdischen Zeitschriften und Tageszeitungen wird beschlossen.

Der zufriedenstellende Eingang an Kultusumlagen veranlaßt die Gemeindeverwaltung, den Umlagensatz für 1926 auf 8 % Ortsumlagen herabzusetzen. Durch diese günstige finanzielle Entwicklung und durch die vorbildliche Aufstellung des 20 Seiten umfassenden Haushaltsplanes dauert die ganze Etatberatung oft kaum eine Stunde, obwohl die Abgleichungszahlen schon nahe an eine Million herankommen.

Die Verwaltung beschließt in der Sitzung vom 1. Juni 1927 ein Exemplar des "Nürnberger Machsor - Ausgabe Saloniki vom Jahre 1558" zum Preise von RM 1200,-- anzuschaffen. Von diesem seltenen Buch sind nur noch 5 Exemplare bekannt.

Anfang August 1927 läßt der Polizeipräsident Gareis anläßlich einer nationalsozialistischen Versammlung Polizeiposten vor der Synagoge aufstellen.

Die ostjüdischen Vereine befinden sich immer in Geldschwierigkeiten. Nach Ablauf von mehreren Monaten werden die nicht bezahlten Mieten für die Betlokale angefordert; jedesmal wird beschlossen, daß die Besucher selbst für die Aufbringung der Mittel verantwortlich sind, aber die Schulden werden immer wieder aus der Gemeindekasse bezahlt.

Für das Steuerjahr 1927 werden wieder 8 % Ortsumlagen erhoben.

Für die in Nürnberg bestehenden Verhältnisse in Bezug auf den Einfluß der antisemitischen Bewegung gibt eine Notiz im Protokoll vom 2.11.1927 Aufschluß: Mit dem Martha-Mariaheim (katholische Krankenschwestern) waren Verhandlungen gepflogen worden betreffs Einrichtung einer rituellen Küche für Patienten, die hierauf reflektieren. Die Verhand-

lung hatte einen guten Verlauf genommen und man stand vor dem Abschluß. Im letzten Augenblick hatte das Mutterhaus seine Zustimmung versagt. Es ist bezeichnend, wie auch die kirchlichen Behörden schon frühzeitig den Anschluß nicht versäumen wollten.

[S. 45] Ende 1927 wird eine Satzungsänderung vorgenommen. Die Gemeindevertretung besteht in Zukunft aus 27 Mitgliedern, die auf 10 Jahre gewählt werden, nach 5 Jahren scheidet die Hälfte aus. In der letzten Sitzung des Jahres 1927 wird der Neubau eines Altersheimes d.h. die Vergrößerung der Lazarus und Bertha Schwarz'schen Altersversorgungsanstalt in der Johannisstraße beschlossen. Die antisemitische Bewegung hatte bereits soweit um sich gegriffen, daß es für jüdische Familien schwer wurde, eine Wohnung zu finden. Man half sich dadurch, daß die älteren Leute versuchten in einem Heim Aufnahme zu finden, um ihren Kindern den notwendigen Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Aus diesem Grund lagen seit längerer Zeit eine Menge Anmeldungen vor, denen nicht entsprochen werden konnte, weil die Altersversorgungsanstalt bei der geringen Bettenzahl ständig voll belegt war. Besonders war es der Vorstand des Kuratoriums, Kommerzienrat Aufseeßer (42), der sich in aufopferndster Weise für den Neubau einsetzte.

Zum erstenmal ist in der Sitzung vom 22. Dezember 1927 eine kommunistische Gruppe unter dem Namen "Freie Linke" vertreten. Von einem Vertreter dieser Partei wird dem Vorstand ein Mißtrauensvotum ausgesprochen, das aber selbst von seinem Gesinnungsgenossen abgelehnt wird. Die vorgebrachten Vorwürfe können alle widerlegt werden und der Antrag wird mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

In diese Zeit fällt eine, zwar nicht wichtige, aber die Zeitverhältnisse beleuchtende Begebenheit. Der Besuch des Werktagsgottesdienstes war schon immer ungenügend und um denselben durchführen zu können, bzw. es den Mitgliedern möglich zu machen, ihrer Kadischpflicht (43) zu genügen, waren nach und nach bis zu fünf Minjanmänner (44) fest angestellt worden. Aber auch diese Zahl genügte öfters nicht um das Minjan voll zu machen. Ein sechster Minjanmann war nicht zu finden. Aber ein langjähriger Funktionär dieses schwierigen Amtes wußte Rat. Er verheiratete eine seiner Töchter mit einem Nichtjuden, der vorher - unter Befolgung aller notwendigen Formalitäten - zum Judentum übertrat und als Mit- [S. 46] gift die begehrte Stelle des Minjanmannes erhielt.

Ende Dezember 1927 erfahren wird, daß im vergangenen Jahr 2200 Gemeindemitglieder umlagenpflichtig waren. 89 Zensiten zahlen über RM 1000,- und bringen zusammen den Betrag von RM 227000,- auf, das ist nahezu ein Drittel des Gesamtumlagensolls.

Im Mai 1928 werden zur Einrichtung eines Jugendheimes RM 3000,- bewilligt. Durch die Verhältnisse in den Schulen bedingt wird über die Gründung einer jüdischen Volksschule

beraten. Die seit 5 Jahren bestehende Bekenntnisschule des Verein Adas Israel kann den sich ständig vermehrten Aufnahmegesuchen aus allen Kreisen der Gemeinde nicht mehr genügen, doch kommt es zu dieser Zeit noch nicht zu bindenden Entschlüssen. Weiter wird die Notwendigkeit eines jüdischen Krankenhauses von der Verwaltung anerkannt, aber die Ausführung wegen der nicht übersehbaren Ausgaben hierfür zurückgestellt. Die Umlageneingänge aus dem Steuerjahr 1926 haben sich so günstig entwickelt, daß der für 1927 beschlossene Umlagenhundertatz von 8 % auf 7 % ermäßigt werden kann. Die Gemeinde Nürnberg erhebt damit die niedrigsten Umlagen in ganz Deutschland, in keiner anderen Gemeinde werden unter 10 % erhoben. Trotzdem können bei der Beratung des Jahresabschlusses 1926 noch folgende Rücklagen getätigt werden:

Krankenheimbaufond

RM 80000,--

Gemeindehausbaufond

RM 70000,--

Stiftungsauffüllung

RM 20000,--

Friedhofplanierung

RM 10000,--

Bau eines Altersheimes

RM 70000,--

Außerdem werden an viele auswärtige Organisationen namhafte Zuwendungen gemacht. Die Beiträge an den Verband bayerischer israelitischer Gemeinden haben im Jahre 1928 RM 195000,-- betragen. Die Schulangelegenheit findet eine einstweilige Erledigung durch die Bewilligung von RM 6000,-- für die Schule von Adas Israel.

Für den Um- und Neubau des Altersheimes werden von der Verwaltung RM 200.000,-- im Januar 1929 bereitgestellt, und auch unmittelbar mit den Bauarbeiten begonnen.

[S. 47] Das Germanische Nationalmuseum erhält auf seine Bitte das Werk von Hoffmann "Abraham und Abrahamson Medaillenkunst" geschenkwiese überwiesen.

Im Frühjahr 1929 wurde von der antisemitischen Zeitung "Der Stürmer" eine wüste Ritualmordhetze aufgezogen, zu der ein unaufgeklärter Kindermord in Manau bei Haßfurt herangezogen wurde. Eine diesbezügliche Äußerung in der Verwaltungssitzung vom 8. Mai 1929 zeigt die seinerzeitige politische Lage. Es heißt dort, "daß von Staatswegen kein Schutz vor

antisemitischen Angriffen zu erwarten sei, dies zeige der Fall Manau". Für Aufklärungsarbeiten in dieser Angelegenheit werden RM 1000,-- bewilligt.

Nach dem genehmigten Neubau eines Altersheimes werden auch RM 50000,-- für den Neubau eines Schwesternheimes von der Verwaltung zur Verfügung gestellt. Der Umlagensatz für das Steuerjahr 1928 wird weiter auf 6 % ermäßigt. Für die im Sommer 1929 durch Aufruhr in Palästina Geschädigten werden RM 2000,-- zur Verfügung gestellt.

Wieder muß die Gemeindeverwaltung von dem katholischen Theresienkrankenhaus eine entehrende Ablehnung für Aufnahme jüdischer Patienten erfahren.

Am 27. Oktober 1929 wird das neuerbaute Altersheim mit einer würdigen Feier eingeweiht. Es konnten sofort 40 Personen neu aufgenommen werden. Durch aufopfernde private Sammelstätigkeit von Kommerzienrat Aufseeßer und Paula Erlanger konnten RM 40000,-- für eine gediegene Inneneinrichtung beigebracht werden. Für das Steuerjahr 1929 bleibt der Umlagensatz von 6 % bestehen. Bei der Änderung der Satzungen am 20. Mai 1930 kann das aktive und passive Wahlrecht ohne Unterschied der Staatsbürgerschaft nach zweijähriger Mitgliedschaft zur Kultusgemeinde ausgeübt werden.

[S. 48] Die Zeitverhältnisse bedingen verschiedene Satzungsänderungen. Am 20. Mai 1930 findet eine diesbezügliche Sitzung statt, zu der auch die Ersatzleute der Gemeindevertretung zugezogen sind. Es dreht sich hauptsächlich um jüdisch-politische Reibungsflächen, die gemildert oder beseitigt werden. Dabei ist das aktive und passive Wahlrecht der Ausländer das Hauptthema. Zuerst wird beantragt den Namen der Gemeinde in "Jüdische Gemeinde Nürnberg" zu ändern. Der Antrag muß abgelehnt werden, weil die bayerischen Staatsgesetze nur Israelitische Kultusgemeinden anerkennen. Der zweite Antrag verlangt den Aufgabenkreis der Gemeinde auch auf die politische Tätigkeit auszudehnen. Dieser Antrag verfällt gegen die Stimme des Antragstellers der Ablehnung, da die Gemeindevertreter einstimmig der Ansicht sind, daß dies die Handlungsfreiheit der Verwaltung sehr schädigen würde; ebenso wird der Antrag desselben Antragstellers auf Verkürzung der Amtsdauer der Gemeindevertreter einstimmig abgelehnt, weil dies nur gemeinsam mit den Verbandssatzungen geschehen könnte. Das aktive Wahlrecht wird von einer zweijährigen, das passive von einer vierjährigen Mitgliedschaft abhängig gemacht. Ein Antrag, Gemeindegliedern, die in Mischehe leben und ihre Kinder nichtjüdisch erziehen, das passive Wahlrecht abzuerkennen, verfällt der Ablehnung; dagegen wird ein Antrag angenommen, Ausländer auch die Wählbarkeit in den Vorstand zu bewilligen. Größere Debatten entstehen über den Ausschluß von Vorstandsmitgliedern und Gemeindevertretern. Die erregten Auseinandersetzungen führen nur dazu, daß die bisherige Disziplinarordnung in die neuen Satzungen aufgenommen wird. Nach Annahme

bzw. Ablehnung verschiedener Abänderungsvorschläge wird durch Beschluß eine sofortige Neuwahl der Gesamtverwaltung aufgrund der neuen Satzung abgelehnt. Ein Exemplar dieser Satzung mit den Abänderungen vom 19. Juli 1932, 2. Mai 1934 und 23. Februar 1937 ist dem Protokoll vom 5. Juni 1930 beigeheftet.

Der Boykott jüdischer Geschäfte wurde schon in dieser Zeit dadurch organisiert, daß von Seiten der nationalsozialistischen Partei ein Verzeichnis "arischer Geschäfte" herausgegeben wurde. [S. 49] Noch wehren sich einzelne nichtjüdische Geschäftsinhaber gegen die Aufnahme in dieses Verzeichnis, weil sie glauben, dadurch die jüdische Kundschaft zu verlieren.

Seit mehreren Jahren war der Filialgottesdienst an den hohen Feiertagen wieder im Kulturvereinsaal (45) abgehalten worden. In letzter Zeit haben nun häufig antisemitische Versammlungen darin stattgefunden und es besteht bei den Gemeindemitgliedern eine große Abneigung gegen dieses unwürdige Lokal. Obwohl die Gemeindeverwaltung noch durch einen Vertrag gebunden ist, soll in einer öffentlichen Mitgliederversammlung das Problem erörtert werden. Diese öffentliche Versammlung konnte keine Vorschläge für einen anderen Gottesdienstraum machen; es wurde mit dem Kulturverein ein weiterer Vertrag abgeschlossen, in dem Garantien gegeben wurden bezüglich antisemitischer Veranstaltungen. Aber man war in einer solchen Zwangslage, daß man froh war nicht eine Vertragslösung herbeiführen zu müssen, obwohl sogar zwischen Neujahrsfest und Versöhnungstag, also während der von der Gemeinde gemieteten Tage eine Streicherversammlung stattgefunden hatte. Als Mietpreis mußte in den Jahren 1930/32 RM 3500,-- für diese 3 Tage bezahlt werden.

In der letzten Sitzung des Jahres 1930 wird über die Not, die schon über einen größeren Teil der Gemeindemitglieder hereingebrochen ist, und über deren wirksame Bekämpfung gesprochen. Anlässlich des bevorstehenden Chanukkafestes sollen an alle Bedürftigen, Arbeitslosen, Witwen usw. ein Geldbetrag bis zu RM 100,--, Lebensmittel und Heizmaterial zur Verteilung gelangen. Hiebei erfährt man, daß im Laufe des Jahres außer den bedeutenden Zuwendungen von den Wohltätigkeitsvereinen und den schon wieder erheblichen Mitteln aus den Stiftungen noch über RM 100000,-- aus der Gemeindegasse für die Fürsorge ausgegeben worden sind.

[S. 50] Die allgemeine Finanzkrise berührt die Gemeinde vorerst nur insoweit, als sie im Anschluß an staatliche Maßnahmen die Gehälter der Beamten und Angestellten um 6 % kürzen muß. Weiter wird im Hinblick auf die allgemeine öffentliche Lage die Neuwahl der Gemeindeverwaltung, die Anfang 1931 zu erfolgen hätte, um ein Jahr verschoben. Anfang 1931 tritt in Bayern ein Schächtverbot in Kraft, rituelles Fleisch muß nunmehr von außerhalb Bayerns, hauptsächlich aus Ulm, bezogen werden. Mit großer Befriedigung wird in der Verwaltungssitzung vom 21. Januar 1931 festgestellt, daß die durch den Neubau vergrößerte Lazarus

und Bertha Schwarz'sche Altersversorgungsanstalt im vergangenen Jahr nicht nur keine Zuschüsse erforderte, sondern sogar einen kleinen Haushaltüberschuß buchen konnte. Es war dies vor allem dadurch möglich, daß von Seiten der Gemeindemitglieder die Anstalt häufig Zuwendungen an wertvollen Nahrungsmitteln erhielt. Dann aber auch, weil trotz der bedeutenden Vergrößerung die Allgemeynkosten nicht wesentlich erhöht wurden. Die Leitung und Verwaltung des Heimes durch Fräulein Rosa Weil findet die größte Anerkennung. In der oben erwähnten Sitzung wird bei der Beratung, ob ein Gebäude für den Filialgottesdienst errichtet werden soll, dieses mit der Motivierung abgelehnt, daß bei der Abwärtskurve der Bevölkerungsstatistik die Verwaltung hiezu nicht mehr berechtigt sei.

Für das Steuerjahr 1930 wird, weil ein bedeutendes Absinken des Steuersolls befürchtet wird, der Umlagensatz von 6 % auf 7 % erhöht.

Für russische Flüchtlinge soll in der Gemeinde eine Sammlung veranstaltet werden. Die Gemeindeverwaltung und besonders der Vorsitzende Rosenzweig sind prinzipiell gegen private Sammlungen, da das Ergebnis oft sehr zweifelhaft ist und die Gemeindemitglieder außer ihren Pflichtbeiträgen von den lästigen Haussammlungen verschont bleiben sollen. Bei allen bisherigen ähnlichen Anlässen hat sich das Verfahren in beiderseitigem Interesse bewährt, von der Gemeindekasse entsprechende Beiträge zu bewilligen.

[S. 51] Es werden daher für den oben erwähnten Zweck RM 500,-- bereitgestellt.

Die Beamten- und Angestelltengehälter müssen konform den Staatsbeamtengehältern um weitere 5 % gekürzt werden.

Eine Sammlung für die gemeindliche Nothilfe ergibt Ende 1931 RM 20000,--. Der Umlagensatz für das Steuerjahr 1931 wird auf 8 % festgelegt.

Die weitere Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage hat zwar die gemeindlichen Finanzen noch nicht ungünstig beeinflusst; in der Etatberatung für 1932 heißt es im Revisionsbericht, "daß die Finanzverhältnisse unserer Gemeinde im Gegensatz zu denen anderer Großgemeinden und in Anbetracht der traurigen Wirtschaftslage immer noch ein recht erfreuliches Bild zeigen, sei vor allem der vorbildlichen Finanzgebahrung und der weitschauenden Vorsicht unseres Vorsitzenden zu danken".

Doch haben die einzelnen Vereine und Organisationen schwer zu kämpfen und müssen die Zuwendungen aus der Gemeindekasse immer größer werden, so der Armenunterstützungs-, der Frauen- und der Wohltätigkeitsverein, der Verein der jüdischen Krankenpflegerinnen, die jüdische Nothilfe usw. Die ostjüdischen Vereine benötigen einen Zuschuß für ihre religiösen Bedürfnisse von RM 3000,--, Keren-Hajesod, Centralverein, Bar-Kochba, Mensa academica, Wanderunterstützungskasse und Jugendverein bitten um höhere Zuschüsse.

In der Vorstandswahl vom 13. April 1932 werden gewählt:

Kommerzienrat Ludwig Rosenzweig

Vorsitzender

Albert Fehheimer

1. Stellvertreter

Leo Katzenberger

2. Stellvertreter

Dr. Isaak Bamberger, Kommerzienrat Josef Aufseeßer, Sigmund Mainzer.

Am 13. April 1932 ist protokolliert: "Dr. Bamberger weist auf den einer Kulturstadt unwürdigen Umstand hin, daß jüdische Kinder auf den Schulwegen von verwilderter nichtjüdischer Jugend, besonders in der Rosenau ernstlich bedroht und geschlagen werden. [S. 52] Auch seien ihm ähnliche Fälle der Unverträglichkeit aus städtischen Schulen bekannt." In diesem Zusammenhang wird davon gesprochen, daß auch die Belästigungen Erwachsener immer mehr zunehmen. Eine neue Notverordnung bringt den Beamten ab 1. Juli 1932 eine weitere Kürzung ihrer Bezüge.

Die Gemeinden Schnaittach, Ottensoos und Georgensgmünd können infolge des Wegzuges ihrer zahlungsfähigen Mitglieder ihre Selbständigkeit nicht mehr halten und schließen sich der Kultusgemeinde Nürnberg an.

Der Eingang der Kultusumlagen wird zwar immer noch als befriedigend geschildert, doch wird, um keine Schwierigkeiten befürchten zu müssen, der Umlagensatz für 1932 auf 9 % festgesetzt; in anderen Gemeinden sind es bereits 15 - 30 %. Im Voranschlag für 1933 sind die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke mit RM 150000,- eingesetzt.

Mit dem Bericht der Sitzung vom 27. März 1933 schließt das V. Protokollbuch über die Verwaltungssitzungen. In dieser Sitzung, der ersten nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus, ist nichts über die für die Juden so bedeutsame Umstellung berichtet. Nur der letzte Absatz beleuchtet noch einmal die damalige Situation: "Schutz bei Sitzungen. Frau Erlanger erklärt aufgrund eines peinlich verlaufenen Zwischenfalls, daß in dieser politisch bewegten Zeit die Damen, welche im Gemeindehaus tagen, eines jederzeitigen Schutzes versichert sein müssen."

Das letzte Protokollbuch konnte nicht mehr aufgefunden werden.

Fußnoten

- (37) Else Dormitzer (geb. Forchheimer), geb. 17.11.1877, Schriftstellerin und engagiertes Mitglied im Gemeindevorstand und Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. 1939 Emigration in die Niederlande, von dort 1943 deportiert nach There-

- sienstadt. Nach der Befreiung Auswanderung nach England, dort weiterhin literarische Tätigkeit und Mitarbeit bei verschiedenen Zeitungen, gest. 03.06.1958 in London.
- (38) Zur Person s. Biographie Ludwig Rosenzweigs bei *rijo*.
 - (39) Gebetsmantel
 - (40) V-förmiger Kragen wie bei protestantischen Geistlichen.
 - (41) Max Freudenthal: Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg. Nürnberg 1925.
 - (42) Kommerzienrat Josef Aufseeßer, geb. 24.04.1864, gest. 23.02.1943 im KZ Theresienstadt.
 - (43) Tägliches Gebet der Söhne für die verstorbenen Eltern im Trauerjahr und danach jeweils zur Jahrzeit (Jahrestag).
 - (44) Der Minjan ist die Mindestzahl von 10 männlichen Betern, die für den Gemeindegottesdienst vorgeschrieben ist.
 - (45) Gebäude des Industrie- und Kulturvereins am Frauentorgraben, im September 1935 Schauplatz der Verkündung der "Nürnberger Gesetze".
-

[4.4 Das Gemeindeleben bis zur "Reichskristallnacht"]

Für die folgenden Aufzeichnungen konnten keine aktenmäßigen Unterlagen mehr herangezogen und die weitere Entwicklung nicht mehr so ausführlich geschildert werden.

[S. 53] Über die Entwicklung der antisemitischen Bewegung gibt das schon angeführte Zeugenprotokoll vor dem Internationalen Gerichtshof eingehenden Aufschluß. (46) Es werden nun die besonders einschneidenden Gesetzesbestimmungen für die Entrechtung und Vernichtung der Juden angeführt.

Für den Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933, mit dem die Nationalsozialisten ihren ersten Weg erleuchteten, fand man zufällig keinen Juden als Täter. Doch 4 Wochen später fing mit dem gesetzlich befohlenen Boykott am 1. April 1933 der Vernichtungskampf gegen "Alljuda" an. Die Kolonnen der SA und der Hitlerjugend durchzogen unter Absingen der blutrünstigen Lieder die Straßen und wehe, wenn sich eine jüdisch aussehende oder als Jude bekannte Person bei Annäherung nicht schnellstens in eine Nebenstraße retten konnte. Beschimpfungen, Bewerfen mit Steinen und Schmutz und auch Angriffe mit mehr oder weniger schweren Verletzungen wurden als Volksbelustigungen aufgeführt.

Durch Gesetz vom 7. April 1933 (47) wurde einem großen Teil der jüdischen Ärzte und Rechtsanwälte die Ausübung des Berufes verboten, nur Frontkämpfer 1914/18 waren ausgenommen und alle Juden aus dem Staatsdienst entlassen. Durch das Gesetz zum Schutze der nationalen Symbole vom 19. Mai 1933 war den Uniformträgern vom kleinsten "Pimpf" an

alle Schandtaten erlaubt und niemand, selbst nicht die Polizeiorgane, durften diese Hoheitsträger der Partei an der Ausführung ihrer Heldentaten hindern. Das Berühren eines Hitlerjungen hätte für einen Juden die Einlieferung in ein Konzentrationslager nach sich gezogen.

Das Schreckensregiment hatte begonnen und von der Gemeinde Nürnberg wurden immer wieder Männer in das Konzentrationslager Dachau verschleppt, ohne daß sie sich nur der geringsten Vergehen schuldig gemacht hatten. Meistens kurz nach der Einlieferung bekam die Gemeindeverwaltung den Auftrag, die "auf der Flucht oder wegen Widerstand Erschossenen" mit dem Leichenwagen abzuholen. Später wurden nur noch die Aschenreste an die Friedhofverwaltung übersandt und nach Ausbruch des Krieges erfuhr man nichts mehr über das Schicksal dieser Märtyrer.

Das Heimtückegesetz vom 20. Dezember 1934 machte es möglich, jeden Gegner und besonders die [S. 54] Juden ohne Gerichtsverfahren dem Henker oder dem Konzentrationslager zu überliefern. Mit den Gesetzen vom 15. September 1935, den sogenannten "Nürnberger Rassegesetzen", beginnt die große Leidenszeit der Juden. In den Hetzeitschriften forderte man die höchsten Zuchthausstrafen und dann auch die Todesstrafe für die sogenannte "Rassenschande" und das Recht wurde zur Hure der Politik. Es fanden sich feige Richter, die schon vor der Verhandlung sich das Strafmaß vom Gauleiter diktieren ließen und was genügte für eine Anklage vor dem Volksgericht? Der Gruß einer nichtjüdischen Frau wurde mit 4 Jahren Zuchthaus geahndet und um ein Todesurteil zu rechtfertigen, verurteilte man eine Frau, die den Verkehr mit dem Angeklagten bestritt, ohne jeden Beweis wegen Meineids und den Juden zum Tode. (48) Auf solch haltlose Anklagen wurden in Deutschland mehrere Tausend Juden verurteilt, aber nicht ein einziger hat seine Strafe überlebt. Wer nicht schon bei der Behandlung im Zuchthaus starb wurde ins Vernichtungslager Auschwitz verschickt und hatte nicht nötig, dort nur einmal sein Brot in Empfang zu nehmen. Von Nürnberg allein sind auf diese Weise 56 Männer ums Leben gekommen. Die Nürnberger Gesetze hoben auch das Staatsbürgerrecht der Juden auf.

Nachfolgend die wichtigsten Gesetze:

Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935

§ 1

I. Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.

II. Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§ 2

I. Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.

II. Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.

[S. 55] III. Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

§ 3

(Durchführungsvorschriften) Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Nürnberg, den 15. September 1935,

am Reichsparteitag der Freiheit

**Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 i.d.F. der 7. VO
zum RbürgG vom 5. Dezember 1938**

§ 1

I. Bis zum Erlaß weiterer Vorschriften über den Reichsbürgerbrief gelten vorläufig als Reichsbürger die Staatsangehörigen Deutschen oder artverwandten Blutes, die beim Inkrafttreten des Reichsbürgergesetzes das Reichstagswahlrecht besessen haben, oder denen der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht verleiht.

II. Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht entziehen.

§ 2

I. Die Vorschriften des § 1 gelten auch für die staatsangehörigen jüdischen Mischlinge.

II. Jüdischer Mischling ist, wer von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt, sofern er nicht nach § 5 Absatz 2 als Jude gilt. Als volljüdisch gilt ein Großeltern-
teil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.

[S. 56]

§ 3

I. Nur der Reichsbürger kann als Träger der vollen politischen Rechte das Stimmrecht in politischen Angelegenheiten ausüben und ein öffentliches Amt bekleiden. Der Reichsminister des Innern oder die von ihm ermächtigte Stelle kann für die Übergangszeit Ausnahmen für die

Zulassung zu öffentlichen Ämtern gestatten. Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.

§ 4

- I. Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu; er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden.
- II. Jüdische Beamte treten mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand.
- III. Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.
- IV. Das Dienstverhältnis der Lehrer an öffentlichen jüdischen Schulen bleibt bis zur Neuregelung des jüdischen Schulwesens unberührt.

§ 5

- I. Jude ist, wer von mindestens 3 der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt. § 2 Abs. 2 Satz 2 findet Anwendung.
- II. Als Jude gilt auch der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende, staatsangehörige jüdische Mischling,
 - a) der beim Erlaß des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder darnach in sie aufgenommen wird,
 - b) der beim Erlaß des Gesetzes mit einem Juden verheiratet war oder sich darnach mit einem solchen verheiratet (für österr. Eherecht: 9. VO z. RbürgG, RGBl. 1939 I S. 891),
 - c) der aus einer Ehe mit einem Juden im Sinne des Abs. 1 stammt, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 geschlossen ist,
 - d) der aus dem außerehelichen Verkehr mit einem Juden im Sinne des Absatzes 1 stammt und nach dem 31. Juli 1936 außerehelich geboren wird.

§ 6

I. Soweit in Reichsgesetzen oder in Anordnungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Gliederungen Anforderungen an die Reinheit des Blutes gestellt werden, die über § 5 hinausgehen, bleiben sie unberührt.

[S. 57] II. Sonstige Anforderungen an die Reinheit des Blutes, die über § 5 hinausgehen, dürfen nur mit Zustimmung des Reichsministers des Innern und des Stellvertreters des Führers gestellt werden. Soweit Anforderungen dieser Art bereits bestehen, fallen sie am 1. Januar 1936 weg, wenn sie nicht von dem Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers zugelassen werden. Der Antrag auf Zulassung ist bei dem Reichsminister des Innern zu stellen.

§ 7

Der Führer und Reichskanzler kann Befreiungen von den Vorschriften der Ausführungsverordnungen erteilen.

Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938

Artikel I

§ 1

Ein Gewerbebetrieb gilt als jüdisch, wenn der Inhaber Jude (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 - Reichsgesetzbl. I S. 1333) ist.

Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. Juli 1938

§ 1

Bestellungen (Approbationen) jüdischer Ärzte erlöschen am 30. September 1938.

§ 4

Die Bestallung als Arzt kann einem Juden nicht erteilt werden.

Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27. September 1938

Artikel I Ausscheiden der Juden aus der Rechtsanwaltschaft

§ 1 Juden ist der Beruf des Rechtsanwaltes verschlossen.

[S. 58]

Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. April 1939

§ 1 Lockerung der Mietschutzes.

Ein Jude kann sich auf den gesetzlichen Mieterschutz nicht berufen, wenn der Vermieter bei der Kündigung durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde nachweist, daß für die Zeit nach der Beendigung des Mietverhältnisses die anderweitige Unterbringung des Mieters sichergestellt ist. Dies gilt nicht, wenn auch der Vermieter Jude ist. (Berlin, München, Wien: RGBI. 1940 I S. 1235).

Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. Juli 1939

Artikel I Reichsvereinigung der Juden

§ 1

I. Die Juden werden in einer Reichsvereinigung zusammengeschlossen.

II. Die Reichsvereinigung ist ein rechtsfähiger Verein. Sie führt den Namen "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" und hat ihren Sitz in Berlin.

III. Die Reichsvereinigung bedient sich als örtlicher Zweigstellen der jüdischen Kultusvereinigungen.

Zwölfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. April 1943

§ 4

Juden und Zigeuner können nicht Staatsangehörige werden. Sie können nicht Staatsangehörige auf Widerruf oder Schutzangehörige sein.

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

[S. 59]

§ 1

Ehen zwischen Juden und Ariern

I. Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung des Gesetzes im Ausland geschlossen sind.

II. Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

§ 2

Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§ 3

Deutschblütige Frauen und Mädchen in jüdischen Haushalten: Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

§ 4

I. Reichsflagge: Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.

II. Jüdische Farben: Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.

§ 5

Strafvorschriften

- I. Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.
- II. Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.
- III. Wer den Bestimmungen der §§ 3 und 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Vom 22. April 1938 ab (49) mußten alle jüdischen Geschäfte als solche bezeichnet werden und jeder Geschäftsreisende mußte den Kunden auf die jüdische Eigenschaft seiner Firma aufmerksam machen. Durch Gesetz vom 26. April 1938 war alles bewegliche und unbewegliche Vermögen der Juden anzumelden. Die Finanzämter gaben die Auskunft, daß dies wegen der Mitnahme bei der Auswanderung für die Betroffenen sehr wichtig sei. Dadurch veranlaßt, hatte jeder ein Interesse seinen ganzen Besitz auch an Schmuckgegenständen, Bildern, Teppichen, Sammlungen usw. anzugeben.

Der 18. Juni 1938 ist der schicksalsschwerste Tag für das religiöse Leben in Nürnberg. Mit einem Telefonanruf wurde ein Vorstandsmitglied zum Stadtrat befohlen, um eine Erklärung entgegenzunehmen. Herr Fehheimer kam mit folgender, mündlicher Anordnung zurück: [S. 60/1] Die Gemeindeverwaltung hat sofort freiwillig dem Abbruch der Synagoge zuzustimmen. Alle Anwesenden waren sich der Schwere der Entscheidung bewußt und nach einer eingehenden Aussprache wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß keine jüdische Verwaltung freiwillig ihr Gotteshaus aufgeben werde und man nur der Gewalt weichen würde. Dieser Entschluß der Verwaltung wurde der Stadtverwaltung schriftlich mitgeteilt. Die nächsten Tage waren alle Beteiligten von schwerer Sorge erfüllt, denn man mußte ggf. mit einer Festnahme aller Verwaltungsmitglieder rechnen. Die Gemeindemitglieder hatte man von dem bevorstehenden Ereignis noch nicht verständigt, doch war man schon durch den einige Wochen vorher in München begonnenen Synagogenabbruch nicht unvorbereitet. Noch einige Male im Laufe der nächsten Wochen wurde von der Stadtverwaltung versucht, die Stellungnahme der Gemeinde zu ändern. Man wollte dies, um wie in München durch einen freiwilligen Verzicht den gewaltsamen Charakter zu vertuschen. In der Sitzung der Stadtverwaltung vom 3. August 1938 wurde nun das Enteignungsverfahren beschlossen.

[S. 60/2] Reichsministerialblatt No. 33 vom 5. August 1938

Erste Anordnung über die Neugestaltung der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1054) in Verbindung mit dem Erlaß des Führers und Reichskanzlers über städtebauliche Maßnahmen in der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg vom 9. April 1938 (Reichsgesetzbl. I. S. 379) wird folgendes bestimmt:

I.

(1) als "Bereich" im Sinne des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937 gelten die innerhalb der Ringmauer in der Altstadt der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg gelegenen, nachstehend bezeichneten Grundstücke:

Hans-Sachs-Platz 4 und Neue Gasse 12, vorgetragen im Grundbuch der Steuergemeinde Nürnberg-Sebald, Band 61, Blatt 1412, Seite 401, Plan-No. 1495 zu 0, 260 Hektar und Anteil zu 0,001 Hektar an Plan-No. 1501 1/2 (Steuerplannummer).

(2) Die Bestimmung weiterer Bereiche bleibt vorbehalten.

II.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 27. Juli 1938

Der Leiter des Zweckverbandes Reichsparteitag Nürnberg

Kerrl

Reichsminister

[S. 60/3] In der Niederschrift über die öffentliche Beratung mit den Ratsherren am 3. August 1938 findet sich folgendes ausgeführt:

Betr. Erste Anordnung über die Neugestaltung der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg.

Oberbürgermeister Willy Liebel führt aus:

Mit Erlaß vom 9. April 1938 hat der Führer und Reichskanzler die Durchführung der städtebaulichen Maßnahmen angeordnet, die zur Anlage und zum Ausbau des Reichsparteitageländes, zur Durchführung der Reichsparteitage und zur planvollen Gestaltung der Stadt erforderlich sind.

Am 22.6.1938 habe ich in der öffentlichen Beratung mit den Ratsherren über die unterm 1. Juni vom Reichsarbeitsministerium hierzu veröffentlichte Vollzugsverordnung und die sich daraus ergebenden Folgerungen und Möglichkeiten ausführlich berichtet. In diesem Zusammenhang habe ich bereits damals davon gesprochen, daß wir im Zuge der Wiederherstellung des unvergleichlich schönen Nürnberger Altstadtbildes nun auch daran gehen würden, unschöne, stilwidrige und aufdringliche Bauwerke in der Altstadt zu beseitigen. Derartige durchgreifende Maßnahmen sind uns leider erst jetzt nach dem Erlaß der eingangs erwähnten

Verordnungen möglich geworden. Ich bin nun aber auch durchaus gewillt, die nunmehr vorhandenen Möglichkeiten in den nächsten Jahren restlos auszunützen. Mit ihrer Hilfe können und werden wir die in den hinter uns liegenden 5 Jahren mit so großem Erfolg und unter so erfreulicher allgemeiner Anteilnahme und Anerkennung in mühevoller und zäher Kleinarbeit durchgeführte Wiederherstellung unseres schönen alten Stadtbildes weiterführen und vollenden. Daß die gesamte Nürnberger Bürgerschaft auch diesen Maßnahmen, so wie das schon bisher stets der Fall war, größtes Verständnis entgegenbringen und ihnen jede Förderung angedeihen lassen wird, dessen bis ich sicher.

Die schlimmste Bausünde aus vergangenen Jahrzehnten ist ohne Zweifel die in einem der schönsten Teile der Nürnberger Altstadt, am nördlichen Pegnitzufer mit seinen idyllischen und reizvollen alten Häusern gegenüber der Insel Schütt gelegene Synagoge. Eine von demokratischem Judengeist umnebelte Vertretung der Nürnberger Bürgerschaft hat es den Juden dereinst durch einen hier in diesem Saal am 5. März 1869 einstimmig gefaßten Plenarbeschluß ermöglicht, am Hans-Sachs-Platz, der eine Umrahmung aus schönen alten Bürgerhäusern aufweist und an dessen Südseite sich die Heilig-Geist-Kirche befindet, in der jahrhundertlang die Reichsinsignien und Reichskleinodien aufbewahrt worden waren, ein undeutsches, frech-aufdringliches, orientalisches Bauwerk zu errichten.

Dieser, wie in dem seinerzeitigen Baugesuch ausdrücklich betont wird, "nach jüdisch-rituellen Erfordernissen" mitten in einer schönen alten deutschen Stadt errichtete morgenländische Kuppelbau, der gleichsam ein Wahrzeichen der einstigen Judenherrschaft in Nürnberg darstellt, wirkte auch von weit entfernten Stellen aus von jeher als ein Fremdkörper im Stadtbild. Er war uns Nürnberger Nationalsozialisten schon immer ein Dorn im Auge und wie in so vielem, so ist uns auch hier vom Schicksal die Aufgabe gestellt worden, die Sünden früherer Geschlechter wieder gut zu machen zum Wohle unserer Stadt.

Eine restlose Bereinigung dieser unerfreulichen Angelegenheit kann nur durch die vollständige Beseitigung des Synagogengebäudes erreicht werden. Im Zusammenhang damit könnte dann auch gleich ein Teil der dort besonders notwendigen Altstadtsanierung durchgeführt werden. Im nördlichen Teil des Synagogengrundstückes liegt nämlich das Verwaltungsgebäude der Nürnberger Israelitischen Kultusgemeinde. Dieses Gebäude nimmt [S. 60/4] den umliegenden Häusern am Hans-Sachs-Platz und in der Neuen Gasse die nach den heutigen Grundsätzen des Städtebaues unbedingt notwendige Hofffläche weg. Eine entsprechende Sanierung dieses Baublockes kann nur durch Entfernung auch dieses Gebäudes erreicht werden. Auf meinen Antrag hin hat Reichsminister Kerrl als Beauftragter des Führers und Reichskanzlers am 27. Juli 1938 die "Erste Anordnung über die Neugestaltung der Stadt der Reichs-

parteitage Nürnberg" dahingehend erlassen, daß die Grundstücke Hans-Sachs-Platz 4 und Neue Gasse 12, auf denen sich zur Zeit die Synagoge und das vorher erwähnte Verwaltungsgebäude der Israelitischen Kultusgemeinde befinden, als Bereich im Sinne des Gesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937 gelten. Diese Anordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Verkündung im Reichsministerialblatt, die voraussichtlich morgen erfolgen wird, in Kraft.

Die Bereichserklärung durch Reichsminister Kerrl gilt kraft Gesetzes als Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung. Die Durchführung des Enteignungsverfahrens innerhalb des festgestellten Bereichs ist nach der Vollzugsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. Juni 1938 mir übertragen. Als enteignungsberechtigt und als Träger der notwendigen Bereinigungsmaßnahmen tritt die Stadt der Reichsparteitage Nürnberg auf.

Ich werde selbstverständlich mit Beschleunigung von den mir zu Gebote stehenden Rechtsbehelfen Gebrauch machen und das Zwangsenteignungsverfahren gegen die Israelitische Kultusgemeinde nach dem für zulässig erklärten vereinfachten Verfahren entsprechend dem Bayerischen Gesetz vom 1. August 1933 betreiben. Dabei ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß nach klarer gesetzlicher Bestimmung schon zu Beginn des Verfahrens und ohne daß dessen Erledigung abgewartet zu werden braucht, die vorläufige Inangriffnahme der Arbeiten erfolgen kann. Unter Anwendung und Ausnützung aller vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten wurden in zielbewußter, zäher Vorarbeit in den letzten Wochen die notwendigen einwandfreien gesetzlichen Voraussetzungen für die Entfernung der Synagoge und des Verwaltungsgebäudes der Israelitischen Kultusgemeinde geschaffen.

Ich kann Ihnen, meine Ratsherren, der Presse und damit der gesamten Öffentlichkeit heute die erfreuliche, für die Geschichte Nürnbergs geradezu historisch bedeutsame Tatsache bekanntgeben, daß der Abbruch der Synagoge am Hans-Sachs-Platz bereits von mir angeordnet worden ist und innerhalb einer Woche in Angriff genommen werden wird. Bis zum Reichsparteitag 1938 wird er aller Voraussicht nach in der Hauptsache bereits durchgeführt sein!

In den nächsten Wochen wird durch die Abbrucharbeiten allerdings die bisherige beschauliche Ruhe am Hans-Sachs-Platz wohl vorübergehend auch in den Nachtstunden ab und zu erheblich gestört und beeinträchtigt werden, aber wir dürfen wohl erwarten, daß die Anwohner dieser Notwendigkeit umsomehr Verständnis entgegenbringen, als sie ja die Voraussetzung dafür ist, daß ihnen dann für alle Zukunft der allwöchentliche Anblick der zu und von der Synagoge kommenden mauschelnden Mischpoke erspart bleiben wird!

Mit der nunmehr erfolgenden Beseitigung der Synagoge wird dann eines der unerfreulichsten Kapitel der Nürnberger Baugeschichte des vergangenen Jahrhunderts den einzig möglichen

Abschluß gefunden haben: die "Schande von Nürnberg" wird getilgt sein durch Beseitigung dieses orientalischen Bauwerkes, das sich, wie der "Stürmer" erst kürzlich mit vollem Recht geschrieben hat, "protzig, seelenlos und frech über dem Häusermeer Nürnbergs erhebt".

[S. 60/5] Im Gegensatz zu den Juden in der Hauptstadt der Bewegung München haben sich die Juden in der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg bei den anfangs Juni in meinem Auftrag geführten Verhandlungen über die Beseitigung der Synagoge am Hans-Sachs-Platz nicht bereiterklärt, der Stadt das in Frage kommende Grundstück samt den darauf befindlichen Bauwerken im Weg freiwilliger Vereinbarung zu überlassen. Es mußte deshalb zur Erreichung des Zieles der etwas umständlichere und zeitraubendere Weg der Bereichserklärung beschritten werden.

Mit der Beseitigung des Synagogengebäudes selbst aber haben sich die Juden längst abgefunden. Die verlogene internationale jüdische Hetzpresse hat im übrigen schon vor mehr als ein- einhalb Monaten den Abbruch der Nürnberger Synagoge als vollendete Tatsache gemeldet!

Die "Jüdische Pressezentrale Zürich" hat in ihrer No. 995 vom 17. Juni 1938, die auf dem Tische des Hauses im Original zur Einsichtnahme aufliegt, folgendes berichtet: "In München und in Nürnberg sind die großen Gemeindesynagogen einfach gewissermaßen über Nacht abgerissen worden. Kaum daß es gelang, die Kultusgeräte in Verwahrung zu bringen. In beiden Fällen handelt es sich um große Prachtbauten und sie müssen angeblich verschwinden, weil man Autoparkplätze braucht!"

Zu dieser unverschämten jüdischen Hetzlüge wäre lediglich nur zu bemerken, daß 1. die Nürnberger Synagoge leider nicht "über Nacht" abgebrochen werden kann, sondern daß dazu Wochen angestrengtester Arbeit notwendig sein werden, daß 2. die Nürnberger Juden ihre "Kultusgeräte" aus der Synagoge zwar alsbald wegschaffen müssen, sie aber trotzdem in aller Ruhe in Sicherheit bringen können; am liebsten wäre es uns, wenn die gesamte Judenschaft in Nürnberg mit ihnen einen feierlichen, möglichst endgültigen Auszug aus der Stadt der Reichsparteitage nach Palästina unternehmen würde! Endlich wäre noch zu bemerken, daß wir 3. keineswegs beabsichtigen, auf dem freiwerdenden Platz einen "Autoparkplatz" zu errichten.

Um nun aber der Verbreitung von weiteren Greuelmärchen zu steuern, stelle ich ausdrücklich fest, daß den Juden in Nürnberg nach wie vor an der Essenweinstraße noch eine weitere Synagoge zur Verfügung steht mit einem Fassungsvermögen von 4 bis 500 Personen. Nachdem nach unseren Erfahrungen und Beobachtungen die Synagoge am Hans-Sachs-Platz auch an hohen jüdischen Feiertagen in den letzten Jahren nur mehr durchschnittlich von ca. 500 Personen besucht war, können die jüdischen "Jahwe"dienste bei entsprechender Zeiteinteilung

bzw. Wiederholung dort auch in Zukunft unschwer abgehalten werden. Ich möchte allerdings schon heute der Erwartung Ausdruck geben, daß sich die Juden und Jüdinnen vor und nach dem Synagogenbesuch dort weniger auffallend und anmaßend benehmen, als das zu gewissen Zeiten auf dem Hans-Sachs-Platz und in seiner Umgebung der Fall war.

Über die weitere Verwendung des freiwerdenden Geländes auf dem Hans-Sachs-Platz und die dort von uns beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen, für die durch die Beseitigung der Synagoge erst die Voraussetzungen geschaffen wurden müssen, werde ich Ihnen, meine Ratsherren, zu gegebener Zeit berichten."

Zu demselben Punkt der Tagesordnung enthält das Protokoll die Wiedergabe der Ansprache des Ratsherrn Haberkern, der als "Sprecher der Ratsherren und der gesamten Bevölkerung Nürnbergs für diese Tat den gebührenden Dank" dem Oberbürgermeister übermittelt, sowie einen Vermerk über den Dank.

[S. 60/6] Oberbürgermeister Liebel dankte für Haberkerns Worte mit dem Hinweis darauf, daß "das Bild (im Amtszimmer des Oberbürgermeisters bis zur Machtübernahme (d.Verf.)) des damaligen judenfreundlichen Bürgermeisters von Stromer ... dem Bilde des Bürgermeisters Johannes Scharrer ... Platz gemacht habe."

Das Protokoll der anschließenden geheimen Beratung mit den Ratsherren enthält einen Vermerk über die Veranschlagung des für den Abbruch der Synagoge benötigten Betrages von RM 550000,-- und seine Deckung aus der Rücklage für außerordentliche Baumaßnahmen.

[S. 60/7] Die amtliche Verfügung ging bei Vernichtung der Akten [der Israelitischen Kultusgemeinde] zu Verlust. Es war darin die Rede, daß aufgrund des Gesetzes über städtebauliche Maßnahmen in Berlin, München und Nürnberg die Synagoge wegen ihrer fremdländischen Architektur aus dem Stadtbild entfernt werden müsse; sogar alle zu diesem Beschluß notwendigen Rechtsmittel waren mit allen Paragraphen angegeben. Den Wert sollte eine bestimmte Kommission festsetzen. Dies stand alles auf dem Papier. Noch bevor die Zustellung erfolgte, begannen am anderen Morgen Bauarbeiter das Einplanken des Synagogenbaues. Durch die Presse hatte man schon Kenntnis erhalten und die ganze Nacht hatte man wertvolles Kultusgut zu retten versucht. Schon in den ersten Morgenstunden drangen Plündererbanden in die Synagoge ein und warfen alles, was ihnen unter die Hände kam auf die Straße in die johlende Menge. Der berühmte "Judenstein" von der Synagoge von 1349 war in der Nacht unbeobachtet auf den Israelitischen Friedhof geschafft worden. Doch bevor der Verfasser früh ins Büro kam, hatte es die Gestapo erfahren und verhaftete ihn. Während der Abfassung dieser Schrift im Frühjahr 1946 wurde dieser kulturhistorisch wertvolle Stein vom Verfasser in dem voll-

ständig zerstörten Polizeigebäude aufgefunden und für die Gemeinde wieder sichergestellt.
(50)

[S. 61] Nun eine kleine tragikomische Geschichte: Zuerst ein langes Verhör, warum und weshalb dieser Stein entfernt worden sei, es wurde die Beschuldigung ausgesprochen, der Stein (300 kg) sollte von mir nach Amerika verschoben werden. Nun war unterhalb dieses Steines in einem Kästchen der vergoldete Schlüssel, mit dem im Jahre 1874 die Synagoge aufgesperrt wurde, angebracht. Die Fremdenführer hatten im Laufe der Jahre einen historischen Kranz darum gewoben und die Gestapo machte ein großes Aufheben wegen dieses fehlenden Schlüssels. Ich hatte auf diesen wertlosen Gegenstand gar nicht achtgegeben, aber ich mußte solange in Haft bleiben, bis er glücklicherweise unter anderem Gerümpel gefunden wurde.

Der Abbruch sollte bis zum Reichsparteitag Anfang September beendet sein. Mit acht Luftdruckhämmern wurde versucht die Fundamente zu erschüttern, ein Riesenkran mußte von auswärts beigeschafft werden und das Zerstörungswerk begann. Über die besondere Feier, die der Gauleiter Streicher und Oberbürgermeister Liebel am 10. August veranstalteten, ist im Gerichtsprotokoll berichtet. (51) Aber aller Eifer nutzte nichts. Bis zum Reichsparteitag war noch nicht viel vom Abbruch zu sehen. Die ungeheuren Mauern, Säulen und Bogen hielten stand und erst als eine Pioniersprengkompanie (52) eintraf, konnte das gewaltige Bauwerk zu Fall gebracht werden; daß dabei eine große Anzahl Fensterscheiben der Nachbarhäuser in Scherben ging, spielte in Anbetracht des edlen Zwecks keine Rolle.

Nürnberg's stolze Synagoge sank in Schutt und Asche.

Das Gesetz vom 17. August 1938 ordnet [mit Wirkung vom 1. Januar 1939] für alle Juden den [zusätzlichen] Vornamen Israel bzw. Sara an. Wenn jemand in einem Privatbrief nur irgend eine kleine geschäftliche Angelegenheit erwähnte und am Schluß des Briefes nicht diesen Vornamen mit anführte, wurde er mit Gefängnis bestraft. Sämtliche jüdische Post stand schon lange Zeit ohne gesetzliche Anordnung unter Zensur, wie auch alle Fernsprechanlüsse durch die Gestapo überwacht wurden.

[S. 62] Eine Frau hatte in einem Brief an einen jüdischen Verwandten eine Bemerkung wegen einer Hypothek an einen Dritten gemacht. Der Brief wurde später in einem Rechtsstreit als Beweisstück vorgelegt. Die Absenderin wurde bestraft, weil sie in diesem Brief nur ihren üblichen Vornamen genannt hatte. Die Frau eines Nichtjuden, die selbst Mischling war, wurde trotzdem sie kurz vor ihrer Niederkunft stand, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie in einem Formblatt an die Israelitische Kultusgemeinde den Vornamen Sara nicht beigefügt hatte. Man konnte den Antrag stellen, daß man seinen Namen in einem der vorgeschriebenen

jüdischen Vornamen ändern wollte, was mit einer Gebühr bis zu RM 500,-- verbunden war, auch wenn der Antrag abgelehnt wurde. In der Gemeinde Nürnberg haben nur zwei Personen davon Gebrauch gemacht. Nach Erlaß dieses Gesetzes durften Kinder nur mehr mit den erlaubten Vornamen zur Anmeldung kommen.

Am 5. Oktober 1938 erscheint das Gesetz über den Kennkartenzwang; vorerst ist es nur eine Anordnung für die Juden, die auf ihrer Kennkarte [bzw. Reisepaß] ein großes "J" aufgedruckt erhalten. Die Kennkarte muß der Jude beim Vorsprechen auf jedem Amt sofort vorzeigen, in manchen Orten wird sogar beim Kauf einer Briefmarke dies vom Beamten verlangt (in Nürnberg auf den Postanstalten Untere Turnstraße und Zufuhrstraße).

Über die Vorgänge des 9./10. November 1938 ist schon viel geschrieben und gesprochen worden, aber wer diese Tage nicht selbst mitgemacht hat, kann sich trotzdem kein klares Bild davon machen. Daß nicht der Tod des Botschaftsbeamten vom Rath die Ursache war, ist durch die bereits geschilderten Vorgänge Mitte Oktober in kleinen fränkischen Orten bewiesen. (53) Auf die Vorgänge in Leutershausen bei Ansbach sei noch einmal eingegangen. Ungefähr am 15. Oktober wurden in den jüdischen Häusern unter großem Tumult nachts die Fenster eingeworfen. Irgendwelche polizeiliche Abwehrmaßnahmen wurden nicht getroffen, obwohl einige jüdische Männer bei der Regierung in Ansbach intervenierten. Die Juden verbarrikierten Türen und Fenster, aber in der Nacht vom 17./18. Oktober kamen noch Verstärkungen von SA-Männern aus anderen Orten an und die Häuser wurden gestürmt. Mit großen Steinen und Balken wurden die schwachen Abwehrmittel schnell beseitigt, doch hatten sich die Einwohner vorher gut versteckt, denn man hatte angekündigt, daß sie alle erschlagen würden. Am frühen Morgen des 18. Oktober - Schemini Azereth (54) - wurde ich von einem dort wohnenden Verwandten von dem Pogrom verständigt. Ich fuhr sofort mit mehreren Möbelwagen nach Leutershausen, nachdem ich auch die Gestapo Nürnberg davon verständigt hatte, die ebenfalls ein Kommando nach dort sandte. Unser Erscheinen wirkte etwas beruhigend auf die seelisch vollkommen zusammengebrochenen Juden. Die Synagoge war ebenfalls geplündert und schon Feuer gelegt, doch gelang es noch wertvolles jüdisches Kulturgut zu retten. Was noch irgendwie an Mobiliar zu retten war, wurde eingeladen und sämtliche Einwohner mit nach Nürnberg genommen und dort bei den Verwandten untergebracht. Dies war anscheinend eine Vorprobe für das übrige Deutschland.

Am 28. Oktober 1938 wurden alle polnischen Staatsangehörigen ausgewiesen und sofort abgeschoben. In Nürnberg blieben die Frauen, die kleine Kinder hatten, zurück. Zwei Tage später wurden auch diese Personen nachts aus ihren Betten geholt und ebenfalls nach Polen abgeschoben. Dieser zweite Transport wurde an der Grenze zurückgehalten und sämtliche Teil-

nehmer wieder an den Ausgangsort zurückgeschickt. Die Rückfahrt mußten die Teilnehmer selbst bezahlen. Eine Anzahl der nach Polen abgeschobenen Personen erhielt im Sommer 1939 die Erlaubnis, an ihren früheren Wohnort in Deutschland zur Abwicklung ihrer Angelegenheiten auf bestimmte Zeit zurückzukehren. Hierbei wurden die meisten dieser Rückkehrer von dem Kriegsbeginn am 1. September 1939 überrascht und ihnen die Wiederausreise nicht mehr gestattet.

Fußnoten

- (46) Siehe Kapitel 4.2.
- (47) "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" und "Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft" vom 07.04.1933, Entzug der Kassenzulassung für jüdische Ärzte mit den genannten Einschränkungen am 22.04.1933.
- (48) Zum hier angedeuteten Fall Leo Katzenberger s.a. Kapitel 4.2 und Christiane Kohl: Der Jude und das Mädchen. Eine verbotene Freundschaft in Nazideutschland. Hamburg 1997.
- (49) 3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, gültig ab 14.06.1938.
- (50) Der Stein befindet sich heute im Zentrum der Israelitischen Kultusgemeinde.
- (51) Siehe Kapitel 4.2.
- (52) Die zeitgenössische Tagespresse berichtet vom Einsatz der Technischen Nothilfe, dem Vorläufer des Technischen Hilfswerks, bei der Sprengung.
- (53) Siehe Kapitel 4.2.
- (54) Schlußtag des Laubhüttenfestes.

[4.5 Die "Kristallnacht" und Dachau]

Sämtliche SA-Männer waren am 9. November nachts 12 Uhr auf den Hauptmarkt in Nürnberg zu einem Appell befohlen. Es war auch aus allen umliegenden Orten die SA dazu beordert. Dann erfolgte durch die Führer die Belehrung bis zur eindeutigen Mordanstiftung. Es ist bekannt, daß mancher dieser seit Jahren einexerzierten Terrorbanden sich seitwärts in die Büsche schlug, um hier nicht mitmachen zu müssen. Zuerst kamen die großen Ladengeschäfte dran, mit mitgebrachten Stangen wurden die Schaufenster eingeschlagen und der am Abend vorher schon verständigte Pöbel plünderte unter Anführung der SA die Läden aus. Hierbei kam es, wie nicht verwunderlich, auch zu Schlägereien zwischen den Räubern selbst. Dann ging es in die von Juden bewohnten Häuser. Schon vorher bestellte nichtjüdische Hausbewohner öffneten die Haustüren. Wurden auf das Läuten die Wohnungen nicht sofort geöffnet,

wurde sofort die Wohnungstüre eingeschlagen. Jeder Teilnehmer war mit Revolver und Dolch ausgestattet; auch hatte jede Gruppe die nötigen Einbrecherwerkzeuge, wie Äxte, große Hämmer und Brechstangen dabei. Selbstverständlich trug jeder SA-Mann einen Brotbeutel zur Sicherstellung von Geld, Schmuck, Photos und sonstigen Wertgegenständen, die auf einen Mitnehmer warteten.

[S. 64] Wer der Horde als erster in der Wohnung entgegentrat, ganz gleich ob es sich um Männer, Frauen oder halberwachsene Kinder handelte, wurde schwer mißhandelt. Dann wurde die Wohnung angeblich nach Waffen durchsucht, weil am Tage vorher ein Waffenverbot für Juden veröffentlicht worden war. Hierbei wurden sämtliche Behältnisse, wenn sie nicht sofort geöffnet waren, aufgesprengt, alle Glastüren, Spiegel, Bilder eingeschlagen, oder bei Ölbildern mit den Dolchen zerschnitten; im Hause Lindenaststraße 21 wurde ein echtes Gemälde von Arnold Böcklin und im Hause Campestraße 10 ein Gemälde im Werte von RM 80000,- vollständig vernichtet. Die Polstermöbel und Betten wurden aufgeschnitten, in die letzteren wurden Marmeladen oder die zerschlagenen Eier geschüttet. Was an Porzellan und Glas vorgefunden wurde, wurde restlos zerstört, die betroffenen Familien hatten am Morgen des 10. November meistens keine Kaffeetasche mehr. Vorgefundene größere Geldbeträge wurden konfisziert; auch Wertpapiere und Sparkassenbücher wurden mitgenommen. Nachher schien der eine oder andere doch Bedenken gehabt zu haben, denn beim Finanzamt wurden einige Beträge abgeliefert. Sparkassenbücher kamen ohne Absenderangabe mit der Post zurück. Das Schlimmste waren aber noch die schweren Ausschreitungen gegen die Wohnungsinhaber, wobei anwesende Frauen oft ebenso mißhandelt wurden wie die Männer. Über die Morde an diesem Tage ist im Gerichtsprotokoll Näheres geschildert. 160 Männer wurden von den SA-Männern unter ständigen Mißhandlungen und unter dem Gejohle der schon Tage vorher verständigten Menge zum Polizeigefängnis getrieben. Die ebenfalls dorthin geschleppten Frauen wurden von den Polizeiorganen nach einigen Stunden wieder entlassen. Die Männer, darunter Knaben unter 14 Jahren, wurden in großer Zahl eng aneinandergedreht in Zellen gesperrt. Nachdem so mehr als 100 Männer eingeliefert waren, wurden sie mit Polizeilastwagen nach dem Gerichtsgefängnis gefahren und in der dortigen Turnhalle untergebracht. Die Unterkunft selbst war für die nach und nach auf 160 Personen angewachsene Belegung zur Not ausreichend, aber die hygienischen Verhältnisse waren katastrophal. [S. 65] Es standen nur zwei Klosettkübel zur Verfügung, die natürlich immer nach kurzer Zeit entleert werden mußten. Die Verpflegung war so schlecht, daß außer Brot fast niemand etwas essen konnte. Gegen abend kamen auch noch eine Anzahl Fürther Juden dazu. Am anderen Morgen gegen 4 Uhr wurden alle Personen unter 60 Jahren nach dem Konzentrationslager Dachau transportiert.

(55) Bei der Ankunft im Bahnhof Dachau bestanden die Empfangsfeierlichkeiten in Faustschlägen auf Kopf und Gesicht. Wer nicht schnell genug in einen bereitstehenden Güterwagen hineinkam, wurde mit Gewehrkolben blutiggeschlagen. Zu gleicher Zeit wie der Nürnberger Transport kam auch ein Transport aus Württemberg-Baden an. Ein Universitätsprofessor, der die Äußerung machte: "Das ist ja Mord", mußte dies gleich mit dem Leben bezahlen. In einem Güterwagen, die Lüftungsklappen waren zugenagelt, wurden ungefähr 150 Personen hineingepreßt. Dann fuhren die drei Wagen nach dem etwa 4 km entfernten Lager. Die Eisenbahn geht in das Lager hinein bis kurz vor die Tore des eigentlichen Konzentrationslagers. Mit Schaudern sahen wir den elektrisch geladenen Stacheldraht und die mit Maschinengewehren bestückten hohen Wachtürme. Im Laufschrift unter der gleichen Behandlung wie am Bahnhof ging es durch das große eiserne Tor, wo schon endlose Reihen von Schicksalsgenossen aufgestellt waren. Dies war gegen 1.30 Uhr nachmittags am 11. November. Niemand durfte eine Kopfbedeckung aufsetzen, das Sprechen war verboten. Entlang den Reihen bewaffnete SD-Leute, denen schon damals ihre Henkerarbeit die Gesichter gezeichnet hatte. Wer einen Bart trug oder sonst durch sein Äußeres auffiel, wurde zuerst verspottet und falls er nicht sofort irgendeine entehrende Redewendung als wahr anerkannte, mit schweren Lederhandschuhen oder Stöcken mißhandelt. Die Verrichtung der Notdurft wurde erst nach mehreren Stunden und da nur nach besonderer Erlaubnis gestattet. Häftlinge, die sich bereits eingekleidet im Lager befanden, es waren die Münchner Juden, durften sich den Neuangekommenen nicht nähern. Bis abends 10 Uhr standen wir auf einem Fleck; im Laufe dieses Tages waren bereits mehr als 10000 Häftlinge eingetroffen. In einer Baracke mußte sich jeder mit gespreizten Beinen [S. 66] setzen und so eng aneinander, daß man nun in dieser Stellung verbleiben mußte. Natürlich war an ein Schlafen nicht zu denken, man war froh, als man früh um 5 Uhr wieder auf den alten Aufstellplatz getrieben wurde.

Der 12. November brachte neue Massen heran, beim Eintreffen jedes neuen Transportes, den man durch den Stacheldraht beobachten konnte, die gleichen Rohheiten. Wir waren noch nicht in den Stand des Lagers aufgenommen, also gab es auch noch kein Essen. Abends gegen 9 Uhr waren wir bis zum "Jourhaus" vorgerückt. Das Jourhaus war das Verwaltungsgebäude mit anschließenden Bekleidungskammern und Brausebadanstalt. Durch die Fenster sah man ständig Männer mit Säcken auf den Rücken vorbeigehen. Die Aufregungen der letzten Tage und die Grausamkeiten der Wachmannschaften hatten schon manchen in eine schlimme Nervenkrise hineingebracht. Mein Nebenmann D.E. glaubt, daß in den Säcken getötete Juden weggetragen werden. Im Laufe des Tages waren schon gründlichst alle Vorgänge unseres Lebens registriert worden. Geld, Ringe, Uhren, Brieftaschen, Messer und sonstige kleinere

Gegenstände mußten bereits vor Eintritt in die Räume im Hut bereitgehalten werden. Geld wurde gezählt, RM 12. - 15.-- wurden belassen, das übrige gegen Unterschrift abgenommen. Man bekam einen großen Sack mit einer Nummer und von nun an hatte man seinen Namen verloren; man war "Schutzhaftjude Nr. 25817". Nun rasch ausziehen, alles in den Sack hinein und in die Badeanstalt. Beim Eintritt erhält jeder Polobluse, Jacke, Hose, Strümpfe und Militärschnürschuhe. Geldbörse mit dem Restbetrag, Taschentuch und Hosenträger mußte man von den eigenen Sachen mitbringen. Als Kleidung gab es nicht die graugrüngestreiften KZ-Anzüge, die hatten nur die alten nichtjüdischen Insassen, sondern blau/weiß gestreiften Dress. Der angebliche Pariser Mord für den die Einlieferung der Juden in die Konzentrationslager als Sühne in die Welt posaunt wurde, muß den KZ-Lagerleitungen schon Monate vorher angekündigt worden sein. Beim Eintreffen der Juden lagen 20000 Anzüge mit einem gelbten Judenstern bereit. Wahrscheinlich rein zufällig war kein warmes Wasser in den Leitungen, wer [S. 67] bei dieser Erfrischung etwas zaghaft war, bekam zur besseren Abkühlung von den bereitstehenden Helfern - nichtjüdische Häftlinge - einige Eimer kalten Wassers über den Kopf und wurde mit Wurzelbürsten frottiert. Abtrocknen konnte man sich nicht. Man wurde gemessen und gewogen, nach allen möglichen Krankheiten ausgefragt und trat dann nach Aufruf vor dem SS-Arzt und seinen 3 Begleitern an. Man war vorher von den Helfern im Flüsterton darauf aufmerksam gemacht worden, daß es ratsam sei, auf die Frage nach Krankheiten diese zu verneinen. Mehr als 10 Sekunden brauchte diese medizinische Kapazität (Alter etwa 22 Jahre) nicht, um einen Menschen für vollkommen gesund zu erklären. Wer nun nach dieser gründlichen Untersuchung nicht schnell genug mit einer Kehrtwendung verschwand, bekam mit einem Stock von dem einen SS-Mann einen kräftigen Schlag auf die Körperrückseite. So oft er einen erwischte, belohnte ihn schallendes Gelächter seiner beiden Kameraden. Rasch anziehen und hinaus aus der gut geheizten Halle ins Freie. Es war gerade 1/2 4 Uhr früh und ungefähr minus 5 Grad Celsius. Hier wurde nun gewartet bis immer 200 Mann beisammen waren, wobei starke Männer meist Rock und Hose nicht zuknöpfen konnten. Dann Abmarsch in die Baracke. Jetzt waren wir offizielle Insassen des Lagers und je 2 Mann erhielten nachdem wir seit 48 Stunden ohne jede Verpflegung waren, 1/2 Liter Tee. Niemand konnte sich erinnern in seinem Leben schon einmal einen besseren Tee getrunken zu haben.

Die Baracken [waren] ziemlich neu erbaut und mit guten sanitären Anlagen wie Waschraum und Spülklosetts [ausgestattet]. Es sind Doppelbaracken, die 4 Wohn- und 4 Schlafräume enthalten und für 50 Mann berechnet sind. Jetzt kamen auf jeden Doppelraum 200 Personen, also 800 auf die ganze Baracke. An den Wänden entlang Brettergestelle mit 2 Lagen offenem

Stroh, für den freien Raum Strohsäcke. Die 200 Mann finden genau soviel Platz wie die Sardinen in der Büchse. Trotzdem ist nach 5 Minuten alles im tiefsten Schlaf. Weil es Sonntag ist, Wecken erst um 6 Uhr. "Kostträger raus" heißt die freundliche Einladung für 4 dazu Bestimmte in jedem Zimmer. Zwei Doppelzimmer haben immer einen Waschraum und 6 Klosetts. Jetzt drängen sich 392 Menschen in die kleinen Räume, [S. 68] aber nur die wenigsten kommen zu ihrem Ziel, denn in der Zwischenzeit ist der Kaffee in Thermoskübeln (50 l) im Laufschrift aus der Küche geholt worden. Je 2 Mann haben einen Napf voll Kaffee erhalten, der im Freien getrunken wird. 250 g Brot sind auch schon abgegeben. Der Reinigungsdienst hat die Zimmer schnellstens in Ordnung zu bringen, jeden Tage werden die Zimmer gründlichst aufgewaschen. Es herrscht eine quälende Reinlichkeit.

Appell, der Schrecken aller KZ-Insassen. Das Lager Dachau liegt auf einem Hochplateau, man sieht die schneebedeckten Alpen vom Watzmann bis zur Zugspitze. Jeder Block - 800 Mann - steht in Zehnerreihen. Die erste halbe Stunde werden die Reihen ausgerichtet. Die Häftlingsaufseher rasen wie Schäferhunde die einzelnen Kolonnen entlang, die Häftlinge durch Schläge und Püffe bald nach rechts, dann wieder nach links drängend. Alles muß mit antreten. Krank kann man erst nach dem Appell sein und so kommen am Schluß jeder Kolonne einige auf den Schultern ihrer Kameraden an und werden ebenso, wie auch die während der Nacht Verstorbenen, auf den gefrorenen Boden niedergelegt. Es muß alles seine Ordnung haben, die Toten müssen jetzt noch in die Standmeldung, dann können sie erst als entlassen abgeschrieben werden. Nach einiger Zeit kommt der SS-Blockführer, schlägt wahllos mit den Lederhandschuhen die Flügelleute ins Gesicht. Dieses Spiel des Ausrichtens wiederholt sich solange, bis der Lagerkommandant sein Frühstück beendet hat. Es kommt auch vor, daß er vom "Nachtdienst" so mitgenommen ist, daß er - am Sonntag - auf seine lieben 25000 Häftlinge vergißt und diese bis Mittag stehen läßt. Langsam, aber unerbittlich kriecht die Kälte von dem eiskalten Boden die Beine herauf in den Leib, man darf nicht vom Fleck, nicht mit den Füßen treten, nicht die Hände bewegen. Der größte Teil hat keine Kopfbedeckung, die Ohren werden blaurot. Mancher Kranke kann bereits abgeschrieben werden, bis gezählt wird. Sobald der Kommandant erscheint: "Schutzhäftlinge Mützen ab, Augen rechts!" Totenstille, man sieht nichts, man hört nichts, man steht und steht und friert. Wehe, wenn einer gesehen würde, der nur die Hand von der Hosennaht entfernt oder seinem Nachbarn etwas zugeflüstert hätte. Hoffentlich stimmt die Belegungszahl, sonst geht der ganze Zauber noch einmal [S. 69] von vorne an. 1 1/2 bis 2 Stunden ist die Mindestdauer des Appells. Am Sonntag geht alles wieder zurück in die Baracken zum Großreinemachen. Die Schuhe müssen immer vor Eintritt in die Baracke ausgezogen werden. Gegen 11 1/2 Uhr haben die Kostträger aus der Küche das

Essen abzuholen. Meistens Eintopfgerichte: Kohl, gelbe Rüben, Dorschen mit Kartoffeln gemischt oder Suppe und Pellkartoffel. Hie und da findet auch einer ein erbsengroßes Fleischstückchen. Pro Mann gewöhnlich 0,50 l. Sonntag nachmittag ist dienstfrei. Man kann Bekannte treffen - das Betreten fremder Baracken ist verboten - und sich an der Kantine anstellen. Es gibt außer kleinen Bedarfsartikeln Kaffee und Kuchen zu kaufen. Da aber alle etwas haben möchten, gibt es ein fürchterliches Gedränge. Man stellt sich an, wartet geduldig 2 Stunden, dann erscheint die Tafel daß die Kantine auf 2 Stunden geschlossen ist. Nach Ablauf dieser Zeit probiert man es noch einmal. Abends gibt es ein Stückchen Wurst, Käse oder 1 Hering; für jeden Tag werden 250 g Brot abgegeben. Für diese vielen Juden hatte man keine Arbeit. Es wurden daher von früh bis abends militärische Exerzierübungen gemacht. Der dazu befohlene SS-Mann übergab die Aufsicht dem nichtjüdischen Häftlingsaufseher und dieser hatte auch keine Lust sich bei der Kälte den ganzen Tag im Freien aufzuhalten. Also wurde einer der Juden dazu befohlen abwechselnd Kniebeugen, Hüpfen mit Laufschriftübungen um das ganze Lager mit seinen Barackenkameraden zu machen. Wehe, wenn einer dieser Vorgesetzten merkte, daß die Leute nicht ständig in Atem gehalten wurden; dann bekam der Kommandierende einige kräftige Ohrfeigen und die nächste halbe Stunde war dafür gesorgt, daß die Häftlinge von der grimmigen Kälte nichts mehr verspürten. Während der ganzen Zeit der Inhaftierung wurden diese Übungen beibehalten. Nach einigen Wochen wurden einzelne, deren Auswanderungspapiere in Ordnung waren, entlassen. Die Übrigen wurden kurz vor und nach Weihnachten mit der Belehrung nach Hause geschickt, von dem Lagerleben kein Wort zu reden, denn dies würde eine sofortige Wiedereinlieferung zur Folge haben. [S. 70] Wer aber ein zweites Mal in Dachau erscheine, käme nicht mehr lebend heraus. Wohl niemand ahnte, daß diese Drohung für alle späteren Häftlinge fürchterliche Wahrheit wurde. Trotz der schweren körperlichen Strapazen, der ungenügenden Ernährung und besonders der hohnsprechenden Bekleidung ist von den im November 1938 eingelieferten Nürnberger Juden dort nur ein einziger verstorben. Allerdings hatten sich viele langwierige Krankheiten und wahrscheinlich auch einen frühzeitigen Tod dort geholt.

[4.6 Erwerbsleben, Zwangsarbeit, Steuern, Auswanderung]

[...]

Der Boykott jüdischer Geschäfte hatte sich seit 1933 immer mehr verschärft und naturgemäß dazu geführt, daß in nichtjüdischen Geschäften jüdische Angestellte überhaupt nicht mehr bleiben konnten. Die Innungen, Handwerks- und Handelskammer gestatteten die Einstellung von Lehrlingen selbst in jüdischen Geschäften nicht mehr. Durch diese Maßnahmen wuchs

die Zahl der Arbeitslosen von 1933 immer mehr an; nach dem Verbot der Gewerbeausübung im Jahre 1938 kamen dann auch noch die ehemals selbständigen Geschäftsleute dazu.

Im Mai 1939 kam der Arbeitszwang für die Juden. Zuerst wurden nur kleinere männliche Gruppen beim Eisenbahnbau eingesetzt. Nach und nach kamen dann weitere Gruppen in verschiedenen Fabrikbetrieben dazu, vom Jahre 1940 auch alle Frauen unter 65 Jahren. Die Juden durften nur zum niedersten Hilfsarbeiterlohn bezahlt werden, auch wenn sie Spezialarbeiten ausführten. Sie durften nicht mit anderen Arbeitern zusammen in einem Raum arbeiten, an keinen Vergünstigungen oder sozialen Einrichtungen teilnehmen. Sogar besondere Klosettanlagen mußten für die Juden bereitgestellt sein. Trotz aller Schikanen von Seiten der Arbeitsfront - ständige Überwachung usw. - leisteten die jüdischen Männer und Frauen ohne Murren ihre Arbeit und die meisten Arbeitgeber machten alle Anstrengungen, diese billigen und zuverlässigen Arbeitskräfte von der Verschleppung zurückhalten zu können, was aber in Nürnberg nicht in einem einzigen Fall gelungen ist.

[S. 71] Schon von 1937 an erfuhren die Juden eine Sonderbesteuerung. Zuerst fielen alle steuerlichen Sondervergünstigungen weg, wie Unterhaltsverpflichtungen gegen Eltern, Kinder und Geschwister, Krankheiten usw. Dann wurden die Kinderermäßigungen nicht mehr gewährt, hierauf alle Juden in Klasse I - unverheiratet - besteuert. Die militärpflichtigen Juden wurden als wehrunwürdig erklärt, mußten aber trotzdem die fünfzigprozentige Erhöhung der Einkommensteuer als Wehrsteuer entrichten. Weil die Juden keine Beiträge zur Partei zu entrichten hatten, wurde eine fünfzehnprozentige "Sozialausgleichsabgabe" vom Bruttoeinkommen vom 1. Januar 1941 an eingeführt. Es ist selbstverständlich, daß die Juden auch den Kriegszuschlag zur Einkommensteuer zu zahlen hatten. Die gesamte Einkommensteuer betrug bei einem Einkommen über RM 300,- 55 % bei dem für die meisten Beschäftigten [geltenden] Höchstgehalt von RM 165,- betragen die Abzüge RM 60,-. Bei der Vermögenssteuer fiel die Freigrenze von RM 10000,- für jede Person weg, also für jeden Familienangehörigen RM 50,- mehr Vermögenssteuer. Automatisch erhöhte sich auch die Bürgersteuer um diese Freibeträge, so daß beispielsweise jemand der RM 501,- Vermögen besaß, RM 42,- Bürgersteuer bezahlen mußte.

Vom 1. Januar 1939 standen die Juden unter einem besonderen Devisengesetz. Sämtliche Bankkonten und Depots waren gesperrt. Monatlich durften für den Haushaltsvorstand RM 150,- und für jede weitere Person RM 50,- abgehoben werden. Nur beim Nachweis besonderer höherer Ausgaben wurden diese Beträge etwas erhöht. Alle Zahlungen, selbst die geringen Wochenlöhne, mußten auf das Sperrkonto eingezahlt werden oder die vereinnahmten Gelder

wurden auf den freien Betrag angerechnet. Alle Verkäufe von Hausrat mußten durch die Gestapo genehmigt und auf das Sperrkonto eingezahlt werden.

Die Auswanderung der Juden in Nürnberg hatte durch die besonderen Verhältnisse schon vor 1933 begonnen. Im Jahre 1930 waren 10200 Glaubensjuden in Nürnberg. Für die nächsten Jahre sind genaue Unterlagen nicht mehr vorhanden. Im Jahre 1935 waren es nur noch 5 - 6000, anfangs 1939 noch 3800.

[S. 72] Die finanzielle Lage der Gemeinde gestattete dem Vorstand für die Auswanderung der Gemeindemitglieder einen grandiosen Vorschlag an die Reichsvereinigung zu machen: Die Gemeindeverwaltung würde die Passagekosten für alle Mitglieder übernehmen, auch durch Vermittlung amerikanischer Freunde die Bürgschaften besorgen, von der Reichsvereinigung sollten die Schiffskarten besorgt werden. Der Vorschlag fand gar kein Gehör. Es ist ein trauriges Kapitel in der Geschichte der Juden in Deutschland, wie die Verteilung der zur Verfügung stehenden Schiffsplätze vorgenommen wurde. Mit der Entfernung des Wohnorts von Berlin schwanden auch die Aussichten auf eine Karte. Nicht 10 % der Nürnberger Auswanderer bekamen ihre Passage unmittelbar durch den Hilfsverein, alle anderen mußten sich diese auf nicht ganz einwandfreie Weise durch Hintermänner besorgen. Auch bei der Kinderauswanderung wurden die in der Provinz Wohnenden schwer benachteiligt.

In das Jahr 1939 fallen dann die Sühneabgabe - 25 % des Gesamtvermögens -, die Abgabe von allen Gegenständen einschließlich Schmuck aus Edelmetall, die Zwangseinrichtung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, wodurch am 1. Juli 1939 alle kleineren Gemeinden aufgelöst wurden. Ab März 1939 hatten die auswandernden Juden eine besondere Auswandererabgabe an die Reichsvereinigung [in Höhe von] 2 bis 10 % des Vermögens zu entrichten.

Vom Beginn des Krieges ab vergeht kaum eine Woche ohne neue einschneidende Bestimmungen: Für die rationierten Lebensmittel nur besondere Geschäfte, genaue Einkaufszeiten, Beschlagnahme der Radiogeräte am Jom Kippur (56) und das Verbot des Mithörens bei Nichtjuden, Kündigung der Fernsprechanchlüsse, Verbot des Zeitungskaus und der Straßenbahnbenützung, Ausgehsperr von 20 Uhr bis 5 Uhr, Verbot des Tragens von Kriegsauszeichnungen, Badeverbot, Verbot der Inanspruchnahme eines Friseurs usw. Am einschneidendsten war das Gesetz vom 1. September 1941 mit Wirkung vom 19. September über die Kennzeichnung der Juden mit dem Judenstern. Schwarzer Druck auf gelbem Stoff auf der linken Brustseite mußte auch von den kleinsten Kindern getragen werden. Es ist bekannt, daß die Partei ihren Mitgliedern aufs schärfste einprägte, jeden Juden, der seinen Stern nicht [S. 73] offen trage, zur Anzeige zu bringen; ein edler Wettstreit begann unter den Parteigenossen.

Die Polizei bekam fast täglich solche Anzeigen. Glücklicherweise beachtete die Gestapo diese Denunziation in den meisten Fällen nicht. Nachher kam dann noch die Kennzeichnung der Wohnungen mit einem Mogen David (57) - schwarzer Druck auf weißem Grund.

Den auswandernden Juden wurde auf die raffinierteste Weise ihr Vermögen abgenommen, ungeheure Steuerstrafen für angeblich zu niedere Wertangaben und dann für die mitzunehmenden Wäsche- und Kleidungsstücke, Abgaben an die Golddiskontbank, die der vollständigen Einziehung des Vermögens gleichkamen.

Nach Ausbruch des Krieges gab es keine Auswanderung aus deutschen Häfen mehr, nur noch über Holland und Belgien. Dies bedeutete neue Schwierigkeiten, da erst die Durchreisevisa besorgt werden mußten. Nach dem Überfall auf Holland und Belgien war auch dieser Weg verschlossen. Der noch offene Weg über Rußland - Japan war mit großen Kosten und allen möglichen Fährnissen verbunden, aber trotzdem von vielen benutzt. Als auch Südfrankreich von den Deutschen besetzt war, wurde anlässlich einer Besprechung bei der Gestapo vom Verfasser der Vorschlag gemacht, plombierte Züge an die spanisch-portugiesische Grenze für die Auswanderung bereitzustellen. Die Gestapo Nürnberg gab diese Anregung an das Reichssicherheitshauptamt weiter und schon bald gelang es auf diese Weise noch vielen Tausenden aus Deutschland wegzukommen. Mit dem November 1941 wurde plötzlich diese Auswanderungsmöglichkeit verboten. In Nürnberg waren zu dieser Zeit noch etwas über 1800 Juden (einschließlich ungefähr 50 Nichtglaubensjuden) ansässig.

Fußnoten

- (55) Nach den Eingangsbüchern des KZ Dachau (Originale bei der NARA, Washington DC) wurden zwischen dem 10. und 16.11.1938 81 jüdische "Schutzhäftlinge" aus Nürnberg dort eingeliefert.
- (56) Versöhnungstag, höchster Feiertag im Jahreslauf mit strenger Fast- und Gebetspflicht. Die Terminierung der Abgabe der Radiogeräte auf diesen Tag kann als bewußte zusätzliche Demütigung der Nazis angesehen werden.
- (57) Hebräisch, sechszackiger Davidstern.

[S. 74]

[4.7] Die Evakuierungen [1940 - 1943]

Am 12. Februar 1940 ging die Schreckenskunde durch Deutschland, daß durch den Gauleiter Schwede sämtliche Juden aus Stettin nach Polen abtransportiert worden waren. Sie sollen nach Litzmannstadt und Piaski im Kreis Lublin verschleppt worden sein. Man hat kaum mehr

etwas von ihnen gehört. Auf eine Anfrage beim Reichssicherheitshauptamt wurde der Bescheid, daß es sich hier um einen Sonderfall handle, und für das übrige Reichsgebiet eine Deportierung nicht vorgesehen sei. Doch im Oktober 1940 wurde diese Auskunft Lügen gestraft. Sämtliche Juden aus Baden und der Rheinpfalz wurden nach Südfrankreich deportiert. Man hatte ihnen Ausweispapiere gegeben, nach denen sie französische Staatsbürger wären. [...]

(58) Die Juden in Deutschland wußten aber jetzt, was ihnen bevorstand. Aber die Anstrengungen, die von den meisten gemacht wurden, um wenn irgend möglich noch auswandern zu können, fanden im Ausland keinen erfolgreichen Widerhall. Hauptsächlich mangelte es an Schiffskarten. Von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland bzw. vom Hilfsverein bekamen die Provinzorte nur in ganz seltenen Fällen Schiffskarten. Es gelang daher nur noch sehr wenigen Personen, ihre Auswanderung zu bewerkstelligen, eine illegale Überschreitung der deutschen Reichsgrenzen war zu dieser Zeit ausgeschlossen. Im Oktober 1941 begannen an einzelnen Orten die Deportierungen nach dem Osten. Am 18. Oktober 1941 erfuhr der Verfasser dieses Berichts als Verbindungsmann von der Gestapo, daß auch in Nürnberg eine Deportierung in nächster Zeit vorgenommen werde. Von dieser Mitteilung durfte aber nichts bekannt werden. Es war von den Reichsstellen die Verschickung von 1000 Personen aus Nürnberg vorgesehen. Für diesen Transport sollten nur Personen unter 65 Jahren, d.h. Arbeitsfähige eingeteilt werden. Bei der damaligen Seelenzahl von 1835 bedeutete dies die restlose Evakuierung dieses Personenkreises. Durch Verhandlungen mit der Gestapo konnte eine Verminderung auf 500 erreicht werden. Die Liste wurde von der Gestapo aufgestellt, von der Gemeindeverwaltung mußten aber in wenigen Tagen alle Vorbereitungen getroffen werden. Von Seiten der Reichsvereinigung konnte nicht die geringste Unterstützung erwartet werden. Durch Rundschreiben wurden die Gemeindemitglieder verständigt. Die Auswahl erfolgte in der Hauptsache nach Wohnvierteln, die als vordringlich von Juden geräumt werden sollten. Um die gleiche Zeit wurde von Seiten der Nazipartei eine eigene Evakuierung in die Wege geleitet. Es war beabsichtigt alle arbeitsfähigen Männer in der Chemischen Fabrik Conradt Röthenbach [a.d. Pegnitz], die Frauen in die elektrotechnische Fabrik von Reiniger, Gebert & [unleserlich], Erlangen, in Zwangsarbeit unterzubringen. Für die Unterkunft [S. 75] sollten Baracken aufgestellt werden. Die Älteren und Arbeitsunfähigen sollten in ein Lager nach Buckenhof bei Erlangen kommen, entsprechende Vorbereitungen mußten bereits getroffen werden. Es war der Parteileitung natürlich nur um den Raub der Wohnungen und deren Einrichtungen zu tun, denn jeder sollte nur ein kleines Handgepäck mitnehmen dürfen. Die Lazarus und Bertha Schwarz'sche Altersversorgungsanstalt, Johannisstraße 17, als modernst eingerichtetes Altersheim stand als Raubobjekt im Vordergrund. Die Verwaltung bot alle Mittel auf,

um diese Aktion zu verhindern; der Verfasser sprach dieserhalb beim Reichssicherheitshauptamt in Berlin vor und konnte mit Unterstützung der Gestapo diese Aktion verhindern. Es geschah nicht der Juden wegen, sondern der Konkurrenzkampf zwischen staatlicher Macht und den örtlichen Parteistellen um die jüdischen Vermögen hatte den Juden eine Atempause verschafft.

Die Teilevakuierung nahm ihren Fortgang. Nach Ausscheidung von einigen nicht transportfähigen Kranken wurden 512 Personen eingeteilt; jeder bekam einen Evakuierungsbefehl mit der Abholzeit und einen Paket-Anhängzettel mit seiner Nummer; der letztere mußte am obersten Kleidungsstück befestigt werden. Am 25. und 26. November wurden die befohlenen Personen mit Polizeikraftwagen von Gestapobeamten aus der Wohnung abgeholt. Je nach der Dienstauffassung war dieser Akt mehr oder minder entehrend und auch mit körperlichen Mißhandlungen verbunden. Das Verhalten der Bevölkerung war ebenfalls sehr verschieden. Während manche Leute in einem unbewachten Augenblick unter Tränen rührenden Abschied nahmen, ergingen sich Passanten auf der Straße in wüsten Beschimpfungen und Beleidigungen. In der Evakuierungsanordnung war eine große Liste mitzunehmender Gegenstände angeführt, auch genaue Vorschriften, was persönlich mitgenommen werden durfte. Angeblich käme der Transport in neu aufgestellte Baracken, die aber noch keinerlei Einrichtungsgegenstände aufwiesen. Es wurden verlangt: mehrere hundert Quadratmeter Fensterglas nach vorgeschriebenen Maßen, eiserne Öfen und Kochkessel, Stacheldraht für die Umzäunung, alles erdenkliche Handwerkszeug und landwirtschaftliche Geräte. Für jede Person war ein Rucksack und ein Koffer bis 50 kg freigegeben, es sollten die Matratzen, Koch- und Reinigungsgeräte sowie die Nähmaschine mitgenommen werden.

Während der letzten 72 Stunden vor der Abholung gab es für die meisten jüdischen Familien keine Nachtruhe. Wer nicht selbst betroffen wurde, half schnell noch Kleidung und Wäsche in Ordnung zu bringen und in der [S. 76] Hauptsache soviel wie möglich in dem erlaubten Gepäck unterzubringen. Welch trügerische Hoffnung, wenn wir hören, wie es den Bedauernswerten später ergangen ist. Die Gestapo erlaubte, daß das große Gepäck vorher mit Möbelwagen von den Wohnungen abgeholt und soweit nicht Koffer und Rucksack gleich in Güterwagen - durch von der Gemeinde gestellten Arbeitsdienst - verladen wurde. Manche schöne Nähmaschine fand hier schon einen Liebhaber bei den Aufsichtsbeamten. Außer den von den Personen selbst mitgenommenen Lebensmitteln wurden die für die nächsten 14 Tage zustehenden Lebensmittel von der Gemeinde beschafft und mitgegeben. Für jede Person mußten RM 50,- über die Gemeinde bei der Gestapo eingezahlt werden. Nach Angabe im Evakuierungsbefehl sollte dieser Betrag an der Empfangsstation in der dortigen Währung an jeden

ausgezahlt werden. Dazu noch RM 10,- für die Spesen. Alles Bargeld, das sich bei der Abholung im Besitze dieser Juden befand, mußte an die Gestapobeamten abgeliefert werden.

Im Reichsparteitaggelände waren 5 größere Baracken für die Unterbringung bis zur Abfahrt bereitgestellt. Nach Ankunft in diesem Lager wurden alle Personen mit ihrem schon bereitgestellten Gepäck einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Diese Aktion wurde ganz verschieden durchgeführt. Die Beamten der Gestapo beschlagnahmten alle als Bannware erklärten Artikel: Alkohol, Seifen, Schmuck und Gegenstände aus Edelmetall, Konserven und alle Schriftstücke; die Behandlung war streng, aber nicht entwürdigend. Anders die Untersuchungen, die von zivilen SS-Leuten (59) durchgeführt wurden. Alles, was diesen Gangstern irgendwie verwendbar erschien wurde abgenommen, dabei die Menschen beschimpft und sogar mißhandelt. Zur Leibesvisitation der weiblichen Personen waren die Reinemachefrauen des Polizeipräsidiums (60) herangezogen, die ihren männlichen Kollegen in entehrender Behandlung und Wegnahme von Gegenständen nicht nachstanden. Viele Personen hatten sich kleine tragbare Handwagen angeschafft, weil in der Evakuierungsaufforderung angegeben war, daß damit gerechnet werden muß, das Gepäck größere Strecken selbst tragen zu müssen. Die für ältere oder kranke Personen sehr praktische Erleichterung wurde niemand gelassen, alle Wagen wurden abgenommen. Zu den 500 Personen aus Nürnberg kamen noch 500 aus Fürth, Bamberg, Bayreuth und Würzburg. Zwischen den Baracken wurde sofort eine Notküche errichtet. Die notwendigen Lebensmittel wurden schnell beschafft und aus den Transportteilnehmern selbst das benötigte Küchenpersonal zusammengestellt. So konnte bereits wenige [S. 77] Stunden nach Eintreffen der ersten Polizeiautos warmes Essen abgegeben werden. Trotz der ungeheuren seelischen Erschütterungen durch den Abschied von allen lieben Angehörigen bewahrten Männer, Frauen und Kinder eine mustergültige Haltung. Kein Jammern, keine Tränen, wurde einer schwach, so halfen die andern ihn aufzurichten. Selbst die gestrenge Gestapo mußte dies anerkennen.

Der Aufenthalt in diesem Sammellager währte 3 Tage. Während dieser Zeit wurden ständig Filmaufnahmen von dem Leben im Lager, von Gruppen und Einzelpersonen gemacht. Dabei kam es zu einem aufregenden Zwischenfall, als sich ein Transportteilnehmer weigern wollte vor den Aufnahmeapparat zu treten. Er wurde von Gestapobeamten in der rohesten Weise mißhandelt, ihm die Zähne eingeschlagen und bis zur Abfahrt in eine finstere, ungeheizte Kammer eingesperrt. Am zweiten Tag, Freitag, gegen Abend kommt eine etwas wehmütige Stimmung auf. Ich erreiche von der Gestapo die Genehmigung zur Abhaltung eines Gottesdienstes auf der Lagerstraße; auch die SS-Posten werden aus dem inneren Lager zurückgezogen. Die Lagerinsassen strömen aus den Baracken herbei, stehen in tiefer Andacht, viele mit

kleinen Gebetbüchern versehen, in breiter Kolonne und lauschen den alten Melodien des Freitagabend-Gottesdienstes. Über das Feld tönt vom Kantor Ludwig Willner vorgetragen und von der Gemeinde leise mitgesungen unser bekannter "Lecho Dodi" (61). Selbst die am Lagerzaun entlang stehenden Polizeibeamten werden von der weihevollen Stimmung beeindruckt. Ein ernster und ruhiger Abend senkt sich auf das Lager hernieder.

Am Mittag des 29. November 1941, nach dreitägiger Vorbereitung, begann der Abtransport. Der Einladebahnhof lag ungefähr 1 km vom Lager entfernt. Alte und kranke Personen durften auf einem Wagen abtransportiert werden. Die übrigen mußten mit ihrem Handgepäck in Zehnerreihen, bei glücklicherweise gutem Wetter, zum Bahnhof marschieren. Die Straßen entlang standen die SS-Posten mit hohnlachenden Gesichtern, Filmapparate hielten den "Auszug der Juden" für die Nachwelt fest. Für diejenigen, die Zeugen dieses Auszugs waren, bedarf es keiner mechanischen Festhaltung dieser Tragödie. Unauslöschlich wird allen dieser Zug der 1000 im Gedächtnis bleiben. Das Gelände war für die Zivilbevölkerung während der Lagerzeit auf mehrere Kilometer im Umkreis abgesperrt. Außer dem Schreiber dieses Berichts hat kaum eine Zivilperson dieses Drama beobachten können. Erschütternd diese immerhin noch schwer mit Handgepäck beladenen Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, die Gesichter [S. 78] schon gezeichnet von dem unerbittlichen Schicksal und doch wieder eine Haltung und eine Würde, die von den spalierstehenden rohen Henkersknechten natürlich als jüdische Frechheit bezeichnet wurde. Abgezählt vor jedem Abteil, genau nach Nummern geordnet stehen sie vor den Wagentüren. Das Einsteigesignal wird gegeben, da wird schon mit den KZ-Methoden angefangen. Es ist keine Einsteigerampe vorhanden, Frauen, Kinder und ältere Personen müssen hinaufgehoben werden und wer nun nicht schnell genug in einem Abteil verschwindet, wird mißhandelt.

Über das weitere Schicksal dieser 512 Transportteilnehmer [...] gibt Julius Ceglanski, einer der wenigen Überlebenden, folgenden Bericht:

In den Eisenbahnwaggons hatte wohl jeder einen Sitzplatz (10 Personen in 1 Abteil) aber für die Dauer der Reise wurde es ungemütlich, wenn man bedenkt, daß wir 3 Tage und 3 Nächte so zusammengepfercht bleiben mußten. Zu Beginn der Reise eilten viele an die Fenster, denn jeder wollte wissen, welche Strecke wir fuhren. Der Zug fuhr am jüdischen Friedhof vorbei und das war für alle, wenn auch keiner es aussprach, ein böses Vorzeichen, das nur allzu traurig in Erfüllung gehen sollte. Von den [...] Nürnberger Juden dieses Transports sind nämlich keine 10 Personen (62) am Leben geblieben! Am 2. Dezember wurde die Bestimmungsstation erreicht: Verschiebebahnhof Skirotava bei Riga. Nun begann ein anderer Wind zu wehen. Im Eiltempo mußten die Waggons verlassen werden. An den Abteiltüren verabreichten die SS-

Männer mit Gummiknüppeln wahllos Prügel. Während die Männer die schweren Frachten ausluden die man zu "Umsiedlungszwecken" mitgenommen hatte, mußten die Frauen die Abteile saubermachen. Besen waren keine da, also mit den Händen, bestenfalls mit schnell zusammengesuchten Kartons. Ein besonderes Vergnügen hatten die deutschen Helden, die Mädels auf das Hinterteil zu schlagen. Alles mußte in größter Hast gemacht werden. Eine ältere Frau fiel auf dem dort bereits gefrorenen Boden hin, ein jüdischer Dentist aus Nürnberg wollte ihr zum Aufstehen behilflich sein, wurde aber dafür ins Gesicht geschlagen. Noch nicht im klaren darüber, mit welchen Bestien er es nun zu tun hatte, glaubte er eine Bemerkung machen zu dürfen. Dieser Dentist wurde zur Seite geführt und war niemals wieder zu sehen. Abends gegen 9 Uhr (Hunger, Trauer und Müdigkeit überwältigten einen bereits) mußten wir nach dem etwa 2 km entfernten Lager marschieren, wobei jeder noch eine schwere Last auf den Rücken nehmen [S. 79] mußte. Stolperte jemand, so brachten ihn die Fußtritte und Gewehrkolben schnell wieder hoch. Kurz vor dem Eingang zum Lager brach die Frau eines Hauptlehrers tot zusammen. Herzschlag!

Das Lager hieß Jungfernhof, es war ein früherer Bauernhof. Man fand in den Stallungen selbstgezimmerter Kojen (6 Schlafstellen übereinander) und schlüpfte irgendwo hinein. Es war ja so egal, wie und wo man sich hinlegen konnte, schlafen konnte man doch nicht. Am nächsten Morgen sah man sich mal um. Vor uns muß ein Berliner Transport dagewesen sein. Die Menschen hatte man schon "weitergeschafft", nur die Koffer von Berliner Adressen lagen ausgeplündert umher. Auch die von uns mitgebrachten Koffer, die wegen Platzmangel im Freien lagern mußten, wurden jede Nacht von den Wachmannschaften aufgebrochen und ausgeraubt. Aber was lag schon daran! Aus den von uns mitgebrachten Lebensmitteln - soweit sie nicht gestohlen waren - wurde Essen bereitet. Juden waren die Köche und Juden waren die Ofensetzer, Maurer, Schreiner, Schneider, Schuster usw. So wurden die Stallungen im Laufe der Zeit besser hergerichtet, neue Baracken erstellt und die Juden bemühten sich durch bestmögliche Organisation eine kleine Siedlung zu errichten. Das änderte aber nichts daran, daß frühmorgens beim Aufstehen mancher Tote gefunden wurde, der im Schlaf erfroren war. Nach und nach wurden dann verschiedene Arbeitskommandos für die erforderlichen Arbeitsplätze zusammengestellt und verteilt. Laufend kamen neue Judentransporte aus allen möglichen Richtungen, wie Hamburg, Stuttgart, Rheinland, Wien usw. an. Das Lager zählte bald ca. 5000 Juden. Aber täglich wurden es wieder weniger: Die Sterbefälle (durchschnittlich 20 Tote täglich) bildeten ein schweres Problem, denn der Boden war derart hart gefroren (minus 30 - 35 °C), daß man kaum mit dem Pickel arbeiten konnte. Tag und Nacht arbeiteten wir daran, um eine große Grube auszuschaufeln. Es ging nicht. Wir wurden geprügelt, auch das

half natürlich nichts. Endlich, als die deutschen Hunde schon selbst einsahen, daß Händearbeit allein menschenunmöglich ist und schon ca. 300 Leichen umherlagen, die durch den gefrorenen Zustand wie eine Wachsfiguren-Ausstellung wirkten, wurde die Erde gesprengt. Dadurch konnten wir endlich den Leichenberg vergraben und für die weiteren Toten die Grube erweitern.

SS kam fast jeden Samstag mit Omnibussen und Lastwagen angefahren, um eine größere Anzahl Menschen "abzuholen". Die älteren Leute kamen zuerst und dann ging die Altersgrenze immer weiter herunter. Es war schrecklich mit anzusehen, wie [S. 80] verladen wurde. Bis die Fahrzeuge nacheinander kamen, mußten die Bedauernswerten stundenlang im eisigen Wind stehen, Mäntel und Stiefel mußten sie ausziehen, so daß man bei vielen sehen konnte, wie sich ihre Nasen und Ohren weiß färbten und abfroren. Stiegen sie nicht schnell genug ein, so wurden sie auf die gefrorenen Hände mit Stöcken geschlagen. Die Kranken wurden aus den sogenannten Revieren schlimmer wie geschlachtetes Vieh auf die Wagen geworfen. Dann kam der 26. März 1942. Etwa 1600 Personen wurden auf einmal zusammengestellt, (darunter sämtliche anwesenden Mütter mit ihren Kindern), um nach "Dünamünde" umgesiedelt zu werden. Man hat niemals später von einem Lager in Dünamünde etwas gehört, man hat niemals wieder etwas von all den Menschen gehört, die auf jene Weise abtransportiert wurden und nur zu bald wußte man, daß sie alle in dem nahegelegenen Hochwald erschossen wurden, in dem gleichen Wald, der Ende November 1941 Zeuge der Massenerschießungen von 30000 lettischen Juden war. Es hat den Deutschen nichts geholfen, wenn sie im Frühjahr 1944, als die Russen immer näher kamen, diese Leichen ausgraben und verbrennen ließen, um die Beweise ihrer Grausamkeiten zu vernichten. Die lettische Bevölkerung konnte den Russen bei ihrer Ankunft erzählen, wie die Juden von den Deutschen umgebracht worden waren. - Viele Juden kamen nach dem nahegelegenen Vernichtungslager Salaspils. Dort verlangte der Kommandeur der Sipo und des SD (63) für Lettland, ein Dr. Rudolf Lange, daß täglich Juden erhängt werden mußten. Teilweise wurden sie vor dem Erhängen auf das nackte Hinterteil mit schweren Prügeln halb bewußtlos geschlagen. Andere Juden kamen nach dem Ghetto in Riga, die dort ebenfalls schwere Leiden durchzumachen hatten. Aus irgend einem Vorwand mußten dort einmal die jüdischen Polizisten antreten und auseinanderlaufen, während Maschinengewehrfeuer auf sie eröffnet wurde. Über 30 junge, besonders kräftige Männer fielen den Mörderkugeln zum Opfer. Auch vom Ghetto aus erfolgten laufend Abtransporte zu Massenerschießungen. Nur kurze Beispiele der SS-Grausamkeiten sind hier erwähnt. Es ist unmöglich in kurzer Zusammenfassung alle Leiden und die unmenschlichen Behandlungen der Juden bis zu ihrer Vernichtung zu schildern. - Im Frühjahr 1944 schleppte man die Übriggebliebenen

wieder "heim ins Reich", nicht ohne vorher noch viele Menschen durch Erschießen und Vergasen liquidiert zu haben. Unsägliche Leiden mußten in den verschiedenen Lagern bestanden werden. Man wurde immer nur kurze Zeit untergebracht und wieder weiterverschleppt. In Buchenwald und im nahegelegenen SS-Ar- [S. 81] beitslager gingen daher auch viele Juden zu Grunde an Hunger und Entkräftung. Man brauchte die Menschen nicht mehr erschießen. Die schlechte Häftlingskleidung im Winter, die kahlgeschorenen Schädel in der Kälte, das miserable Steckrübenwasser als dauerndes Mittagessen, die schwere körperliche, mit Prügel verbundene Arbeit u.a.m. trugen dazu bei, daß die Gefangenen weder Kraft noch Mut zum Weiterleben hatten. Der Tod hielt eine grausige reiche Ernte unter den inzwischen aus allen möglichen europäischen Ländern zusammengewürfelten Juden.

Im April 1945 brachte man 2500 Häftlinge aus einem Arbeitslager in Marsch, um sie nicht in die Hände der anrückenden Amerikaner gelangen zu lassen. Zum Essen gab es fast gar nichts mehr und auf dem über 100 km langen Fußmarsch brachen viele auf der Landstraße zusammen. Sie wurden rücksichtslos von dem begleitenden SS-Transportmann abgeknallt und liegengelassen. Von diesen 2500 Häftlingen kamen am 20. April 1945 nur noch ca. 800 Menschen in Theresienstadt an. Von diesen starben aber auch noch viele an den ausgestandenen Strapazen, obwohl sie in Theresienstadt sofort in ärztliche Behandlung kamen.

Kurz vor Abgang dieses [nach Riga-Jungfernhof] Transportes hatten alle Juden, die in ihrem Besitz befindlichen Fahrräder, Schreib- und Vervielfältigungsmaschinen, Photo- u. Vergrößerungsapparate mit Zubehör und Ferngläser anzumelden und dann nach einiger Zeit abzuliefern. Von den damals noch in Nürnberg wohnenden 1600 Juden - ohne Mischehen - wurden ungefähr abgeliefert: 140 Fahrräder, 150 Schreibmaschinen u. Vervielfältigungsapparate, 180 Photoapparate und 500 Ferngläser. Anfang 1942 wurde die Ablieferung aller nicht dringend benötigten Kleidung und Wäsche gefordert. Von den jetzt noch anwesenden 1100 Personen wurden 10000 brauchbare Stücke und 180 kg sonstiges Material abgegeben. Kurz darauf wurde die Ablieferung aller Pelzkleidungsstücke, der entbehrlichen Winterober- und Unterkleidung und Wintersportgeräte gefordert. Der große Rosenausaal war angefüllt mit dem Gut der Juden, allein 180 Pelzmäntel - darunter Stücke von großem Wert - waren darunter.

Das Haus Lindenaststraße 6, in dem sich die Verwaltungsräume befanden, wurde am 1. Dezember 1941 von der Reichsbahndirektion angekauft. Obwohl vor dem Verkauf, um das Einverständnis des Vorstandes zu erreichen, versichert wurde, daß vorerst die Verwaltung noch im Haus verbleiben könne, wurde am gleichen Tag, an dem der Verkauf perfekt wurde, noch vor dem Eintrag beim Amtsgericht, der Gemeindeverwaltung mit einer Frist von wenigen Tagen gekündigt. Durch Einschaltung der Gestapo konnte erreicht werden, daß doch erst En-

de Dezember geräumt werden mußte. In den Räumen der Israelitischen Volks- und Berufsschule, Obere Kanalstraße 25, waren durch die Evakuierung des größten Teils der Schüler und Lehrer Räume frei geworden und die Verwaltung wurde in das I. und II. Stockwerk dieses Gebäudes verlegt.

Mitte März 1942 wurde der 2. Transport zusammengestellt. Alle noch in Nürnberg befindlichen Personen unter 65 Jahren, im ganzen 426 Personen, wurden eingeteilt, einige Gemeindeangestellte konnten noch einmal freigestellt werden. Die Einberufung wurde wie bei der ersten Deportierung durchgeführt. An Gepäck durfte nur je 1 Koffer und 1 Rucksack mitgenommen werden. Für jede Person mußten wieder RM 50,-- [und] RM 10,-- eingezahlt werden. 3 Tage vor dem Abgangstermin wurden die Personen durch Polizeikraftwagen und Gestapobeamte abgeholt und ebenfalls wieder in das Lager Langwasser verbracht. Alle anderen Formalitäten wie Durchsuchung, Unterkunft und Verpflegung waren genau wie beim 1. Transport. Kurz vor Abgang des Transportes genehmigte die Gestapo einigen Personen, für die Freistellung zu Abwicklungsarbeiten der Gemeindeverwaltung beantragt war, den Rücktritt vom Transport. Doch das dreitägige Zusammenleben im Lager hatte schon eine Schicksalsgemeinschaft geschaffen. Alle 5 Personen lehnten ab zurückzubleiben. Der Transport, der wieder 1000 Personen - mit Fürth, Würzburg und Bamberg - umfaßte, wurde nach Izbica, Kreis Krasnistaw, Bezirk Lublin abgefertigt. Nach wenigen Tagen wurde die Ankunft ohne Zwischenfall von der Gestapo gemeldet.

Bei diesem Transport waren noch einige Personen versehentlich bzw. wegen Transportunfähigkeit zurückgeblieben; diese 23 Männer und Frauen wurden am 23. April 1942 einem Transport von Würzburgern und Bambergern nach Krasniczyn, Kreis Krasnistaw Bezirk Lublin angeschlossen.

Bei den beiden letzten Transporten war es der Gestapo aufgefallen, daß die abzuholenden Personen nur ganz geringe Barbeträge zur Ablieferung brachten. Es wurde vermutet, daß entweder das übrige Geld in den letzten Stunden verschenkt oder durch Beeinflussung von Seiten der Gemeindeverwaltung auf andere Weise beiseite geschafft wurde.

Der Verfasser war mit den 23 Personen am 23.4. nach Bamberg gefahren, um bei der Abfertigung des Transportes behilflich zu sein. Einige Stunden nach der Ankunft wurde er festgenommen, einer rigorosen körperlichen Durchsuchung unterzogen und unter Bewachung nach Nürnberg geschickt, wo er wieder freigelassen wurde. Zwei Tage später erschien vor den Verwaltungsräumen der Israelitischen Kultusgemeinde ein großes Aufgebot der Gestapo, alle Privatpersonen, die sich in den Geschäftsräumen aufhielten oder die noch nach und nach dort eintrafen, wurden festgehalten, die in den Büroräumen beschäftigten Angestellten in einem

Zimmer unter Redeverbot und polizeilicher Aufsicht zusammengestellt. Die Vorstandsmitglieder mußten sich mit dem Gesicht zur Wand aufstellen und wurden dann einzeln einem peinlichen Verhör unterzogen. Eine genaue Durchsuchung aller Räume und eine vorgenommene Kassenkontrolle konnten zu keiner Beanstandung Anlaß geben. An diesem Tage war ein Brief aus Izbica von dem Transportführer Hugo Kolb (64), der dem dortigen Judenrat angehörte, eingetroffen. In einem anschaulichen Bericht werden die Verhältnisse im Ghetto Izbica geschildert.

[S. 83] Die Ortschaft sei vollständig verwahrlost, es fehlt an allem nur nicht an Ratten, Mäusen und besonders gut entwickelten Flöhen und Wanzen. Keine Kanalisation, kniehohes Schmutz auf allen Straßen. Vor allem Mangel an allen Lebensmitteln. Die von dem Nürnberger Gestapobeamten an die SS-Lagerleitung übergebenen RM 50000,-- kamen nicht zur Auszahlung, so daß bitterste Not herrschte. Das mitgenommene Gepäck war nicht ausgehändigt worden, so daß auch sofort Mangel an Wäsche und Bekleidungsstücken eintrat. Durch Zwangsarbeitspflicht wurde versucht, die schlimmsten Zustände zu beseitigen. Nichtarbeitenden mußte von der geringen Tagesbrotration von 50 g noch abgezogen werden. Dieser Originalbericht wurde von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, angefordert, da dies der erste ausführliche Bericht aus Polen war. Leider ging der Brief dort zu Verlust, eine Abschrift war nicht vorhanden. In den Akten der Gestapo Würzburg wurde vom gleichen Absender folgender Notschrei aufgefunden:

Judenrat Izbica n/W Kreis Krasnystaw, Distr. Lublin General-Gouvernement.

Izbica n/W. 29. März 1942.

An die löbl. Israelitische Kultusgemeinde, Würzburg.

Weitere 2000 Juden, diesmal zum größten Teil aus Würzburg, Kitzingen, Nürnberg, Fürth, Aachen, Düren und Coblenz, sind hier angekommen.

Die deutschen Behörden kommen uns entgegen und werden die Arbeitsfähigen in den Arbeitsprozeß einschalten. Für den Lebensunterhalt der Arbeitsunfähigen - zum größten Teile kranke und überalterte Frauen und Männer - brauchen wir dringend Mittel, weshalb wir an Sie die höfliche und dringende Bitte richten, uns nach Erhalt dieses Schreibens den größtmöglichen Geldbetrag zukommen zu lassen. Ferner bitten wir Sie, schon jetzt Vorkehrungen zu treffen, damit uns regelmäßig Geldsendungen, evtl. Bekleidung, Wäsche und erlaubte Nahrungsmittel zukommen.

Für die gerechte Verteilung wird der Juden-Älteste Sorge tragen, dem ein Komitee, gebildet aus den neu angekommenen Juden aus dem Reiche und dem Protektorate, zur Seite steht. Wir

bitten sehr, unserem Ansuchen sofort Folge zu leisten und danken Ihnen im voraus herzlichst für alles, was Sie für uns tun.

Für den Judenrat:

Dr. A. Lob Pauner

Transportleitung der deutschen Juden:

Dipl. Kaufmann Ludwig Israel Weinheber

Dr. Nathan Rosenthal

Hugo Israel Kolb

[S. 84] Der erstgenannte Bericht wurde auf dem Schreibtisch von der Gestapo entdeckt und beschlagnahmt, später allerdings zurückgegeben. Außerdem war bei Erscheinen der Gestapo gerade ein Brief vom Vorsitzenden Fehheimer an seinen Amtsvorgänger Kommerzienrat Rosenzweig in der Schreibmaschine, in dem die allgemeinen Verhältnisse geschildert waren. Die ominösen Worte "es ist ein Wettlauf zwischen Macht und Zeit" erregten ebenfalls die Aufmerksamkeit der Polizei und veranlaßten die Festnahme des Briefschreibers. Beim Weggang der Gestapo wurde der Geschäftsführer Kolb mitgenommen, doch nach einem stundenlangen Verhör wieder freigelassen. Auch die Haftentlassung des Vorsitzenden konnte nach 24 Stunden erreicht werden, allerdings nur unter Aufgabe seines Amtes.

Die nächsten Monate bringen wieder schwere Aufregungen. Die Partei macht wieder einen Vorstoß auf das Schwarz'sche Altersheim. Durch ein einige Jahre vorher im Grundbuch eingetragenes Vorkaufsrecht für das Cnopf'sche Kinderspital, kann es dem für die Gemeinde günstigeren Käufer um RM 120000,- verkauft werden. Hierdurch wurde die sofortige Räumung aufgeschoben. Aber es war nur eine Galgenfrist, denn schon Ende Mai wurde das Cnopf'sche Kinderspital gedrängt in dem sehr gut mit allen sanitären Anlagen eingerichteten geräumigen Haus und einer neuzeitlichen Baracke ein Behelfs Krankenhaus einzurichten. Nun mußten sofort geeignete Ersatzräume geschaffen werden. In dem von der Gemeinde erworbenen Haus Knauerstraße 27 waren durch die Evakuierungen vom November 1941 und März 1942 die meisten Wohnungen leer geworden. Die noch dort befindliche Gemeindebibliothek war durch ständige Beschlagnahmungen der wertvollsten Bücher durch die Gestapo schon sehr zusammengeschmolzen. Die noch umfangreiche Hebraica-Ziemlich-Bibliothek (65) wurde, da zu dieser Zeit eine Ausleihe nicht mehr in Frage kam, in das Friedhofgebäude Bärenschanzstraße verlagert, wo sich schon alle alten Akten der Gemeindeverwaltung befanden.

[S. 85] Die übrige Bibliothek und die Bestände der Kleiderkammer konnten in die obere Kanalstraße 25 verlegt werden, denn der Schulbetrieb umfaßte nur noch eine einzige Klasse ein-

schließlich der Fürther Kinder; durch die restlose Evakuierung waren nur noch Kinder aus Mischehen vorhanden. Seit der Suspendierung des Vorsitzenden, hatte auf Anordnung der Reichsvereinigung der stellvertretende Vorsitzende Adolf Krämer interimsweise die Führung der Gemeinde. Am 10.6.1942 wurde durch die Reichsvereinigung Bernhard Kolb als Vorsitzender aufgestellt.

Der Gottesdienst wurde seit der Zerstörung der Synagoge im August 1938 in der Turnhalle der Schule abgehalten. Das Haus obere Kanalstraße 25 war im Zuge der Zwangsarisierung an ein benachbartes Fabrikunternehmen übergegangen; die Gemeinde mußte sofort die Souterrainräumlichkeiten zur Verfügung stellen. Um auch der Orthodoxie nach der Niederbrennung ihrer Synagoge im November 1938 entsprechende Beträume zur Verfügung stellen zu können, wurde ein Teil des ersten Stockwerkes von der Schule freigegeben. Nach Verlegung der Verwaltungsräume in die Schule wurde hierfür ein Raum im III. Stockwerk benutzt. Der Hauseigentümer versuchte schon gleich nach dem Hauskauf durch entsprechende Eingaben an die Parteistellen die Freigabe der Turnhalle zu erreichen. Die Gemeindeverwaltung konnte dies durch Vorstellungen bei der Gestapo immer wieder vereiteln. Auf Veranlassung der Gestapo durfte schon vom Herbst 1941 ab nur noch in der Turnhalle Gottesdienst abgehalten werden; man half sich, indem man die beiden Gottesdienste hintereinander abhielt.

Nach der ersten Evakuierung mußte durch die bedeutende Verminderung der Gemeinde und der Schule der Widerstand auf Benützung der Turnhalle aufgegeben werden, der Hausbesitzer mußte aber dafür als Ersatz zwei größere Werkstättenräume im Schulhaus, die früher schon als Lehrwerkstätten verwendet waren, freigegeben. Noch in der Turnhalle war ein einheitlicher Gottesdienst ohne Harmonium abgehalten worden. Die Verwaltungsräume im I. Stock mußten bis auf den Gottesdienst- bzw. Turnhallenraum ebenfalls geräumt werden. Kaum war der zweite Transport abgegangen, mußte auch dieser Raum [S. 86] freigegeben werden und die "Heilige Lade" wurde in ein Bürozimmer des II. Stockwerkes verbracht. Auf behördliche Anordnung wurden am 30.6.1942 alle jüdischen Schulen aufgelöst, der Unterricht wurde verboten, der noch vorhandene Lehrer mußte in Fabrikarbeit eingesetzt werden.

Mitte Juli wurde bekannt, daß die Evakuierung der Personen über 65 Jahre nach Theresienstadt in Kürze vorgenommen würde. Das Altersheim war gerade 14 Tage eingezogen, nachdem vorher noch sämtliche Räume instandgesetzt und mit fließendem Wasser versehen worden waren. Auch die Anstaltsküche war unter großen Kosten verlegt worden. Die Vorbereitungen für den Abtransport wurden getroffen. Bei der Gestapo konnte erreicht werden, daß wegen der Alterszusammensetzung eine vorherige Einlieferung in ein Sammellager nicht angeordnet wurde. Zur Durchführung sollten die beiden Altersheime Knauerstraße und Wie-

landstraße als Stammlager für die Insassen und das geräumte Altersheim Johannisstraße für den Transporttag als Auffanglager der noch in ihren Wohnungen untergebrachten Juden verwendet werden. Am 28. August 1942 traf Nürnberg ein Bombenangriff, der auch erhebliche Schäden an Wohngebäuden anrichtete. Auf Befehl der Gestapo mußten alle nicht in den Heimen untergebrachten und zur Evakuierung eingeteilten Personen am nächsten Tag innerhalb weniger Stunden ihre Wohnungen verlassen und sich im Altersheim Johannisstraße einfinden. Dort mußte dann sofort eine Notküche im Freien aufgerichtet werden und die Vorbedingungen zur Unterbringung und Verpflegung von etwa 350 Personen auf 10 Tage geschaffen werden. Um den alten Leuten ihre Lage so gut wie möglich zu erleichtern, wurde die Belegung der Zimmer schnell vorher nach der alphabetischen Transportliste festgelegt. Mit den aus den Wohnungen mitgebrachten Matratzen und Bettstücken konnte für jeden eine Lagerstätte geschaffen werden. Die Belegung war sehr eng, bei Tage wurden die Matratzen usw. an einer Stelle im Zimmer aufeinandergelegt, um etwas Raum zum Aufenthalt während des Tages zu gewinnen. Für jedes Zimmer konnten auch einige Stühle beigebracht werden, doch war der Mangel an Tischen sehr unangenehm. Glücklicherweise war gutes Wetter und die Mahlzeiten konnten an großen Tischen im Garten eingenommen werden. Die Verpflegung konnte durch Bei- [S. 87] steuerung der Lebensmittelvorräte aus den Wohnungen zufriedenstellend durchgeführt werden. Es wurden täglich 3 warme Mahlzeiten abgegeben. Hilfsbereit halfen die wenigen Nichtbetroffenen beim Packen der Koffer und Rucksäcke wie bei den früheren Transporten. Diesmal durften die Koffer nicht mit Namen beschriftet werden und nicht umsonst gab dies zu großen Befürchtungen Anlaß. Am 9. September wurden die drei Lager von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgesperrt und unter scharfe Kontrolle der Gestapo gestellt. Außer den bereits bestehenden Anordnungen bezüglich Einzahlung von RM 50,-- und RM 10,-- gab es für die Evakuierung nach Theresienstadt eine besondere Regelung. Angeblich seien in Theresienstadt Alters- und Siechenheime, für die Einkaufsverträge abgeschlossen werden mußten. Es wurde von jeder Person, soweit Vermögen vorhanden war, der Betrag von RM 1800,-- für jedes Jahr bis zum 75. Lebensjahr, mindestens 5 Jahre, verlangt, auch bei höherem Lebensalter. Von dem übrigbleibenden Vermögen wurden weiter 25 % dazu berechnet. Die Vertragsschließenden mußten dann aufgefordert werden, den ganzen Rest ihres Vermögens freiwillig dem gleichen Zweck zuzuführen. Nach echter deutscher Gründlichkeit wurde schon von der 1. Evakuierung ab jeder erwachsenen Person durch den Gerichtsvollzieher ein Schreiben mit Zustellungsurkunde übergeben des Inhalts, daß sein Vermögen wegen staatsfeindlicher, kommunistischer Betätigung unter Anführung von einer Anzahl Gesetzesparagrafen beschlagnahmt sei. Nachdem durch Unterschrift der Empfang bestätigt war, wurde das

ominöse Schriftstück durch den Gestapobeamten wieder abgenommen, so daß außer den Betroffenen und dem bei allen Evakuierungen anwesenden Verfasser niemand ein solches Schriftstück zu Gesicht bekam. Bei Abschluß der Heimeinkaufsverträge für Theresienstadt war es daher ein Leichtes, die obengenannte freiwillige Abgabe zu erreichen, nachdem man auf die bevorstehende Beschlagnahme aufmerksam gemacht hatte. Auf diese Weise wurden von ungefähr 265 Personen - von 533 Transportteilnehmern aus Nürnberg - über 6 Millionen RM an die Reichsvereinigung, Sonderkonto Theresienstadt, überwiesen. Aus ganz Deutschland dürften daher allein dafür [S. 88] 300 - 400 Millionen Reichsmark geraubt worden sein. Bei diesem Transport wurde noch ein privater Fischzug der Gestapo arrangiert. Am Tage vor Abgang wurde von der Gestapo eine besondere Erlaubnis an die Banken hinausgegeben, daß die Transportteilnehmer nochmals ihren monatlichen Freibetrag abheben können. Dies löste bei allen große Freude aus, weil auch angegeben worden war, daß dieser Betrag mitgenommen werden dürfe. Am Transporttag früh erschien ein großes Gestapoaufgebot in allen drei Lagern zur Durchführung der Gepäckkontrolle. Hierbei wurden außer den üblichen Beschlagnahmen die ganzen Geldbeträge ungezählt abgenommen. Wohin das Geld gekommen ist, ist niemals festgestellt worden. Es dürften RM 75 - 100000,-- auf diese Weise erbeutet worden sein.

Ein Fußmarsch zur Einladestelle Güterbahnhof Finkenstraße konnte vermieden werden. Von der Johannisstraße wurden die Transportteilnehmer mit Straßenbahnwagen, von den zwei anderen Heimen mit Möbelwagen zur Bahn gebracht. Das Einsteigen in die Personenwagen ohne Rampe machte bei den vielen alten und gebrechlichen Leuten ziemlich Schwierigkeiten, für die kranken Personen waren in geschlossenen Güterwagen mit Matratzen entsprechende Lager hergerichtet worden. Vom Ernährungsamt wurden Lebensmittel für weitere 8 Tage zur Verfügung gestellt. Die Vorräte, die sich in den Heimen befanden und alles was die Evakuierten zur Verfügung stellen konnten, sowie mehrere hundert Matratzen wurden in 3 Güterwagen gepackt. Der Transport - Transportleiter Adolf Rosenthal - konnte dann am 10.9.1942 nachmittags gegen 2 Uhr abgefertigt werden. Über die Fahrt nach Theresienstadt und den dortigen Aufenthalt in den ersten 9 Monaten gibt Herr Adolf Krämer, einer der Überlebenden, folgenden Bericht:

Wenn [sie] auch, wie alles, was die Gestapo zum Zwecke des Bösen und in ihrer Absicht zu vernichten tat, gut organisiert war, so vollzog sich die Abfahrt der 533 meist alten und teilweise kriegsbeschädigten und körperlich behinderten Menschen auf dem Bahnhof Finkenstraße in Nürnberg unter der Begleitmusik einer johlenden Jugend teilweise unter dramatischen Umständen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß ein [S. 89] großer Prozentsatz von Men-

schen über 75 Jahre einen wesentlichen Bestandteil dieses Transportes ausmachte - eine Frau war 94 Jahre alt -, um sich die Umstände bei der Verladung von solchen Leuten auszumalen, die wußten, "wohin die Reise ging".

An einem der nächsten Vorortbahnhöfe wurde der anschlussbereite Transport aus Bamberg angehängt, so daß, nachdem die "Reiseteilnehmer" aus Fürth bereits am Bahnhof Finkenstraße Nürnberg angeschlossen worden waren, der Gesamttransport Nürnberg-Fürth-Bamberg rund 1000 Personen umfaßte.

Die Reise ging verhältnismäßig glatt vonstatten. Der Zug wurde von einem Kommando Schutzpolizei begleitet, deren Kommandant den jüdischen Transportleiter - Adolf Rosenthal - der bereits nach 6 Wochen Aufenthalt in Theresienstadt einer Lungenentzündung erlag (66) - in scharfen Worten darauf aufmerksam machte, daß das Öffnen der Türen ebenso wie das Verlassen des Zuges bei Todesstrafe verboten sei; die Wachmannschaft habe Befehl bei Übertretung dieser Anordnung ohne Warnung zu schießen.

Tatsächlich patrouillierten auch bei Aufenthalt des Zuges, sowohl auf freier Strecke wie in Bahnhöfen die Mannschaften mit scharf geladenen und geschulterten Gewehren die Waggons entlang.

Unauslöschlich und unvergeßlich prägte sich der Begriff Theresienstadt schon bei der Ankunft ein. Bereits wenige Kilometer vor dem Bahnhof Bauschowitz - dem Ausladebahnhof, da zu jener Zeit die Verbindungsstrecke Theresienstadt-Bauschowitz noch nicht bestand, sahen wir halbnackte ausgemergelte Gestalten, nur mit Arbeitshose bekleidet und dem Davidstern geschmückt, wie sie unter der Aufsicht von SS-Mannschaften Gleisarbeiten verrichteten. Daß wir nun daselbst in dem oft debattierten und viel gefürchteten Theresienstadt angekommen waren, spürten wir schon beim Ausladen. Schreien und Schimpfen des uns erwartenden Lagerkommandanten, Hauptsturmführer Dr. [Siegfried] Seidl, der Marsch in das etwa 2 1/2 km entfernte eigentliche Lager - nur wenige [S. 90] gehunfähige alte und gehbehinderte Leute wurden auf einem Lastkraftwagen dorthin gebracht - bewiesen uns, was uns bevorstand. Trotzdem war die Wirklichkeit der ersten Zeit eine Hölle gegen das, was wir uns ausmalten. An jenem unvergeßlichen 11. September 1942 - dem jüdischen Neujahrsfest - kamen außer unserem Transport noch 2 weitere Transporte aus Berlin und Wien mit je 1000 Menschen - also 3000 Menschen - an, die registriert und in dem bereits überfüllten Lager untergebracht werden mußten.

Ebenso wie jeder neuankommende Transport bekam auch der unsrige eine sogenannte Registrier-Nummer. Sämtliche Transporte aus Bayern wurden mit II bezeichnet, der unsrige, der der 25. Transport aus Bayern war, erhielt daher die Nr. II/25, der dann noch, die für die betreffen-

de Person geltende Personalziffer angehängt war. Diese Zahl war nicht nur in Kleidern und Wäsche, sie war auch zeitlebens in Herzen und Seelen eingegraben.

Nahezu 60000 Menschen wohnten zu jener Zeit auf einem Areal, auf dem normalerweise nur 5000 lebten. Die Folge blieb nicht aus. Auch die Dezimierung unseres Transportes begann unmittelbar nach Ankunft. Außer einigen Selbstmorden erhöhte sich die Sterbeziffer in steigendem Maße. Nach dem ersten Schrecken über die täglich bekanntgewordenen Todesfälle alter Menschen, die die Entwurzelung und die Umstellung auf unerträgliche Wohnverhältnisse und auf eine völlig unzureichende und ungewöhnlich einseitige Verpflegung nicht ertragen konnten, begannen auch schon die Abtransporte nach Polen, d.h. nach Auschwitz. Bereits am 16. September ging der 1. Osttransport als ein sogenannter Alterstransport ab, dem eine ganze Reihe alter Leute aus dem Transport II/25 angeschlossen waren (67). In erschreckender Schnelle und in fortschreitendem Maße wurde auf diese Weise der Transport II/25 dezimiert. Mit Bangen und Sorgen sahen wir diese Zahl auf der alltäglich erscheinenden Todesliste. Es war kein Wunder, daß wir gerade [S. 91] in der ersten Zeit der furchtbaren Überbelegung, des Mangels an Betten, an Medikamenten, der furchtbarsten Umstellung auf eine völlig unzureichende Verpflegung bei dem Schmutz und überhandnehmenden Ungeziefer die meisten Verluste auf diesem Schlachtfelde hatten. Da die abgehenden Transporte nach dem Osten die ankommenden überwogen, trat bald eine Abnahme der Bevölkerung ein, die sich für die nächsten Monate auf etwa 40000 senkte. Die Verhältnisse, obwohl ernährungsmäßig und in hygienischer und sanitärer Beziehung nach wie vor furchtbar, wurden zur Gewohnheit und man gewöhnte sich allmählich an dieselben.

Als im Juli 1943 nach diesen fürchterlichen ersten 9 Monaten die restlichen Nürnberger Gemeindemitglieder in Theresienstadt ankamen, konnten wir ihnen eine Bilanz des Transportes II/25 übergeben, die wohl die traurigste ist, die die jüdische Kultusgemeinde in Nürnberg jemals betroffen hat.

Nach Abfertigung des Theresienstädter Transportes kam von der Gestapo der Befehl, daß alle Juden, soweit sie nicht in Mischehe lebten, nach Fürth umgesiedelt werden. Es handelte sich hauptsächlich um Personen, die als Angestellte der Gemeinde von den Transporten zurückgeblieben waren. Mit Ausnahme des Verfassers, der zur Verfügung der Gestapo und zur Abwicklung in Nürnberg verblieb, wurden 18 Personen in das Heim Fürth, Julienstraße 2 (68), eingewiesen; der Auszug dieser letzten Juden erfolgte am 5. Oktober 1942 und die Presse brachte die erfreuliche Nachricht, daß Nürnberg nun nach 94 Jahren wieder judenrein sei.

Mit dem 1. Oktober 1942 wurden den noch in Deutschland lebenden Juden, die zum Tragen des Judensternes verpflichtet waren, die Lebensmittelkarten für folgende Artikel entzogen:

Fleisch, Fische, Geflügel, Obst, Eier, Milch und Konserven. Gemüse durfte an Juden nur abgegeben werden, wenn die arische Bevölkerung befriedigt war. Da die Juden in bestimmten Verkaufsläden und nur nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr einkaufen durften, war naturgemäß niemals mehr Ware vorhanden. Die Wohnungen der Juden, durch die Kennzeichnung leicht zu beobachten, wurden nicht nur von den Spitzeln der Partei, sondern auch von Kriminalbeamten scharf über- [S. 92] wacht, damit ja nicht irgend ein Mitfühlender den Juden Lebensmittel bringen konnte. Gegen Mitte Dezember 1942 trafen einige kurze Nachrichten aus dem Konzentrationslager Theresienstadt ein, aus denen die traurige Lage der Deportierten un schwer zu lesen war.

Durch die scharf durchgeführten Rationierungen konnte man nur den allernächsten Angehörigen hie und da ein Kilo Brot zusenden. Es war noch besonders dadurch erschwert, daß nach Anordnung der Reichsvereinigung im Monat nur 1 Päckchen (1 kg) abgesandt werden [durfte]; außerdem wurde die aus Theresienstadt ankommende Post von der Gestapo streng überwacht, besonders solche an Nichtjuden; der Verfasser mußte andererseits der Gestapo von jeder Post, die zu seiner Kenntnis kam, Rechenschaft ablegen. Schon nach wenigen Wochen kamen vom Reichssicherheitshauptamt Berlin an die Nürnberger Gestapo Anzeigen, der Leiter der Kultusgemeinde Nürnberg hätte einen illegalen Postbetrieb mit Theresienstadt arrangiert. Nur dem Umstand, daß die Gestapo zu der einwandfreien Führung des Kultusgemeinde Vertrauen hatte, war es zu danken, daß die Empfänger von Postkarten von der Inhaftierung verschont blieben. Auch sonst liefen ständig bei der Gestapo Anzeigen ein, daß wertvolle Kulturgegenstände nach dem Ausland verschoben oder sonst versteckt und daß an die Konzentrationshäftlinge im Ausland Geldbeträge übermittelt würden. Fast tägliche Vernehmungen bei der Gestapo oder deren Besuche in unseren Verwaltungsräumen bereiteten allen Beteiligten schwere Stunden der Aufregung und Bedrängnis. Bei den erfolgreichen Bombenangriffen auf Nürnberg Ende Februar und anfangs März 1943 wurde die antisemitische Hetze dadurch geschürt, daß in den Sprechabenden der Nazis behauptet wurde, ehemalige Nürnberger Juden würden den Flugzeugen die besten Ziele zeigen, mit unglaublicher Frechheit wurden sogar die Namen dieser Emigranten genannt. Während dieser Tage wurden auch die leitenden Personen der Würzburger Gemeinde von der Gestapo Nürnberg in Haft genommen, ohne daß man erfahren konnte, was der Grund dieser Inhaftierung war.

[S. 93] Der Flugzeugangriff auf die Edertalsperre wurde in allen Zeitungen als die Tat eines emigrierten Juden bezeichnet und es wurden Gerüchte ausgestreut, die Juden hätten auf den Grabsteinen in hebräischen Buchstaben den Flugzeugen wichtige Mitteilungen und Bombenziele angegeben, was zu neuen Zerstörungen auf den Friedhöfen Veranlassung gab. Auf dem

alten Friedhof an der Bärenschanzstraße waren mit den durch Bomben beschädigten über 1000 Grabsteine, auf dem Friedhof Schnieglinger Straße über 400 vernichtet oder stark beschädigt. Im Frühjahr 1943 mußten auf Anordnung der Gestapo durch jüdische Männer alle Grabeinfassungen aus Eisen, Urnengefäße, Metallplatten und sogar die einzelnen Metallbuchstaben entfernt werden. Seit dem Herbst 1942 war in ganz Deutschland der jüdische Gottesdienst verboten. Im Benehmen mit der Gestapo Nürnberg konnte aber in den Büroräumen ein würdiger Gebetraum geschaffen und durch die Treue der in Nürnberg verbliebenen Mischehepartner regelmäßig Freitagabend und Samstagvormittag Gottesdienst abgehalten werden. Lehrer Julius Neuberger, der an Feiertagen von Lehrer Isaac Wormser unterstützt wurde, sorgte für gesetzestreue, würdevolle Durchführung, der Neuberger jedesmal durch eine aktuelle Ansprache noch eine besondere Note gab.

Am 20. Oktober 1942 war die letzte Trauung des Lehrers Julius Neuberger mit Erna Kolb. Es ist ein schicksalhaftes Zusammentreffen: Bei der ersten Trauung der Gemeinde im Jahre 1850 war die Braut aus Sugenheim, eine Verwandte der Großeltern Kolb, die auch in Sugenheim lebten; die erste Trauung des Rabbiners Dr. Ziemlich im Jahre 1881 waren die Großeltern von Erna Kolb. Lehrer Neuberger ist mit seiner jungen Frau auch unter den Opfern des Naziterrors. (69)

Nach den bereits eingetretenen schweren Bombenschäden war es für "gezeichnete" Juden eine Gefahr, sich auf der Straße blicken zu lassen, besonders konnte man es nicht wagen, sich in zerstörte Stadtgebiete zu begeben, da dies sofort als Ausdruck der Schadenfreude gewertet wurde.

Am 10. Juni 1943, dem zweiten Tag Schebhoth (70), während des Mussafgebetes (71) erscheint die Gestapo und meldet die Auflösung der Reichsvereinigung, [S. 94] die Beschlagnahme des gesamten gemeindlichen Vermögens und die Verhaftung des Vorstandes und Geschäftsführers (Verfasser). Wegen der anzufertigenden Inventaraufstellung wird die Inhaftierung am 10. und 11. Juni nur als Hausarrest durchgeführt, doch am 12. Juni (Pfungsttag) erfolgt auf strenge Anordnung vom Reichssicherheitshauptamt die Einlieferung ins Gefängnis mit dem Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Fürth, Herrn Früh. Im Gefängnis wird bekanntgegeben, daß am 17. Juni die Restevakuierung durchgeführt wird. Durch einen Kassiber können die ahnungslosen Angehörigen verständigt werden. Am 17. Juni 1943 werden 9 Personen von Nürnberg, mit allen noch in Fürth lebenden Nürnberger Juden, ohne Mischehen, im Fürther Kinderheim gesammelt, von dort noch abends in Waggons verladen und am anderen Morgen mit von Würzburg eingetroffenen Juden abtransportiert. Von den Nürnbergern kommen 14 Personen nach Theresienstadt und 16 Personen nach Auschwitz. In den meisten

deutschen Orten, besonders in den Großstädten, waren vor oder während der Evakuierungstage schwere Selbstmordepidemien zu verzeichnen. Es muß deshalb als ein Zeichen von besonderer Seelenstärke und Zusammengehörigkeitsgefühl angesehen werden, daß in Nürnberg nur ein einziger Selbstmord anlässlich der Verschleppungen vorgekommen ist. Bei der Auflösung der Reichsvereinigung wurden, außer dem Vermögen, das schon auf die R.V. überschrieben war, noch über RM 300000,-- Bar- und Wertpapierbestand abgeliefert. Dieser Betrag setzte sich aus noch nicht abgerechneten Vermächtnissen von Dr. Treumann, Isaak Sondhelm u.a. sowie aus verschiedenen Barkassenbeständen - besonders Spenden - zusammen. Mit den bereits früher auf die R.V. übertragenen Vermögenswerten und die Einzahlungen für die Heim-einkaufsverträge Theresienstadt dürften ungefähr 13 1/2 Millionen von der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg geleistet worden sein. Einige Monate vor der Auflösung verlangte die R.V. alle nicht mehr benötigten Büromaschinen, zwei Vervielfältigungsmaschinen und noch einige kleinere Büroapparate nach Berlin abzugeben. Die gesamte Einrichtung der Lehrwerkstätten, von zwei 80 qm großen Sälen, wie Drehbänke, Schraubstöcke, Schweißapparate, Bohr- [S. 95] maschinen, ein reich assortiertes Werkzeuglager sowie das noch vorhandene Rohmaterial wurde auf Anordnung der R.V. nach dem Konzentrationslager Theresienstadt verladen. Ebenso wurden dorthin 1000 kg guterhaltene Kleidungs- und Wäschestücke zum Versand gebracht. Bei der Übernahme der Gestapo wurden die restlichen Büromaschinen, die Einrichtungsgegenstände aller Büros, des Gottesdienstraumes, die reichhaltigen Bestände der Kleiderkammer, worunter allein 250 Paar fabrikneue Mercedesschuhe und die großen Bestände an allem erdenklichen Büromaterial übergeben, außerdem noch die bei der früheren Abgabe für die Heime freigegebenen elektrischen Geräte. Die beiden Friedhofhallen waren mit gebrauchten Haushaltsmöbeln angefüllt und auch die vollständige neue Turnhalleneinrichtung wurde beschlagnahmt und veräußert. Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg hatte damit auch äußerlich aufgehört zu bestehen. Um die weiteren Anordnungen der Behörden durchzuführen, wurden in allen Orten für die noch wohnhaften Mischehepartner Vertrauensleute von der Gestapo aufgestellt. Seit längerer Zeit hatte in der Verwaltung Dr. [Julius] Nürnberger ehrenamtlich mitgearbeitet und wurden demselben die Mitgliederkartei mit den allerdringendsten Akten von der Gestapo übergeben. Dr. Nürnberger hat dann die nächsten zwei Jahre die notwendigen Arbeiten erledigt. [...]

[S. 96] Kehren wir nun zu den verschleppten Gemeindemitgliedern zurück: Von den nach Riga und Izbica Deportierten kamen außer den schon genannten einzelnen Nachrichten seit dem Herbst 1942 keinerlei schriftliche oder mündliche Berichte mehr nach Nürnberg. Die Erlebnisse der älteren Leute in Theresienstadt wurden für die ersten 9 Monate schon von A-

dolf Krämer geschildert. Bei Ankunft der Verfassers waren noch ungefähr 175 Nürnberger in Theresienstadt am Leben. Wir wurden bei unserer Ankunft mit allen möglichen Fragen bestürmt, hauptsächlich beschwerten sich alle Leute, daß so wenig Pakete geschickt wurden. Sie konnten ja nicht wissen, daß in der schärfsten Weise von der Gestapo die ankommende und abgehende Post kontrolliert und jeder Nichtjude, der ein Paket absandte, sich in Gefahr begab, vor die Gestapo zitiert zu werden. Die Sterblichkeit hatte nach und nach etwas abgenommen, aber die Ostentransporte gingen weiter. Wir waren andererseits über die Organisation in Theresienstadt überrascht.

Fußnoten

- (58) Auch mehrere Nürnbergerinnen und Nürnberger, die sich zum Zeitpunkt der Verschleppungsaktion in den genannten Gauen (Gailingen, Karlsruhe, Mannheim) aufhielten, waren hiervon betroffen (vgl. beide Bde. des Nürnberger Gedenkbuchs).
- (59) Nach der "Organisationsanweisung zur Durchführung der Juden-Evakuierung am 29.11.1941" vom 11. November 1941 (abgedruckt in: Herbert Schultheis: Bilder und Akten der Gestapo Würzburg über die Judendeportationen 1941 - 1943. Bad Neustadt a.d. Saale 1988.) wurden für die Durchsuchungen der männlichen Deportierten Beamte der Kriminalpolizei und der Geheimen Staatspolizei eingesetzt.
- (60) In der "Organisationsanweisung" (s. Fn. 59) ist nur von weiblichen Schreibkräften die Rede.
- (61) Hebräisch, wörtlich "Geh aus, mein Freund". Lied zur Begrüßung des Sabbats.
- (62) Bei den Nachforschungen im Zusammenhang mit dem "Gedenkbuch für die Nürnberger Opfer der Schoa" konnten 17 Überlebende namentlich ermittelt werden.
- (63) Sicherheitspolizei (Sipo) und Sicherheitsdienst (SD).
- (64) Hugo Kolb, geb. 15.02.1890, mit seiner Familie in Izbica ermordet, Bruder von Bernhard Kolb.
- (65) Der ehemalige Rabbiner Dr. Bernhard Ziemlich hatte der Israelitischen Kultusgemeinde seine wertvolle Hebraica-Sammlung vermacht. Da Kolb von der Vernichtung der Akten bei der Bombardierung des Gebäudes in der Bärenschanzstraße schreibt, müssen dabei auch die dort gelagerten Bücher zerstört worden sein.
- (66) Adolf Rosenthal, geb. 25.09.1872, gestorben am 19.11.1942 im KZ Theresienstadt.
- (67) Anhand der Daten des Nürnberger Gedenkbuchs sind für den September 1942 folgende Transporte von Theresienstadt in die Vernichtungslager (Treblinka) nachweisbar, von denen auch Nürnbergerinnen und Nürnberger betroffen waren: 19.09.1942 (6 Deportierte aus Nürnberg), 23.09.1942 (2 Deportierte aus Nürnberg), 26.09.1942 (5 Deportierte aus Nürnberg), 29.09.1942 (71 Deportierte aus Nürnberg).
- (68) Ehemaliges Israelitisches Waisenhaus.
- (69) Siehe Widmung.
- (70) Hebräisch, auch Schawuot (Wochen), zweitägiges Wochenfest in zeitlicher Nähe zu Pfingsten.
- (71) Zusätzliches Gebet in der Synagoge am Sabbat und an Feiertagen.

[4.8 Theresienstadt, Befreiung, Rückkehr und Emigration]

[...]

Das Lager Theresienstadt, eine Festung aus der Zeit der Kaiserin Maria Theresia von Österreich, in der Mitte des 18. Jahrhunderts als Festung gegen Preußen erbaut, wurde von Hitler mit jüdischem Geld angekauft. Die Stadt bedeckt ein Areal von ca. 700 m im Quadrat. Die Festungswälle sind vollkommen erhalten. Es sind 9 Kasernen zum Teil als Kasematten vorhanden und etwa 125 Privathäuser, meistens zweistöckige Gebäude. In der Stadt wohnten früher einschließlich 3 - 4000 Mann Militär, ca. 5 - 6000 Personen. Die früheren Inhaber wurden entschädigt und nach anderen [S. 96/2] Orten in der [deutschbesetzten] Tschechoslowakei verlegt. In dieses Lager wurde im November 1941 ein sogenanntes Aufbau-Kommando von tschechischen Juden, meist Handwerker, eingewiesen. Nachdem dieser Ort durch die Juden instandgesetzt war, erschien in deutschen Zeitschriften ein entsprechend frisierter Bildbericht unter dem Titel: "Hitler schenkt den Juden eine Stadt."

[S. 97] Nachdem die ersten Vorbereitungsarbeiten erledigt waren, trafen dort laufend weitere Transporte von tschechischen Juden ein. Vom Sommer 1942 ab wurden aus Deutschland Juden, die das 65. Lebensjahr überschritten hatten, angeblich als bevorzugt, nach Theresienstadt deportiert. Vom November 1941 bis März 1945 sind 139927 Menschen in Theresienstadt eingetroffen. Schon im Januar 1942 wurden Transporte nach dem Osten abgefertigt. Wie später festgestellt, gingen alle diese Transporte nach dem berüchtigten Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau (72). Im Verlaufe dieser Aktion kamen 86934 Menschen dorthin und wie jetzt festgestellt, haben nur einige tausend jüngere Personen lebend das Lager Auschwitz (73) verlassen. In Theresienstadt selbst sind 35000 Personen zum allergrößten Teil an Unterernährung verstorben. Im Januar 1942 wurden wegen versuchten Briefschmuggels 9 Personen durch den Strang hingerichtet.

Von den Lagerinsassen mußten zuerst alle Vorbedingungen geschaffen werden, um die Unterkunft und Verpflegung dieser großen Massen, wenn auch [in] primitivster Weise sicherzustellen. Es wurde in allen Räumen elektrisches Licht gelegt, eine Hochdruckwasserleitung und [ein] Kanalschwemmsystem eingerichtet, eine Eisenbahn von der Station Bauschowitz von 4 Kilometer Länge gebaut. Sobald genügend Arbeitskräfte vorhanden waren, wurden Betriebsstätten für jeglichen Kriegsbedarf eingerichtet, wie z.B. Uniformschneiderei, Schuhmacherei,

Munitionsteile-, Schlosser-, Tischler-, Wagner-, Kartonagen-, Glimmerspalterei- und feinmechanische Werkstätten usw.

Auch die landwirtschaftlichen Grundstücke, die zu den Anwesen in Theresienstadt gehörten, wurden von den Insassen des Lagers bearbeitet. Während der Ernte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse konnte man täglich die Wagen mit dem schönsten Gemüse und Obst durch das Lager fahren sehen, aber nicht das Geringste wurde den Häftlingen zur Nahrung freigegeben. Aus dem bekannten Ort Lidice (74) kamen nach der Tötung der dortigen Einwohner Pferde, Rindvieh und eine Anzahl Schafe nach Theresienstadt. Es gab eine Schweinemästerei, Kaninchen- und Geflügelzuchtanstalten und sogar einen [S. 98] Zwinger für Polizeihunde. Die Erträge dienten nur den Bedürfnissen der SS-Lagerverwaltung.

Selbstverständlich waren auch Betriebe für die innere Verwaltung des Lagers notwendig. Es waren vorhanden: Küchen, Bäckereien, Fleischereien, Friseurstuben, Brausebäder, Wäschereien usw. Insgesamt gab es, während die Belegungszahl den Höchststand von über 58000 erreicht hatte, 996 Betriebs- und Verwaltungsstätten. Die Jüdische Selbstverwaltung bestand aus dem Judenältesten und den Mitgliedern des Ältesten-Rates. In der Jüdischen Selbstverwaltung waren über 1000 Menschen beschäftigt.

Bis zu 8000 Jugendliche waren zum größten Teil in entsprechenden Heimen untergebracht. Ein Unterricht durfte jedoch nicht erteilt werden.

Das Lager hatte eine eigene Bank und auch besonderes Lagergeld. Es waren zwar Geschäfte mit gebrauchten Kleidungsstücken vorhanden, jedoch konnte man nur ganz selten etwas für das Lagergeld kaufen. Der Besitz von deutschen und tschechischen Zahlungsmitteln sowie von Zigarren, Zigaretten oder Tabak war unter strenge Strafe gestellt (Abtransport ins Vernichtungslager). Grotesk mutet an, daß Konzerte und Theatervorstellungen stattfanden, Vorträge für alle Wissenschaften abgehalten wurden, ein Kaffeehaus mit Kabarett vorhanden war, eine zeitlang auf dem Marktplatz täglich dreimal Konzert von einer 40 Mann starken Kapelle war. Zeitungen oder sonstige Nachrichten konnten nur auf Schleichwegen in das Lager gelangen. Der Besitz war sehr gefährlich. Radiomeldungen erfuhr man hie und da durch die tschechische Gendarmerie. Im Lager fand regelmäßig Gottesdienst für alle Konfessionen statt.

Im Gesundheitswesen waren an Ärzten, Krankenschwestern und sonstigem Hilfspersonal 1500 Menschen vorhanden. Die Betreuung der Kranken erfolgte in "Marodenstuben" und Krankenhäusern. Die Verstorbenen wurden nach jüdischem Ritus durch einen Rabbiner und Kantor geehrt und feuerbestattet. Es gab Tage, an denen 200 Särge in das Krematorium eingeliefert wurden. Bis zum Herbst 1944 waren sämtliche Aschenurnen genau nach Nummern [S.

99] in einem Columbarium (75) aufbewahrt. Im November 1944 wurde jedoch alles vernichtet. [...]

Im Lager mußte täglich 10 Stunden ohne freien Tag gearbeitet werden. In vielen Betrieben war Tag und Nacht Betrieb. Bei eiligen Aufträgen von Seiten der Kommandantur mußte oft zwei Schichten hintereinander gearbeitet werden. Die Ernährung war völlig unzureichend, so daß die Lagerinsassen körperlich sehr darunter zu leiden hatten. Die Verpflegung bestand aus:
Frühstück

0,3 Liter Kaffee-Ersatz

Mittag

0,3 Liter dünne Suppe, 2 - 300 g Kartoffeln und Tunke. Statt Kartoffeln gab es einmal in der Woche einen Mehlknödel oder ein Weißgebäck. zweimal in der Woche Haschee, meistens aus Pferdefleisch

Abend

zwei- bis dreimal Kaffee-Ersatz, die übrigen Tage Suppe

Pro Tag erhielt die Person 330 g Brot. Außerdem die Woche 50 g Margarine und 50 g Zucker. Die seelische Haltung war dadurch sehr beeinträchtigt, daß ständig das Damokles-Schwert des Abtransportes über den Häuptionern hing. Die von Freunden aus Deutschland, der Tschechoslowakei und Österreich zugesandten Lebensmittelsendungen kamen nur zum Teil in die Hände der Empfänger. Auch geschlossene Liebesgabensendungen des Roten Kreuzes wurden entweder vorher oder auch noch im Lager selbst von der SS-Dienststelle beraubt. Alle 8 Wochen durften die Lagerinsassen eine Postkarte abgeben, jedoch nur ganz wenige haben den Empfänger erreicht. Wenn auch in Theresienstadt außer den am Anfang angeführten Todesurteilen keine gewaltsamen Tötungen vorgekommen sind, so war jedoch auch dort eine medizinische Versuchsstation. Hauptsächlich wurden hier Versuche an Frauen und Mädchen angestellt. Ein großer Teil dieser "Versuchs-Kaninchen" ging zu Grunde.

[S. 100] Am 11. November 1943 war die Vernichtung des ganzen Lagers geplant und ist aus unbekanntem Gründen unterblieben. 33000 gefähige Menschen waren in einem Talkessel zusammengetrieben worden und mußten 15 Stunden bei eisiger Kälte ihrem Schicksal entgegensehen. Ungefähr 7000 Kranke waren in einer Kaserne zusammengewerft worden. Kurz vor der Befreiung durch die Russische Armee am 9. Mai 1945 war wiederum die Vernichtung des ganzen Lagers vorgesehen. In einer der Kasematten waren bereits alle Ausgänge für eine Vergasung luftdicht abgeschlossen. Während der ganzen Zeit hat eine Seuchengefahr nicht bestanden. Erst im April 1945 kamen aus den anderen aufgelösten Konzentrationslagern etwa

15000 halbverhungerte Menschen, unter denen sich 6000 Fleckfieberkranke befanden. Es bedurfte der größten Anstrengung der Russischen Armee und der Lagerinsassen, die Gefahr der Verseuchung des ganzen Lagers hintanzusetzen. Den Neuangekommenen wurden die doppelten Verpflegungsrationen zugeteilt, was nur dadurch möglich war, daß alle Arbeitenden auf die Sonderprämien verzichteten. Es gelang auch die Typhusgefahr nach wenigen Wochen vollständig zu bannen. Der Abtransport in die Heimatländer konnte sich dann auch langsam aber reibungslos vollziehen. Von Nürnberg wurde am 17. Januar 1944 noch ein Transport von 10 Personen nach Theresienstadt abgefertigt, es waren dies jüdische Mischehepartner, von denen der nichtjüdische Teil verstorben [war] oder die geschieden waren. Anfangs Februar 1945 kamen aus fast allen Städten Deutschlands auch die Juden aus noch bestehenden Mischehen; auch die von Nürnberg waren schon in Theresienstadt vorgemeldet. Die zwei schweren Bombenangriffe vom 2. Januar und Februar 1945, die nahezu 90 % der Stadt zerstörten, machten aber der Gestapo die Auffindung ihrer Opfer unmöglich. [...]

Der Ausrottungsbefehl des größten Massenmörders aller Zeiten ist für die Nürnberger Juden schauerliche Wirklichkeit geworden: von 1631 Männern und Frauen und Kindern haben nur 68 Personen die Zerschmetterung des Naziterrors und die Befreiung durch die alliierten Truppen erleben dürfen. In Theresienstadt befanden sich zu dieser Zeit noch 37 Nürnberger, von denen 29 nach Nürnberg zurückzukehren wünschten. 8 entschieden sich für ein Durchgangslager und 7 waren am 5. Februar 1945 mit dem Austauschtransport von Theresienstadt nach der Schweiz gefahren.

Der Abtransport in Theresienstadt war in den ersten Wochen nur für Personen innerhalb der Tschechoslowakei möglich. Dann versuchten Reichsdeutsche mit Lastwagen die deutsche Grenze zu erreichen und kamen unter vielen Mühsalen und meist unter Verlust ihres Gepäcks oft erst nach wochenlanger Reise an ihr Ziel. Anfang Juni kamen die ersten Omnibusse aus deutschen Städten. Die Nürnberger schickten zwei Kuriere - Julius Ceslanski [S. 101] und Herbert Kolb - mit Fahrrädern auf den Weg, um die Rückreise der meist alten Leute von Nürnberg aus in die Wege zu leiten. Die beiden Kundschafter hatten auch mit Schwierigkeiten zu kämpfen, denn das Überschreiten der verschiedenen Besatzungszonen war nicht ohne Gefahr. In ungefähr 8 Tagen erreichten sie Nürnberg. Hier gab es aber keinen einzigen fahrbaren Kraftwagen. Im Verein mit den noch in Nürnberg lebenden Glaubensgenossen konnte erreicht werden, daß die amerikanische Militärregierung am 1. Juli drei große Lastwagen zur Fahrt nach Theresienstadt bereitstellte. Die Wagen trafen am gleichen Tag spät abends dort ein; alle Bitten, die Abfahrtszeit auf den übernächsten Tag zu verlegen waren vergebens, der amerikanische Offizier hatte Order am 2. Juli wieder in Nürnberg einzutreffen. Noch in der

Nacht mußten die Beteiligten ihr Gepäck fertigmachen und es war kein Wunder, daß 7 Personen bis zur Abfahrt um 12 Uhr nicht reisebereit waren. In einer Nonstop-Fahrt kamen die 22 Personen abends 1/2 10 Uhr in Nürnberg an. Die 7 Personen wurden einige Tage später mit einem Kraftwagen des Roten Kreuzes abgeholt.

In Nürnberg hatte sich kurz nach dem Einmarsch der Amerikaner aus den Zurückgebliebenen ein Komitee aus Dr. [Julius] Nürnberger, [Paul] Baruch, [Adolf] Hamburger und [Artur] Hirschberg gebildet. Für die Bereitstellung einer Unterkunft und Beschaffung der Verpflegung hatte sich besonders Frau Emmy Kühnlein eingesetzt. Das ehemalige Schwestern- bzw. Altersheim Wielandstraße 6 mußte bei der Auflösung der Kultusgemeinde im Juni 1943 an eine SS-Kommandostelle verkauft (?) werden. Dieses Haus wurde sofort für die Rückkehrer zur Verfügung gestellt, es war aber stark beschädigt und vollständig ausgeplündert. Das Komitee hatte nicht damit gerechnet, daß die Theresienstädter schon am 2. Juli eintreffen würden und daher keine Vorbereitungen getroffen. Es mußte daher noch einmal das gewohnte Lager auf dem Fußboden bezogen werden. Bis zum nächsten Morgen war das Komitee verständigt. Nach kurzer aber herzlicher Begrüßung wurden im Städtischen Krankenhaus Frühstück und Mittagessen eingenommen und dann wurden alle zum vorläufigen Aufenthalt mit Kraftwagen des Roten Kreuzes nach dem Erholungsheim Rummelsberg ver- [S. 102] bracht.

Die Wiederinstandsetzung der Wielandstraße 6 erforderte 8 Wochen. Während dieser Zeit trafen dann aus anderen Konzentrationslagern noch mehrere Personen ein. Diejenigen, die nicht zu ihren Angehörigen konnten, wurden im Sebastianspital untergebracht. Am 29. August fand dann der Einzug in das herrlich eingerichtete Haus statt. Für alles war bestens gesorgt. Es fand eine offizielle Begrüßungsfeier statt, an der auch die Stadtverwaltung durch Herrn Amtsdirektor Dr. Levié (76) teilnahm. Für eine herrliche Tafel mit seit Jahren nicht mehr gekannten Speisen hatten die Frauen der Komiteemitglieder und die unermüdliche Fürsorgerin Frau Kühnlein gesorgt und aus Rede und Gegenrede war die große Wiedersehensfreude, aber auch die furchtbare Tragik zu hören. Im Heim war schon im Laufe des Augusts am Freitagabend Gottesdienst eingerichtet worden; nach Ankunft der Rückkehrer sofort auch am Samstagvormittag.

Im Stürmerverlagshaus in der Pfannenschmiedgasse konnte ein großer Teil unserer früheren Bibliothek und zusammengestohlene hebräische Literatur aus allen europäischen Ländern sichergestellt werden. Auch verschiedene Ritualgegenstände wie Thorarollen, Megilloth (77) und Thoraschmuck wurden dort vorgefunden. Von den Thoramäntelchen war überall die unbestickte Hälfte abgerissen. Geeigneter Stoff, um diese gebrauchsfähig zu machen, war nicht vorhanden, so wurden durch den amerikanischen Armeee-Rabbiner Hakenkreuzfahnen beige-

bracht, deren roter Grundstoff nun hierfür Verwendung fand. Für Roschhaschono (78) und Jom Kippur (79) war von der amerikanischen Armee ein Gottesdienst im Rathaussaal vorgesehen. Die Ausstattung wurde von zurückgekehrten Juden übernommen. Der Rabbiner hatte auch ein weißes Beroches (80) für den Aronhakodesch (81) besorgt, der Saal war mit weißen Tuch-, Bett- und Tischtüchern ausgespannt. In seiner Ansprache konnte der Rabbiner feststellen, daß die 400 roten Polsterstühle für den Reichsparteitag 1939 auf Befehl Hitlers neu angefertigt werden mußten, aber damals nicht mehr gebraucht wurden und somit bei dem Roschhaschonogottesdienst zum erstenmal in Benützung genommen wurden. Der Stern [S. 103] Israels, der beim Abbruch der Synagoge im August 1938 unter dem Gejohle der fanatischen Menge heruntergerissen wurde, war wieder aufgerichtet. Erhebende Feiertage erlebte die Gemeinde Nürnberg zusammen mit vielen Hunderten amerikanischen Soldaten. Als Vorbeter fungierte der Armeeingehörige Zucker und Konzentrationslagerhäftling Ceslanski.

Am Tage vor Schemini Azereth (82) erfuhr der Verfasser, daß in Schnaittach viel jüdisches Kulturgut versteckt worden sei. Der Hafnermeister Stammler in Schnaittach hatte nicht nur die dortige Synagoge am 9. November 1938 vor den Flammen gerettet, sondern auch die meisten Kultgegenstände. Er konnte ferner eine große Anzahl Seforien (83), Thoravorhänge und Thoraschmuck aus dem Staatsarchiv von Nürnberg, angeblich für das Schnaittacher Heimatmuseum abholen und damit vor der Zerstörung retten, denn das Staatsarchiv ist nachher durch Brandbomben vollkommen zerstört worden. Herrn Stammler gebührt besondere Anerkennung, daß es ihm gelungen ist, trotz größter Anfeindungen im nationalsozialistisch verseuchten Schnaittach dieses wertvolle Kulturgut vor Diebstahl und Vernichtung zu retten und [daß er] sofort nach Wiedererrichtung der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg dieser davon Kenntnis gab. (84)

So konnte der Gottesdienst am Simchath Thora (85) ein wirklicher Tag der Thorafreude sein, jeder Teilnehmer nahm am Umzug einer Thora teil, sogar für die vier Knaben waren kleine Seforien (86) zur Verfügung.

Durch die Anwesenheit vieler jüdischer amerikanischer Soldaten in Nürnberg entwickelte sich im Heim Wielandstraße ein reger Verkehr und gar bald war die Verbindung mit den Verwandten im Ausland hergestellt. In das bestehende Komitee wurden noch die beiden Rückkehrer [Adolf] Krämer und [Bernhard] Kolb delegiert. Die Frauen [Martha] Krämer und [Reta] Kolb übernahmen die hauswirtschaftliche Leitung des Heims. Die Fürsorgerin Frau Kühnlein schaffte das, was an Lebensmitteln und sonstigem Hausrat notwendig war, wenn auch manchmal unter großen Schwierigkeiten, immer in reichem Maße bei. Das Komitee ehemaliger Nürnberger in New York unter Leitung der Witwe des ehemaligen Nürnberger

Rabbiners, Frau Erna Heilbronn, und ein Komitee in Detroit, zusammengerufen von Felix Sachs, machten [S. 104] es möglich, daß die Juden in Nürnberg mit hochwertigen Nahrungs- und Genußmitteln, Medikamenten und Bekleidungsstücken reichlich versorgt wurden. Das Heim Wielandstraße ist nach Aussage der zahlreichen Gäste aus allen Zonen das bestgeführteste und von jüdischem Geist erfüllte Haus.

Am 2.12.1945 wird die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg wieder als Körperschaft des öffentlichen Rechts bei der Militärregierung und den deutschen Dienststellen angemeldet. Am 16.12.1945 findet die erste Mitgliederversammlung statt, in der der Vorstand aus den Herren Dr. Julius Nürnberger, Adolf Krämer, Paul Baruch, Adolf Hamburger und Bernhard Kolb gewählt wird. In der Vorstandssitzung am 18.12.1945 wird Dr. Nürnberger als Vorsitzender, Krämer als Stellvertreter und Kolb als Schriftführer und Kassier gewählt und die vorläufige Satzung festgestellt. Am 4. Mai wird Heinz Friedländer aus Lüneburg, der sich für einige Tage in Nürnberg aufhält, als Barmitz (87) zur Thora gerufen, da er mit 11 Jahren ins Konzentrationslager verschleppt wurde und bei seinem 13. Geburtstag sowie auch nach seiner Befreiung hiezu noch keine Gelegenheit war. Der erste Knabe aus der Gemeinde ist Hans Baruch, der am 18. Mai Barmitz wurde. Diese Schilderung der Juden in Nürnberg findet ihren Abschluß mit der Auswanderung des Verfassers nach USA. (88) Möge der Lenker der Geschichte des Volkes Israel über die wiedererstandene Gemeinde seine schützenden Hände ausbreiten.

Fußnoten

- (72) Die Vernichtungstransporte aus Theresienstadt gingen u.a. auch nach Treblinka (s. Fn. 67).
- (73) Siehe auch Fn. 72. Zu den Zahlenangaben vgl. die neueren Forschungen zum KZ Theresienstadt, z.B.: Institut Theresienstädter Initiative (Hg.): Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942 - 1945. Prag 2000.
- (74) Der Ort wurde 1942 im Zusammenhang mit dem Attentat auf den stellvertretenden "Reichsprotektor für Böhmen und Mähren", Reinhard Heydrich, dem Erdboden gleichgemacht, seine Bevölkerung ermordet oder verschleppt.
- (75) Lateinisch, wörtlich Taubenhäuser, Gebäude mit Nischen zur Lagerung von Ascheurnen.
- (76) Dr. jur. Heinz Levié, geb. 19.01.1910, gest. 23.10.1983, 1933 als "Halbjude" aus dem staatlichen Justizdienst entlassen, 1942 - 1945 als NS-Gegner inhaftiert, nach der Befreiung Übersiedlung nach Nürnberg und Eintritt in die Stadtverwaltung, 1946 - 1948 Bürgermeister, anschließend als Unternehmer tätig.
- (77) Hebräisch (Sing. Megilla), wörtlich (Pergament-) Rolle, im übertragenen Sinn Bezeichnung für das biblische Buch Esther, dessen Text mit Miniaturmalereien oder Kupferstichen besonders reich ausgeschmückt wird, ebenso wie die Rolle oder das Buch selbst (z.B. silberne Hülse der Rolle in Filigran- oder Treibarbeit).

- (78) Jüdisches Neujahrsfest.
- (79) Versöhnungsfest, s. a. Fn. 56.
- (80) Hebräisch, korrekt Parochet, Vorhang vor dem Thoraschrein.
- (81) Hebräisch, Thorarschrein in der Synagoge.
- (82) Schlußtag des Laubhüttenfestes.
- (83) Hebräisch (Sing. Sefer, Pl. auch Sforim), wörtlich Schrift, übertragen für alle Arten von Büchern theologischen Inhalts.
- (84) Daß die Person Gottfried Stammler deutlich kritischer bewertet werden muß, als dies Kolb tut, belegt seine Rolle z.B. bei dem von ihm vermittelten Erwerb von Kunstgegenständen aus jüdischem Besitz durch die Stadt Lauf (s. Schilderung bei *rijo*). Allgemein zu Stammers Sammlungstätigkeit s. Gerhard Renda: Judaica im Heimatmuseum - die Geschichte einer Bewahrung. In: Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums 1989, S. 49 - 56.
- (85) Fest der Thorafreude im Anschluß an das Laubhüttenfest mit Umzug der Thorarolle in der Synagoge und Kinderfest.
- (86) Siehe Fn. 83.
- (87) Vom hebräischen Bar Mizwa, wörtlich "Gebotspflichtiger", Bezeichnung des Knaben, der das 13. Lebensjahr vollendet hat und erstmals in der Synagoge zur Lesung aus der Thora aufgerufen wird. Vergleichbar mit Kommunion und Konfirmation bei den Christen entstand der Brauch, diesen Vorgang mit einem Familienfest zu begehen. Siehe dazu auch bei *rijo* Judentum im Überblick von David Seldner.
- (88) Die Familie Kolb verließ Nürnberg am 27. August 1946 und gelangte über Zwischenstationen in München und Bremen am 17.01.1947 nach New York.

[S. 105]

[5] Das Rabbinat [1866 - 1945]

Die im Anfang in Nürnberg wohnenden Juden waren Mitglieder der seit Jahrhunderten bestehenden Israelitischen Kultusgemeinde Fürth. Nachdem in Nürnberg der Israelitische Religionsverein, bzw. die Israelitische Kultusgemeinde gegründet war, hatte die rabbinischen Funktionen der Fürther Rabbiner Dr. Loewi zu übernehmen. Dieser tatkräftige und energische Mann nahm lebhaftesten Anteil an der Entwicklung des jungen Gemeinwesens. Sein großes Wissen und seine unparteiische Stellungnahme in allen Fragen, die beide Gemeinden betrafen, wird immer wieder hervorgehoben.

Gar bald entstand der Wunsch ein eignes Rabbinat zu besitzen. Am 4. Januar 1866 wird bei der Bayer. Staatsregierung die Errichtung eines Distriktsrabbinats für den Stadtkreis Nürnberg beantragt und durch Regierungsentschließung vom 18. März 1866 genehmigt. Die Gemeindeverwaltung setzte für den Rabbiner ein Jahresgehalt von 2500 fl fest. Die Rabbinerstelle wur-

de ausgeschrieben, 37 Bewerbungen liefen ein, aber durch die Kriegsverhältnisse - Preußen gegen Bayern-Österreich - wurde die Rabbinerwahl mehrmals verschoben. Auch Streitfragen innerhalb der Gemeinde verzögerten die Anstellung eines Rabbiners. Der Synagogenbau hatte in der Zwischenzeit begonnen und beschäftigte die Gemüter; erst als im Jahre 1870 ein Artikel in der jüdischen Presse über den Synagogenbau und die nun akut werdende Rabbinerstelle erschien, trat die Angelegenheit wieder in den Vordergrund. 50 Kandidaten der orthodoxen und liberalen Richtung bewarben sich um die aussichtsreiche Stelle. Mehr als zwei Jahre währte der Wettstreit um diesen Posten. Landtagsabgeordnete, Staatsminister und Bundesratsmitglieder wurden als Fürsprecher von den einzelnen Bewerbern herangezogen, der Dichter Berthold Auerbach (89) und viele der seinerzeitigen großen Rabbiner versuchten ihren Einfluß für den einen oder anderen Kandidaten geltend zu machen. Die vielen privaten Empfehlungen und verwandtschaftlichen Verbindungen bewirkten dann noch, daß sich fast für jeden Bewerber eine Partei bildete. Von einigen maßgebenden Mitgliedern war der seinerzeit wegen seiner reformatorischen Bestrebungen bekannte hervorragende Kanzelredner Dr. Leopold Stein von der "Emanuel-Westend-Union" Frankfurt a.M. vorgeschlagen. Ein dicker Aktenband ist für und dagegen geschrieben worden. Steins Schrift: "Mein Dienstverhältnis" ist für die damalige brodelnde Entwicklung sehr aufschlußreich. Ein Gutachten des theologischen Seminars Breslau über einen anderen Bewerber (Ziemlich S. 67) gibt ein Bild der religiösen Sturmperiode um die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Am 28. Mai 1872 wird Dr. Moritz Levin [1843 - 1914] zum Rabbiner gewählt.

Nur 8 Jahre übte Dr. Levin sein Amt aus und widmete sich dann nur wissenschaftlicher Arbeit. Dr. Freudenthal gibt in seinem Werk einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit und über die Schritte, die die Gemeindeverwaltung unternommen hatte, um Dr. Levin der Gemeinde zu erhalten. Am 1. Juli 1881 übernahm Dr. Bernhard Ziemlich [1849 - 1907] das Rabbineramt. Auch diesem hochverdienten, von strengster Pflichterfüllung durchdrungenen und vom Schicksal schwergeprüften Manne widmet Dr. Freudenthal einen gebührenden Nekrolog. Dr. Ziemlichs Werk "Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg bis 1874" wurde häufig als Quelle für diese Schrift herangezogen. Auf Dr. Ziemlich folgte am 1. September 1907 Dr. Max Freudenthal [1868 - 1937], der vorher in Danzig als Rabbiner wirkte.

Die Persönlichkeit Dr. Max Freudenthals gab der Gemeinde ein neues Gepräge. Sein Feuergeist befruchtete alle Institutionen der Gemeinde, seine hervorragenden Predigten, in denen nicht nur die religiösen und geschichtlichen Belange des Judentums in tiefeschürfundsten Themen beleuchtet wurden, sondern auch alle Zeitereignisse gebührende Beachtung erhielten, waren auch in der rhetorischen Form Meisterwerke. Bis zum letzten Wort fesselte er seinen

Zuhörer und trotz des hohen geistigen Niveaus fand er allgemein verständliche Worte, die besonders in den letzten Jahren seines Wirkens den Gemeindemitgliedern Erhebung und Gottvertrauen einflößten. Seine große musikalische Begabung beeinflusste auch die Ausgestaltung der Gottesdienste. Dr. Freudenthals historische Werke und Schriften wurden in der ganzen jüdischen Welt bekannt und sein Buch "Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg 1874 - 1924" war das Rückgrat für die vorliegende Arbeit. Ein Mann mit solch hervorragenden Gaben des Geistes und der Rede fand auch die gebührende Beachtung in der Öffentlichkeit. Bei manchen großen Empfängen und Tagungen mußte er die Festrede oder das Hauptreferat übernehmen. Als kämpferische Natur stand er auch in vorderster Front in der Abwehr gegen die Angriffe auf das Judentum. Eine kleine Begebenheit in dieser Angelegenheit sei der Vergessenheit entrissen. Der Antisemitismus hatte um das Jahr 1920 in Nürnberg schon sehr starke Fortschritte gemacht. In einer vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens einberufenen öffentlichen Aufklärungsversammlung im größten Saale Nürnbergs hatten sich die Judengegner in großer Anzahl mit ihren prominenten Rednern eingefunden. Zwei dieser Herren wurden aufgefordert ihre in der Presse und in Versammlungen behaupteten [S. 107] Beschuldigungen hier unter Beweis zu stellen. Nahezu eine Stunde lang wurden nun unter dem Beifall der bestellten Radaumacher die wüstesten und verlogenen Anklagen der Versammlung vorgetragen. Am Schluß klagte der zweite Redner die Rabbiner, er benannte auch extra den Nürnberger Rabbiner, an, sie hätten durch dunkle Machenschaften fertiggebracht, viele Juden vom Frontdienst zu befreien. Auf diesen Anwurf hin trat Dr. Freudenthal aus dem Hintergrund auf die Rednerbühne mit den Worten: "Ich bin der Rabbiner von Nürnberg". Darauf wütendes Getrampel und Geschrei. Aber darauf war der Angegriffene gefaßt. Mit einer Stimme, die auch in die entfernteste Ecke drang rief er in den Saal: "Sie können schreien so arg Sie wollen, ich werde noch lauter schreien." Und tatsächlich immer stärker knallten die Antworten wie Peitschenhiebe in den Saal; immer schwächer war die Gegenseite zu hören und feige verzogen sich die Krakeeler einer nach dem anderen aus dem Lokal.

Auch später und selbst nach der Machtergreifung 1933 hat Dr. Freudenthal noch oft die Gelegenheit ergriffen mutig die jüdische Sache zu vertreten.

Leider zwang ein schweres körperliches Leiden ihn am 31. Mai 1934 sein Amt niederzulegen. Am 11. Juli 1937 ist er in München verstorben.

Rabbiner Dr. Isaak Heilbronn [1880 - 1943] wird am 6. Januar 1912 als weiterer Rabbiner angestellt. Über 27 Jahre wirkte Dr. Heilbronn in segensreicher Arbeit in der Gemeinde. Durch seine ruhige Art und seine nie versagende Herzensgüte erwarb er sich größtes Ansehen und die Liebe aller Gemeindemitglieder. In den schweren Jahren der furchtbaren Judenverfol-

gung hatte er sein verantwortungs- und gefahrvolles Amt in vorbildlicher Weise geführt. Bei dem Judenpogrom am 9./10. November 1938 mußte auch er mit einem Teil seiner Gemeindeglieder den schweren Gang in das Konzentrationslager Dachau antreten. Im Frühjahr 1939 verließ er unter großen Abschiedsschmerzen sein Arbeitsfeld und übersiedelte nach den USA. Er gründete mit Dr. [Leo] Baerwald (90) in New York eine München-Nürnberger Gemeinde, an die sich freudig alle ehemaligen Freunde anschlossen. Aber die Strapazen und Mißhandlungen des Konzentrationslagers hatten seine Gesundheit untergraben und so ereilte ihn mitten aus seiner segensreichen Tätigkeit nach wenigen Jahren ein früher Tod. Sein hochbegabter Sohn [Erich Heilbronn] mußte als freiwilliger Kämpfer für die Ehre und Freiheit des Menschentums [S. 108] an der italienischen Front für seine neue Wahlheimat den Soldatentod erleiden. Der schwergeprüften Gemahlin und Mutter wurde allseits die herzlichste Teilnahme entgegengebracht und besonders die noch in Nürnberg am Leben gebliebenen Freunde der Familie haben Frau Erna Heilbronn das tiefste Mitgefühl bekundet. In den Analen der Geschichte der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg hat die stille Fürsorgetätigkeit des Rabbinerehepaars Dr. Heilbronn ein unvergängliches Ruhmesblatt eingefügt.

Nach dem Ausscheiden von Dr. Freudenthal fiel die Wahl auf den jungen Rabbiner Dr. Hans Andorn [1903 - 1945]. Obwohl er nur etwas über 4 Jahre - 1. Juni 1934 bis 30. Sept. 1938 - in der Gemeinde wirkte, hatte er sich durch seine Tätigkeit in Schule und Gottesdienst die Zuneigung, ganz besonders der jüngeren Generation erworben. Zu seiner Berufung nach Den Haag beglückwünschten ihn alle seine Freunde, wenn auch sein Weggang allseits bedauert wurde. Mit seiner neuen Gemeinde ist auch Dr. Andorn mit Frau und Tochter von Holland aus in das Konzentrationslager Bergen-Belsen von den Nazibanditen verschleppt worden. Dr. Andorn konnte die Befreiung nicht erleben, seine junge Frau kehrte mit ihrem Töchterchen an den Ort ihres zerstörten Glücks in Den Haag zurück.

Der aus Nürnberg stammende Rabbiner Kurt Metzger [1909 - 1992], war bei den Ereignissen des 9./10. November aus seinem Wirkungskreis in Landau in der Rheinpfalz in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt worden. Nach seiner Entlassung kehrte er nicht mehr nach dort zurück und übernahm das verwaiste Rabbinat in seiner Heimatgemeinde bis auch er dem Drängen seiner Eltern nachgebend nach den USA auswanderte. Dort hat Rabbiner Metzger sehr bald seine rabbinische Tätigkeit aufnehmen können.

Lehrer Julius Neuberger [1905 - 1945], dem die Einrichtung eines gemeinsamen Gottesdienstes für die orthodoxen und liberalen Mitglieder zu verdanken ist, übernahm die rabbinischen Funktionen im Gottesdienst und konnte durch seine fesselnden Ansprachen und seine tiefe Religiosität der durch die im November 1941 beginnenden Verschleppungen immer kleiner

werdenden Gemeinde die innere Ruhe und dem schicksalsschweren Geschehen gegenüber eine äußerst würdevolle Haltung vermitteln. Neuberger wurde mit seiner 19jährigen Frau, seiner betagten Mutter und der Familie seiner Gattin nach Theresienstadt deportiert. Dort konnte er noch seine große Befähigung als Erzieher in einem Jugendheim und auch als Vorbeter unter Beweis stellen. Aber der Mordbefehl der Nazibanditen er- [S. 109] reichte auch ihn. Am Jom Kippur 1944 (28. September) konnte er noch den ganzen Tag am Gottesdienst teilnehmen und wurde in der gleichen Nacht von Theresienstadt nach Auschwitz weiterverschleppt. Ob er dort oder in einem anderen Lager den Tod erleiden mußte wird niemals mehr festgestellt werden können. (91) Seine junge Frau, die ein Kind unter dem Herzen trug, wurde drei Wochen später ebenso verschickt und ist 2 Tage nachdem sie einem Knaben das Leben geschenkt hatte mit ihrem Kinde im Konzentrationslager Bergen-Belsen bei Hannover im März 1945 eines unbekanntes Todes gestorben. (92)

"Schehumosu hen, scheneherku hen,
schenischehadu, ou nischr'fu, ou nidb'u,
ou nechn'ku al kidusch haschem." (93)

[S. 110]

[6] Gottesdienst und Synagoge

Der Gottesdienst wurde im Jahre 1858 im "Gasthaus zum weißen Lamm" nach der mittelfränkischen Synagogenordnung mit Lehrer Gumpert Fried abgehalten, nach Ankauf des Platzes am Hans-Sachs-Platz (zu jener Zeit Spitalplatz genannt) in einem umgebauten Betsaal mit ca. 200 Sitzplätzen.

Über den Bau der Synagoge ist an anderer Stelle ausführlich berichtet. (94) Mit Errichtung der Synagoge wird vom Rabbiner Dr. Levin ein neues Gebetbuch, das nur die allgemeinen Gebete enthält, eingeführt und der Gottesdienst wird fast ausschließlich von Kantor, Orgel und Herren- u. Damenchor ausgeführt. Zuerst sind im Erdgeschoß 600 Herrenplätze und auf den Galerien 400 Frauenplätze eingeteilt. Nach und nach müssen aber von den Plätzen im Seitenschiff 200 Männerplätze in Frauenplätze umgewandelt werden. Von diesen 1000 Plätzen waren mehr als 800 durch Ankauf bei Bau der Synagoge im Privatbesitz. Im Protokoll vom 7. Mai 1892 werden die Namen der Stifter von Thorarollen und Thoraschmuck genannt: Ludwig Weissenfeld (ist 1945 wieder aufgefunden worden) S.L. Gutmann, William Gütermann, Max Rosenbusch, Gebr. Weinberger, Sigmund Scherer, Max Friedmann, David Neumark, Salomon Weil, Rosa Guldmann, Ernst und Friedrich Tuchmann. Bemerkenswert ist, daß eine Thorarolle ohne Thoraschmuck nicht angenommen wurde.

Die starke Vermehrung der Gemeinde brachte es mit sich, daß die Synagogenplätze, die durch Tod oder Wegzug frei wurden, sehr im Preis stiegen. Während 2 Plätze beim Erwerb RM 500,-- kosteten, mußte man in den Jahren 1924 - 1930 bis zu RM 2500,-- für einen Sitz bezahlen. Die der Gemeinde gehörenden Plätze wurden alljährlich vermietet mit dem dauernden weiteren Anspruch, so daß jedes Jahr nur ganz wenige Plätze für neue Mieter zur Verfügung standen. Am Tage der Ausgabe gab es dann jedesmal einen Run auf diese Plätze. An den hohen Feiertagen war der Zutritt zur Synagoge nur mit Besitz- oder Mietausweis gestattet. Für die älteren Schüler und für Personen, die keinen Sitzplatz beanspruchten, wurden besondere Karten ausgegeben. Nach der Synagogenordnung durften nur schulpflichtige Kinder die Synagoge besuchen und es bedurfte heftiger Aussprachen als man, wenn auch nicht offiziell erlaubte, aber duldete, daß Kinder vom 4. Lebensjahr ab von den Eltern mitgenommen werden konnten. Im gemeindlichen Betsaal (mit Frauengalerie 200 Plätze) fand der tägliche Werktagsgottesdienst statt, der allerdings nur durch Anstellen von Minjanmännern (95) aufrechterhalten [S. 111] werden konnte. An den hohen Feiertagen wurde hier ein traditioneller Gottesdienst abgehalten.

In der Synagoge wurde außer an den Feiertagen alle 3 Wochen gepredigt. Die musikalische Durchführung wurde fast ausschließlich nach Lewandowski'schen Kompositionen (96) durchgeführt. Die Kantoren bis zum Jahre 1924 sind im Buche von Dr. Freudenthal eingehend geschildert, so sollen hier nur die Namen aufgeführt werden. Der erste Kantor der großen Synagoge war Josef Singer, der 1881 seine Tätigkeit nach Wien verlegte, ihm folgte Moritz Rosenhaupt und nach dessen Tod im Jahre 1902 Theodor Fränkel. Während der Amtszeit der Genannten wirkten noch Julius Friedmann, Max Manes und Josef Wormser als Kantoren. Am 30. Dezember 1930 wurde Theodor Fränkel im besten Mannesalter von einem schweren Leiden dahingerafft. Er hatte sich durch seine prachtvolle Stimme und seinen weihvollen Vortrag die Liebe und Verehrung aller Gemeindemitglieder erworben. Julius Kaufmann wurde am 1. August 1924 von Wiesbaden nach Nürnberg berufen. Durch sein hervorragendes musikalisches Können und seine virtuos gepflegte Stimme stand der Gottesdienst auf hoher künstlerischer Stufe. Kaufmann hat sich auch als Komponist liturgischer Gesänge und jüdischer Volkslieder einen Namen gemacht. Nach Weggang des letzten Rabbiners hat er dann auch bis zu seiner Auswanderung dessen Funktion übernommen und mit großem Bedauern sah ihn die Gemeinde scheiden.

Vom 1. Oktober 1931 ab wirkte gleichzeitig Max Scheuermann aus Offenburg als Kantor. Im Sturme hatte sich der jugendliche Sänger die Herzen der Nürnberger erobert, der sich auch außerhalb des Gottesdienstes bei Synagogenkonzerten und Kulturbundveranstaltungen gerne

zur Verfügung stellte. Seine Auswanderung nach USA im Oktober 1938 ließ eine fühlbare Lücke zurück. Der letzte Kantor Julius Neuberger fand bereits an anderer Stelle seine gebührende Erwähnung.

Alle Religionslehrer, die unter "Unterrichtswesen" [s.u.] verzeichnet sind, hatten turnusmäßig den Wochentagsgottesdienst durchzuführen, Max Schloßmann, Nathan Ehrenreich und Isaak Wormser hatten an den hohen Feiertagen ebenfalls Kantorendienste zu leisten.

Schon 1895 wurde wegen Raummangel über die Erbauung einer zweiten Frauenempore beraten. Das immer wieder auftauchende Projekt konnte aber wegen großer technischer Schwierigkeiten nie zur Ausführung kommen. Im gleichen Jahr wird für die Gasbeleuchtung eine elektrische Anlage mit über 300 Glühlampen an [S. 112] Kronleuchtern, Wandarmen und großen mehrarmigen Ständerlampen eingerichtet. Ab 1899 wurde alljährlich an den hohen Feiertagen ein Filialgottesdienst im großen Saale des Industrie- und Kulturvereins, einige Jahre auch im Herkulesaalbau abgehalten. Im Jahre 1900 wird im Protokoll ein Antrag auf Erwerb eines Grundstückes zum Bau einer zweiten Synagoge eingebracht. Die Abhaltung eines allwöchentlichen Jugendgottesdienstes wird am 27.12.1905 beschlossen. Die im Jahre 1874 eingeführten Reformen im Gottesdienst werden 1909 durch eine neue Synagogenordnung zum Teil wieder aufgehoben und der Antrag eingebracht, daß nur noch jüdische Männer und Frauen im Synagogenchor mitwirken sollen und es wird angeregt für den Gottesdienst einen Kinderchor heranzubilden. Eine besondere Kommission wird im April 1911 eingesetzt, um Mittel und Wege zu finden, dem Gemeindegesang beim Gottesdienst mehr Eingang zu verschaffen. Besonders geeignete Gesänge sollen ausgewählt werden und hauptsächlich sollen die Lehrer im Religionsunterricht ihre Schüler darin einweisen.

1913 zeigt sich die Notwendigkeit auch an Passah und Schebuoth (97) Filialgottesdienste einzuführen. Am 30. Juli des gleichen Jahres besucht Prinzregent Ludwig - nachmaliger König Ludwig III. - die Synagoge. Zur gleichen Zeit ist eine Neuauflage des Nürnberger Gebetbuches notwendig. Die ostjüdischen Vereine hatten schon mit Anfang des Jahrhunderts ein eigenes Betlokal. Im Jahre 1917 errichtet der Verein Achi-Eser einen größeren Gottesdienstraum. Von 1917 bis 1919 kann die Synagoge wegen Kohlenmangel in den Wintermonaten nicht mehr benützt werden, der Gottesdienst findet im gemeindlichen Betsaal statt. Die Verlagsfirma für das Gebetbuch meldet, daß die letzte Auflage nahezu vergriffen ist, die Verwaltung beschließt eine Neuauflage von 1000 Exemplaren in kleinerem Format in eigenem Verlag drucken zu lassen, die nach einem phototechnischen Verfahren hergestellt werden. Mit dem Anwachsen des Antisemitismus und trotz häufiger Belästigungen war immer ein sehr guter Synagogenbesuch festzustellen. Ab 1933 war kein Saal mehr für die Filialgottesdienste zu

bekommen und es fanden an Festtagen immer zwei Gottesdienste hintereinander statt. Der gemeindliche Sitzungssaal mit Nebenräumen sowie der Betsaal wurden ebenfalls mit herangezogen. Über den Abbruch der Synagoge und die weiteren Einschränkungen ist an anderer Stelle ausführlich berichtet.

Als Schames (98) fungierten seit 1874: Abraham Gump, Salomon Appel, Jakob Strimpel, Julius Isner, Philipp Braunschweiger und Max Oppenheimer.

[S. 112/1] Es ist mit Befriedigung festzustellen, daß die Juden in Nürnberg vielleicht als einzige in ganz Deutschland bis zum letzten Tag, ja bis zur letzten Stunde, ihre Gottesdienste abgehalten haben und daß auch nach dem Sturz des Nationalsozialismus von den wenigen Überlebenden die Einrichtung eines regelmäßigen Gottesdienstes als erstes unternommen wurde.

[S. 113]

[7] Unterrichtswesen

Das Unterrichtswesen hat Dr. Freudenthal in seinem Werk ausführlich geschildert, hier seien noch kurz die Zeit ab 1925 und die Namen der Lehrer, soweit noch feststellbar, erwähnt.

Im Jahre 1921 hatte der Verein Adas Israel eine jüdische Bekenntnisschule gegründet. Trotz großer Schwierigkeiten konnte sich diese Schule, wenn auch langsam, ständig weiterentwickeln als besonderes Verdienst des langjährigen Schulleiters Dr. Isaak Bamberger (99). Als auch finanzielle Schwierigkeiten auftraten, wurden von der Gemeindeverwaltung entsprechende Zuschüsse bewilligt. Die nationalsozialistische Gesetzgebung ordnete ab 1933 die Ausschulung der Juden aus allen Schulen an, nur die Kinder von Frontkämpfern aus dem Kriege 1914/18 durften noch in den höheren Schulen verbleiben. Die skrupellose Verhetzung von Lehrern und Schülern besonders in den höheren Lehranstalten brachte es fertig, daß die jüdischen Kinder nach und nach ausschieden und als am 10. November 1938 ein volles Verbot erlassen wurde, war [es] nur noch die Tochter des Verfassers als einzige Schülerin der letzten Klasse des Lyzeums, die auszuscheiden hatte. Die Bekenntnisschule von Adas Israel wurde am 1. April 1934 als Grundlage für die jüdische Volks- und Berufsschule benützt. Sechs Lehrer als staatliche Volksschullehrer hatten den Unterricht erteilt. Die bisherigen Religionslehrer der Gemeinde und einige neue Kräfte wurden der neuen Schule zugewiesen. Die Schule hatte 8 Klassen Volksschule, 3 Klassen Berufsschule und 3 weitere Aufbauklassen. Von der 5. Klasse ab wurde der Unterrichtsstoff den Mittelschulen gleichgestellt und besonders Fremdsprachen - Iwrith, Englisch und Französisch - gefördert. Für die Schule wurde ein fünfstöckiges Fabrikgebäude mit einem besonderen Bau für eine Turnhalle um einen jährli-

chen Mietzins von 7800,- RM gemietet. Die Gebäude selbst wurden mit einem Kostenaufwand von über RM 80000,- für die Schulzwecke umgebaut und der notwendige Lehrbedarf an Büchern, chemischen und physikalischen Apparaten, naturwissenschaftlichem Anschauungsmaterial usw. angeschafft, sowie eine Turnhalle mit den modernsten Turngeräten eingerichtet. Der Schule waren ferner angegliedert: Erwachsenenurse für alle Fremdsprachen, Schreibmaschinenschreiben, Kurzschrift, weibliche Handarbeiten u.a. In zwei eingerichteten Lehrwerkstätten wurden die Knaben theoretisch und praktisch in der Holz- und Metall- [S. 114] bearbeitung unterwiesen. Diese Lehrwerkstätten fanden eine große Erweiterung durch Umschulungskurse für Erwachsene, die so starken Zuspruch hatten, daß nicht alle Aufnahme-suche berücksichtigt werden konnten. Für die Auswanderungsförderung war es von besonderer Wichtigkeit, daß ein hochbefähigter Berufsschullehrer gefunden wurde, der den technischen Unterricht in englischer Sprache erteilen konnte. Die Volks- und Berufsschülerzahl stieg rasch auf über 500 und obwohl das Schulhaus über 1 Physiksaal, 1 Aula, 1 Handarbeits-, 1 Schreibmaschinentzimmer und außer 1 Schulleiter- und 1 Lehrerzimmer über 12 große Schulräume verfügte, reichte oft der Platz nicht aus. Aber noch schneller wie der Aufstieg, war von 1938 ab und naturgemäß bei den Verschleppungen der Verfall. Bei der durch Gesetz angeordneten Auflösung der jüdischen Schulen waren, wie schon an anderer Stelle geschildert, nur noch wenige Kinder aus Mischehen und ein Lehrer der Rest des so stolzen Werkes.

Nachfolgend die Namen der Lehrer, die in Nürnberg tätig waren, soweit dies noch festgestellt werden konnte. Rabbiner und Kantoren, die ebenfalls Unterricht erteilten sind bereits genannt. Nathan Adler, im Konzentrationslager Riga getötet; Dr. Isaak Bamberger; Max Bernheimer, im Konzentrationslager Theresienstadt verstorben; Jakob Blum; Mina Dickhoff, im Konzentrationslager Theresienstadt verstorben; Nathan Ehrenreich, im Konzentrationslager Riga getötet; Robert Einstädter, im Konzentrationslager Krasniczyn getötet; Frau Farnrog; Gumpert Fried; Frau Goldberger; Fräulein Dr. Hausdorf; Isaak Heinemann, 1869 - 1890 Sekretär; Emanuel Hess; Edmund Hirsch; Jakob Hönlein; Max Katz; Louis Kissinger; Werklehrer Karl Langstein; Isaak Gutmann; Berta May; Hermann Meier; Sebald Müller, im Konzentrationslager Riga getötet; Leontine Nachmann; Julius Neuberger, im Konzentrationslager getötet; Fritz Nußbaum, mit Frau und 6 Kindern in Polen [Izbica] getötet; Hanna Plessner, im Konzentrationslager Riga getötet; Ludwig Rafael; Lisl Rosenbaum; Dr. Martin Rosenblatt; Betti Rothschild; Moses Rülff, 1890 - 1930 Sekretär; Max Schloßmann; Dr. Marianne Schmidt; Artur Stern, Werklehrer, im Konzentrationslager Buchenwald gestorben; Jakob Stoll, Berufsschuldirektor Tannhauser; Louis Uhlfelder; Richard Wetzler, im Krieg 1916 gefallen; Ruth Wolfermann; Isaak Wormser, im Konzentrationslager Theresienstadt verstorben.

[S. 115]

[8] Friedhöfe

Am 9. April 1862 wurde der sogenannte Bleiweisacker an der Bärenschanzstraße als Friedhofsgelände angekauft. Die Verhandlungen mit den Grundstücksnachbarn und den Behörden sind ein ergötzliches Bild noch mittelalterlicher Ansichten: Luftverpestung der ganzen Umgegend, Brunnenvergiftung und sogar eine Beeinflussung des zu dieser Zeit beginnenden Eisenbahnbaues. Ein großes Aktenbündel war über diese leidliche Angelegenheit bis zur Vernichtung der Akten im Jahre 1943 vorhanden. Bis zum Jahre 1863 wurden die in Nürnberg Verstorbenen nach einem Vertrag auf dem Friedhof in Fürth beigesetzt. Die Gemeinde Fürth kündigte am 1. November 1863 diese Abmachung, so daß die Meinungsverschiedenheiten über Planung, Einzäunung, Baulichkeiten usw. sich schnell erledigen mußten. Jakob Hirsch Marschütz, aus Burghaslach gebürtig, wurde als erster am 28. Februar 1864 beerdigt. Bis zur Schließung des Friedhofes waren dort 2225 Personen bestattet worden.

Bereits 1895 wurde in den Sitzungen über den Ankauf eines weiteren Friedhofgeländes beraten, aber erst im Jahre 1905 erwarb die Gemeinde nördlich der Pegnitz an der Schnieglinger Straße im Tauschwege von der Stadt ein geeignetes Grundstück, 1910 und 1916 wurde noch angrenzendes Gelände dazugekauft, so daß ein Areal von über 4 ha zur Verfügung stand. Wegen Grundwasser mußte der größte Teil des Geländes bis zu 2 m mit großen Kosten aufgefüllt werden. Am 10. Mai 1910 wurde dieser Friedhof eingeweiht, die erste Beerdigung ist Henriette Levy. Auf diesem Friedhof ist auch am 12. November 1922 das Ehrenmal mit den Namenstafeln für die im Weltkrieg 1914/18 gefallenen 179 Söhne der Gemeinde errichtet worden. Um das Einsinken der Grabsteine zu verhüten, wurde bei jedem Grab vor der Beerdigung von der Grabsohle aus ein Fundament eingemauert. Hierdurch wurde auch das oft zu Unfällen führende Aufgraben bei der Grabsteinsetzung vermieden. Sehr gut hat sich das Selbsteinschätzungsverfahren in 6 Klassen für die Beerdigungsgebühren (seit 1. Januar 1922) bewährt.

[S. 116] Durch besondere Vorschriften und Einwirkung auf die Gemeindemitglieder war es möglich, daß Grabsteine wenigstens in den Ausmaßen nicht zu stark von einander abweichen und es wurde erreicht, daß der Friedhof durch entsprechende Anpflanzungen einen friedvollen, harmonischen Eindruck macht. Unbemittelten Personen wurde von der Gemeinde ein passender Gedenkstein gesetzt. Für die Aufstellung von Aschenurnen wurde ein besonderer Urnenhain geschaffen. Um den Kohanim (100) den Besuch von Trauerfeiern zu ermöglichen, wurde später ein besonderer Anbau geschaffen. Bis Mai 1946 waren 2834 Personen erdbestattet und im Urnenhain 150 Aschenurnen aufgestellt.

Wie bereits im allgemeinen Bericht angegeben, mußte im Februar 1943 alles Metall auf den jüdischen Friedhöfen gesammelt werden. Wenn dies nur Grabgitter und Einfassungen betroffen hätte, wäre fast ausschließlich der alte Friedhof betroffen worden, denn seit Jahrzehnten waren nur Stein- oder Gewächseinfassungen angelegt worden. Aber es mußten alle Metallnamensplatten, Urnengefäße und sogar die auf den Steinen angebrachten einzelnen Buchstaben entfernt werden, so daß die Feststellung nur noch an Hand des Friedhofgrundbuches möglich ist. Schon vor 1933 wurden in beiden Friedhöfen von ruchlosen Händen Grabsteine umgeworfen, nach der Machtergreifung durfte nicht einmal eine Anzeige gemacht werden. Der schwere Luftangriff auf Nürnberg am 2. Januar 1945 hat auch in den beiden Friedhöfen schwere Schäden angerichtet. In den Gebäuden an der Schnieglinger Straße waren bei vorhergehenden Angriffen durch Luftdruck die meisten Fenster, auch die herrlichen Buntglasscheiben in der Versammlungshalle, zerstört und die Dächer schwer beschädigt worden. Am 2. Januar hat eine Bombe 6 Gräber vollständig vernichtet und eine erhebliche Anzahl von Grabsteinen beschädigt. In der Bärenschanzstraße wurde das Verwaltungsgebäude restlos zerstört und drei weitere schwere Bombentreffer haben mehrere hundert Grabstätten vollständig zerstört, eine genaue Feststellung war noch nicht möglich. Mehr als 1000 Grabsteine waren umgeworfen und zum Teil schwer beschädigt. Auf dem neuen Friedhof wurde sofort nach dem Waffenstillstand von der Friedhofverwaltung mit den Aufräumarbeiten begonnen, von Seiten der Stadtverwaltung sind nun die noch erhaltenen Grabsteine wieder aufgestellt worden. Die großen Bombentrichter im alten Friedhof sind aufgefüllt worden. An Stelle des Verwaltungsgebäudes wird von privater Seite ein einfacher Notbau errichtet. Die Instandsetzung der Grabstätten soll im Laufe des Sommers 1946 erfolgen. Als Bestattungsbeamte waren tätig: Harburger, Julius Goldschmidt, Jakob Mühlhauser mit Familie in Auschwitz getötet und Jakob Tessler. Als Verwalter der Friedhöfe waren nacheinander tätig: Walter Rosenbaum, Julius Klein und Paul Baruch.

[S. 118]

[9] Gemeindliche Institutionen und Vereine (101)

Kurz nach der Gründung der Gemeinde wird am 4. April 1860 der "Israelitische Wohltätigkeitsverein für Krankenpflege und Sterbefälle" ins Leben gerufen. Drei Jahre später wird ein "Frauenwohltätigkeitsverein" gegründet und fast zu gleicher Zeit ein "Armenunterstützungsverein", der sein Hauptaugenmerk der Betreuung der Wanderarmen widmete. 1873 wurde ein Verein für Fürsorge für hilfsbedürftige Waisen (später und Witwen) errichtet. Lazarus Schwarz und seine Gattin Bertha standen schon seit Jahren in vorderster Reihe der Fürsorge.

Mit der Errichtung der "Lazarus und Bertha Schwarz'schen Altersversorgungsanstalt" mit einem Kapital von RM 400000,- und noch weiteren Zustiftungen wurde eine vorbildliche und segensreiche Einrichtung geschaffen. Die Kultusgemeinde vergrößerte im Jahre 1929 die Anstalt durch einen modernen Anbau. Die Pflege jüdischer Kranker übernahm im Jahre 1900 der "Verein für jüdische Krankenpflegerinnen", der durch Stiftung ein eigenes Schwesternheim in der Feldgasse besaß. 1931 konnte der Verein auf einem eigenen Platz an der Wielandstraße einen Neubau errichten, der im Laufe der Entwicklung auch zu einem Altersheim umgewandelt wurde. Dieses Haus, das nach der Auflösung der Gemeinde beschlagnahmt wurde, dient, nachdem es von der Stadtverwaltung renoviert und möbliert wurde, den aus den Konzentrationslagern Zurückgekehrten als Wohnheim und auch das Gemeindebüro ist darin untergebracht. (102) Für berufstätige Mädchen sorgte die im Jahre 1903 gegründete Stiftung von Max und Elise Heim "Israelitisches Mädchenstift". Die Tradition der obengenannten Familie Schwarz setzten der Neffe Adolf Schwarz und seine Frau Julie durch weitere Stiftungen fort. Die "Israelitische Kinderheilstätte" in Bad Kissingen und das "Kindererholungsheim Forth" bei Nürnberg sind deren Schöpfung.

Mehrere orthodoxe und ostjüdische Wohltätigkeitsvereine [wie] "Esras Noschim", "Gemillus Chassodim" usw. widmeten sich besonderen Aufgaben. Für die geistige Förderung sorgte der "Neutrale jüdische Jugendverein", der ortho- [S. 119] doxe Verein "Esra Jugend", "Achi-Eser" und die "Zionistische Ortsgruppe". Ein wichtiger Erziehungsfaktor im jüdischen Leben war der "Jüdische Turn- und Sportverein Bar Kochba", später "Itus Nürnberg" genannt. Durch uneigennütigen Einsatz der Leitung des Vereins war es möglich, allen Gemeindemitgliedern jeden Alters und beiderlei Geschlechts die Segnungen einer vernünftigen Gesundheitspflege in der Halle und auf dem Sportplatz zu vermitteln. Der Verein - bis zu 800 Mitglieder - spielte auch in der allgemeinen Sportbewegung eine beachtenswerte Rolle. Sowohl in Einzelsportleistungen als auch bei Vereinswettkämpfen und im Ballspiel waren die Mitglieder immer unter den Besten. Im Zeichen des Abwehrkampfes schlossen sich die Frontkämpfer 1914/18 im "Reichsbund jüdischer Frontsoldaten" schon im Jahre 1919 zusammen. Während der Jahre 1920 - 1933 hatten die Mitglieder häufig Gelegenheit in der "Hochburg des Antisemitismus" tätig einzugreifen und durch entsprechende Vorkehrungen Belästigungen und Beunruhigungen der Gemeindemitglieder hintanzuhalten. Hierbei sei bemerkt, daß von Nürnberg rund 1000 Männer Frontdienst geleistet haben. Dr. Walter Freudenthal und Hermann Heimann erhielten die höchste bayerische Kriegsauszeichnung, die Bayerische Tapferkeitsmedaille. 181 Männer sind nicht zurückgekehrt, von zwei Familien waren je drei Söhne gefallen.

Der erste Rabbiner Dr. Levin gründete schon 1877 eine Gemeindebibliothek, die durch die Stiftung von mehreren tausend Bänden Hebraica von Rabbiner Dr. Bernhard Ziemlich zu einer wertvollen und vielbenützten Institution wurde. Nach 1933 fanden mehrfach Beschlagnahmen durch die Gestapo statt, so daß viel wertvolles Material weggeschafft wurde. Die Restbestände bei Auflösung der Gemeinde im Juni 1943 wurden ebenfalls von der Gestapo übernommen. Nach Rückkehr aus dem Konzentrationslager konnte in vieler Kleinarbeit nicht nur ein Teil der früheren Bibliothek in verschiedenen Räumen des "Stürmers" aufgefunden werden, sondern es wurden auch in diesem "Streicherarchiv" mehrere tausend hebräische Bücher, die aus ganz Europa zusammengestohlen waren, entdeckt und sichergestellt. Dazwischen befand sich auch wertvolles jüdisches [S. 120] Kultusgut, wie Thorarollen, -schmuck, -vorhänge, Megilloth (103), Schofarim (104) usw. Diese unschätzbaren Werte dem Judentum wieder zugänglich zu machen, ist eine dankbare Aufgabe für alle Berufenen. (105)

Fußnoten

- (89) Berthold Auerbach, geb. 28.02.1812, gest. 08.02.1882, großdeutsch gesinnter Dichter, Werke u.a. "Schwarzwälder Dorfgeschichten" und programmatische Schriften zum Judentum.
- (90) Dr. Leo Baerwald (1883 - 1970), von 1918 bis zu seiner Emigration 1940 Hauptrabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde in München.
- (91) Siehe Fn. 2.
- (92) Siehe Fn. 1.
- (93) Zitat aus einem traditionellen hebräischen Gebet für die Märtyrer des Judentums, übersetzt:
 (Möge sich der Herr erinnern)
 der Seelen der Heiligen und der Reinen
 die getötet wurden, ermordet, abgeschlachtet, verbrannt, ertränkt und erwürgt
 für die Heiligung des Namens.
 (aus dem Englischen nach Textfassung auf der Website der Orthodox Union)
- (94) Siehe Kapitel 4.1.
- (95) Siehe Fn. 44.
- (96) Louis Lewandowski (1821-1894) erhielt seine musikalische Ausbildung in der Kompositionsklasse der Berliner Akademie der Künste. Im Jahre 1840 wurde er zum königlich preußischen Musikdirektor ernannt. Viele Jahre wirkte er als Dirigent der Synagogenchöre der jüdischen Gemeinde Berlins. Neben zahlreichen Kompositionen für Orchester, Chor und Kammermusik hat er sich ganz besonders um die Erneuerung der synagogalen Musik verdient gemacht. Anlässlich der Einweihung der Hauptsynagoge beauftragte die Nürnberger Gemeinde Lewandowski mit der musikalischen Gestaltung der gesamten Liturgie (s.a. Biographie von Heinz Freudenthal bei *rijo*).
- (97) Siehe Fn. 70.
- (98) Synagogendiener

- (99) Dr. phil. Isaak Bamberger (1874 - 1950), 1921 - 1939 Leiter der Religionsschule der Adas Israel, 1939 Emigration nach Palästina.
- (100) Daß die Person Gottfried Stammler deutlich kritischer bewertet werden muß, als dies Kolb tut, belegt seine Rolle z.B. bei dem von ihm vermittelten Erwerb von Kunstgegenständen aus jüdischem Besitz durch die Stadt Lauf (s. Schilderung bei *rijo*). Allgemein zu Stammers Sammlungstätigkeit s. Gerhard Renda: Judaica im Heimatmuseum - die Geschichte einer Bewahrung. In: Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums 1989, S. 49 - 56.
- (101) Siehe dazu auch bei *rijo* Jüdische Vereine in Nürnberg vor 1945.
- (102) Nach Errichtung des neuen Gemeindezentrums wurde das Haus Wielandstraße 6 Anfang der 1980er Jahre verkauft und abgerissen.
- (103) Siehe Fn. 77.
- (104) Hebräisch (Sing. Schofar), Blasinstrument (Widderhorn), das im Gottesdienst beim jüdischen Neujahrsfest und am Versöhnungstag Jom Kippur Verwendung findet.
- (105) Der Verbleib dieser von Bernhard Kolb 1945 "sichergestellten" Bücher aus der Bibliothek der Vorkriegsgemeinde bzw. von Juden aus dem gesamten von den Nazis besetzten Europa sowie der Umgang mit ihnen ist eine der interessantesten offenen Fragen der lokalen Zeitgeschichte. Vgl. dazu u.a. Rainer Büschel: Kritik und Schweigen. "Spuren und Fragmente" im Zwielight. In: plärrer Nr. 11 (November 2002), S. 18 f., und Alexander Mayer: Kontraste: Raubkunst in Nürnberg und Fürth. In: Fürther Altstadtbläddla Nr. 37 02/03, S. 3 - 8. Der vielgelesene Text bei *rijo*, der die Diskussion über dieses Thema auslöste, mußte nach Drohungen des Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg gegen den Autor im Juli 2002 von der Website genommen werden.

[S. 121]

[10 Anhang]

[10.1] Mitglieder der [Gemeinde-] Verwaltung ab 1925, soweit noch feststellbar

* Salomon Aufhäuser	* Albert Fechheimer	* Richard Jung
* Josef Aufseeßer	* Salomon Federlein	* Chaim Katz
* Dr. Isaak Bamberger	* Dr. Hermann Gessner	* Dr. Theodor Katz
* Ernst Bechhöfer	* Moritz Götz	* Leo Katzenberger
* Dr. Walter Berlin	* Fritz M. Goldschmidt	* Adolf Krämer
* Nathan Bonné	* Julius Graf	* Max Lamm
* Else Dormitzer	* Max Guckenheimer	* Dr. Leopold Landenberger
* Heinrich Engel	* Dr. Sigmund Held	
* Dr. Michael Erlanger	* Betty Hesselberger	* Chaim Landmann
* Paula Erlanger	* Adolf Hichenberg	* Julius Löffler
* Josef Falk	* Stefan Hirschmann	* Sigmund Mainzer

* Ludwig Metzger	* Dr. Fritz Rosenbaum	* Martin Stahl
* Otto Metzger	* Adolf Rosenthal	* Martin Stiebel
* Ludwig Mosbacher	* Ludwig Rosenzweig	* Dr. Max Strauß
* Bernhard Münz	* Max Salzer	* Dr. Hans Teutsch
* Dr. Julius Nürnberger	* Oskar Schwarzmann	* Martin Thurnauer
* Dr. Meinhold Nußbaum	* Emil Spaeth	* Heinrich Ullmann
* Julius Ottenstein	* Dr. Ernst Spitzer	* Siegfried Weinberger

[S. 122]

[10.2] Verzeichnis der Stiftungen [1867 - 1931]

[10.2.1 Für die Kultusgemeinde]

[Jahr]	[Stifter(in)]	[Stiftungsbetrag (soweit nicht anders angegeben in RM)]
1867	Salomon Tuchmann	1000 fl
1874	Jakob Kann Dr. W. Königswarter	1000 fl 1250 fl
1884	Mayer & Babette Obermayer	31000
1886	Maier & Marie Frankenschwert	5000
1887	Alice Schnebel Max Hirschmann Emil Kohn	3000 6000 1000
1891	Simon & Jeanette Strauß Alexander Heim	6000 8400
1893	Ignatz Schnebel	1000
1894	Moritz Forchheimer Max Friedmann Moritz Frieß	3000 2000 1000
1895	Josef & Jeanette Schwarz Heinrich Hellmuth	500 1500
1896	Hans Wendriner Moritz Thurnauer	5000 10000
1897	Leopold & Jeanette Alexander Heinrich & Getta Hellmuth Lazarus & Bertha Schwarz: Altersversorgungsanstalt Wohltätigkeitsstiftung	5000 1500 40000 124000
1898	Sara Brandeis	500

	Bella Weil Ignaz Sulzbacher Alfred Wassermann	1000 1000 2000
1899	Sara Reinemann Karl Michaelis Jenny Tietz Josef & Jeanette Schwarz Jakob May	1500 1000 5000 7000 3000
1900	Max Heim Mädchenstift Alice Schnebel Ignaz Schnebel Julius Bernet Simon Schloß Lehmann Aischberg Sara Reinemann Ludwig & Emma Held Max Heim	150000 1000 500 1000 500 1000 1500 30000 5000
1901	Julius Tietz Emilie Bloch Ignatz Lang Dr. Joseph Mohr Kommerzienrat Ludwig Ritter von Gerngros Anton Mittelberger Albert Ottenstein Bernhard Thurnauer Martin Meyer	Trauhimmel 20000 10000 4000 5000 5000 1000 1000 1000
1902	Max & Elise Heim Simon & Jeanette Forchheimer Salomon Weil Henriette Bing Salomon Forchheimer Hugo & Johanna Silbermann Martin & Regina Fehcheimer	25000 10000 1000 1500 1000 2000 12000 Kronen
1903	Abraham Lebrecht Salomon & Sophie Weil Pickert Alice Brandeis Jonas & Ida Bamberger	4000 6000 200 fl 5000 10000
1904	Salomon Forchheimer Adolf Kohn	25000 3000
1905	Moritz Frieß Emmy & Johanna Ziemlich Friedrich Rosenfeld	1500 7000 2000
1906	Rosa Bergmann Milly Gerngross Löwengart Heim	2000 2500 700 5000

	Frieß Lust Obermayer	1000 500 1200
[S. 123] 1907	Jacob & Minna Baermann Wilhelm & Lina Hopfmann	2000 1200
1908	Justin Erlanger Leopold & Auguste Hirschmann	2000 4000
1909	Moses Erlanger Georg Forchheimer & Lazarus Ansbacher Kommerzienrat Ernst Tuchmann David Sondhelm	2000 600 10000 1000
1910	Moritz & Jette Frankenthal Sabine Lang Levi & Therese Monsheimer Julie Weglehner Samuel Kaufmann Martin Lebrecht Justin Ottenstein	5000 5000 4000 1000 1000 6500 1000
1911	Sophie Greif Else Obermayer	1000 2000
1912	Jette Aischberg Anton Hahn Jette Aischberg Moritz & Klara Thurnauer Rose Erlanger Gustav Jondorf Emma Lebrecht Heinrich & Mina Hirschmann	2000 600 50000 5000 1000 10000 5000 10000
1913	Salomon & Sophie Weil Max Erlanger Max Kohn Julius Schönberg Lina Seidenberger Bernhard Thurnauer	2500 1000 10000 1000 2000 2000
1914	Max Josef Tuchmann Bernhard & Elise Lang Philipp Gerngross Samuel Bloch	1000 4000 1200 25000
1915	Sammlung für Notleidende Marie Gärtner Justin Steinacher Karoline Steinacher Max Lehmann Heinrich & Phil. [?] Weil Regine Steinberger Theodor Gärtner Lina Reichelberger	23000 1000 1000 1000 3000 1500 1500 1000 1000

	Hirsch & Therese Falk Sophie Kissinger Otto Gutmann Ignatz & Sabine Lang Otto Gutmann Benno Obermeyer Samuel Gärtner Julius Feistmann Gustav Rieser Dr. Bernhard & Berta Ziemlich	2000 1000 1000 5000 1000 3000 1000 1000 1000 10000
1916	Rosa Gern Julie von Gerngros Moritz Kaumheimer Stefan Wortsmann Justizrat Heinrich & Sofie Hahn Samuel & Pauline Leopold Salomon & Sofie Weil	1000 2000 1000 1800 5000 2000 1000
1917	Julius Schönberg Lazarus Ansbacher Moritz Gombrich Jakob Steinlein Ignatz & Sabine Lang Marie Gärtner Heinrich Steiner	30000 1000 2000 3000 5000 1000 10300
1918	Georg & Julie Weglehner David Gallinger Joseph & Juliane Schwarz Moritz & Fanny Aal Simon & Jeanette Strauß Simon & Jeanette Forchheimer Richard Friedmann Bettina Wolff Irma Wassermann	3200 1000 1000 3000 12000 5000 2500 5000 1500
1919	Bernhard Frohmann Wolf & Mathilde Felheim Bertha Liebmann Lazarus & Therese Kohlmann Edith Schön Oskar & Salomon Bing Max Meinhardt Heinrich Steinhardt Josef & Mathilde Hönigsberger Ida Liebmann Paula Hesselberger Charles & Pauline Beck	1000 1100 1000 1000 1000 3500 1000 1000 2000 1000 10000 30000
[S. 124] 1920	Held-Rosenbaum Oberndorfer Josef Rosenbaum	4900 3000 1000

	Sofie Neuburger	1000
	Michael & Amalie Schnebel	2600
	Isaak & Kathi Aal	1000
	Simon & Rosa Kohlmann	1500
	Hermann & Lina Erlanger	10000
	Ida & Frieda Rosenthal	2000
	Louis & Karoline Guckenheimer	2000
	Babette Aufseeßer	1000
	Lazarus Ansbacher	1000
	David Hutzler	1000
	Regine Stern	1000
	Heinrich & Elise Wassermann	10000
	Jenny Steinacher	1000
	Lina Steinacher	1000
	Deutsch-Israelitischer Landesverein New York	1000
	Alfred & Elly Guckenheimer	10000
	David Gärtner	2000
	S. & R. Steinacher	2000
	Sigmund Marschütz	3000
	Stefan Bauer	10000
	Paula Hesselberger	3000
1921	Isaak & Lina Lautmann	3000
	Minna Lamm	2000
	Rosa Eichbaum	2000
	Robert Rosenbaum	5000
	Ignatz & Sabine Lang	10000
	Jakob & L. Rosenthal	10000
	Abraham & Fanny Boscowitz	4000
	Michael Reif	3000
	Lothar Bauer	5000
	Max Regensburger	2000
	Netti Wolff	6000
	Rosa Manes	6000
	Emanuel Götz	2000
	Isaak Landauer	2000
	Moritz & Karoline Hammelbacher	4000
	Isaak & Helene Langstadt	10000
	Isaak & Sofie Guckenheimer	10000
	Ernestine Bauer	2000
	Helene Marchew	3000
	Isaak & Helene Langstadt	40000
1922	Adolf Manes	6000
	Etta Jacobsohn	3000
	Ida Rosenthal	6000
	Marie Saemann	6000
	Josef Neuburger	6000
	Isaak Frankenburger	100000
	Josef Neuburger	2000
	Philipp Kramer	6000
	Jakob & Jette Regensteiner	15000

	Theodor Kirschbaum Heinrich Mayer Anton Wilmersdoerfer David Levite Adolf W. Lichtenstädter Nathan Felheim David Weilheimer Samuel Rebitzer Hirsch & Hanna Bauer	6000 6000 6000 12000 10000 10000 30000 6000 12000
1923	Justin & Jeanette Haas Moritz & Recha Goldschmidt Emil & Paula Lorch Josef Wilmersdörfer Th. [?] Dünkelsbühler Arnold Weinstock Therese Kohlmann Daniel Lauer Adolf & Jeanette Frankenschwert Sara Neu Adolf Braun Ida Abraham Julius Rieser Anton Wilmersdoerfer Jacob & Lina Steinacher Elisabeth Heimann Julius & Klara Baer Wilhelm & Frieda Gutmann Leopold Rosenbaum Dr. Stefan Wortsmann	10000 12000 10000 10000 88000 12000 100000 10000 50000 100000 100000 50000 16000 16000 200000 50000 20000 100000 30000 50000
Juni [1923]	Ida Abraham Th. [?] Dünkelsbühler Max Seidenberger Justin & Salie Ottenstein	100000 900000 250000 100000
Okt. [1923]	Karoline Weilheimer	50000000
1924	Mina Sulzbacher Sigmund Regensburger Daniel Kahn Josef Schwarz Josef Aischberg	1000 1000 1000 1000 1000
1925	Heinrich Ullmann Jakob Aufseeßer Pauline Jakob Hugo Midas	1000 1000 1000 3000
1926	Otto Jondorf J. & C. Bamberger Julie Gombrich	2000 4300 1000
[S. 125] 1927	Nathan & Mathilde Felheim	1000

	Jacob & Jette Regensteiner Eduard & Anna Hopf Hermann Mosbacher Betti Bernheimer Anna Luise Rosenthal Wilhelm Ullmann Moses Bauer Marx & Betty Gütermann	10000 5500 1000 4000 1000 1000 1000 13000
1928	Max Priester Joseph Friedmann Kommerzienrat Theodor & Frieda Kirsch- baum Moritz Beselau Max Lamm Amalie Frohmann	3000 1500 10000 500 500 500
1929	Kurt Levy Robert Ottensooser Emanuel Gerngross Adolf W. Lichtenstaedter Max Stern Adelheid Maienthau Sabine Ullmann Josefine Landauer Heinrich Heymann	20000 1000 1400 1000 28000 1000 1000 1000 1000
1930	Ignatz & Hannchen Mayer Gabriel Stern Stefan & Marta Hirschmann Fanny Rosenthal August Ney	1000 3000 1000 1000 47000
1931	Ludwig Rosenzweig Ignatz & Sabine Lang Salli Federlein Sigmund Lamm Stefan & Marta Hirschmann Cilli Prager Dr. Max & Else Freudenthal	3500 4000 1000 1000 1000 1000 2000

Die Stiftungen vom Jahre 1933 ab konnten nicht mehr festgestellt werden.

[10.2.2 Für die Allgemeinheit]

Von vielen großen Stiftungen, die Nürnberger Juden für die Allgemeinheit gemacht haben, konnten noch festgestellt werden:

Sophie Kohn zur Gründung eines Polytechnikums	10000 fl
Georg & Julie Weglehner für pharmazeutische Studierende	25000 RM

Ernst Tuchmann Stiftung

700000 RM

David & Pauline Hesselberger Stiftung

ca. 100000 RM

*[Nachtrag S. 1]***[10.3] Tagebuchfragment aus dem Jahre 1943****[10.3.1] Der Schlußakt in Nürnberg**

9.6.1943. Erster Schewbuothtag. (106) Trotz Verbot der Abhaltung von Gottesdiensten durch die Reichsvereinigung war es mit Einverständnis der Geheimen Staatspolizei möglich, allwöchentlich Freitagabend und Sabbatmorgen regelmäßig und an den Festtagen vollen Gottesdienst abzuhalten. Für das Schebuothfest hatte ich das Gottesdienstzimmer mit den alten Thoraschrankvorhängen, Thoramäntelchen, Thoraschildern und Aufsätzen, großen und kleinen Leuchtern sowie mit frischem Grün und Blumen geschmückt.

Früh 8 Uhr werde ich angerufen, daß ich am Vormittag bereit sein sollte, da Beamte der Gestapo in die Geschäftsräume der Kultusgemeinde kommen werden. Während des Gottesdienstes kam dann der Bescheid, daß die Besprechung erst am folgenden Tag stattfinden werde.

10.6.1943. Bei Beginn des Mussafgebetes (107) werde ich gerufen, die Beamten seien angekommen. Es wurde mir eröffnet, daß die Reichsvereinigung mit allen ihren Organisationen aufgelöst sei. Ich habe in kürzester Zeit eine genaue Aufstellung über Vermögen, Mobiliar und Inventar der Verwaltungsstelle Nürnberg zu liefern. Es ist alles beschlagnahmt. Weiter seien alle Geschäftsführer in Haft zu nehmen. Nachmittags 5 Uhr wurde mir mitgeteilt, daß in Anbetracht der jahrelangen Vertrauensstellung von einer Polizeihaft abgesehen werde; ich sollte mich entweder in den Geschäftszimmern zu den Abwicklungsarbeiten oder in meiner Wohnung aufhalten.

12.6.1943. Abends 6 Uhr werde ich von der Gestapo zur Schutzhaft abgeholt, da eine neuerliche Weisung aus Berlin dies aufs Strengste anordnet. Die Haft würde jedoch nur bis 15.6. früh 1/2 8 Uhr dauern. Im Gefängnis [...], wo ich mit dem Ge- *[Nachtrag S. 2]* schäftsführer von Fürth, Herrn Julius Früh, zusammenkam, hatten wir auf Weisung der Gestapo alle Erleichterungen wie Erlaubnis zum Rauchen, Lesen, Kartenspielen, Selbstverpflegung durch die Familie und keine Kontrollen. Im Gefängnis erfuhr ich, daß nach der Haftentlassung unsere Evakuierung in den nächsten Tagen erfolgen wird.

15.6.1943. Pünktlich um 7.30 [Uhr] werden wir von der Gestapo aus der Haft abgeholt und ins Polizeipräsidium begleitet. Hier erfahren wir, daß wir am 17.6. früh 8.30 Uhr nach Fürth

(ehemaliges Waisenhaus) zur Evakuierung antreten müssen. Die Büroräume konnte ich nicht mehr betreten, die noch nicht gefertigten Aufstellungen fertigte ich in der Wohnung an.

[10.3.2] Weg in die Fremde

17.6.1943. Wir fahren um 8.30 Uhr [Uhr] mittels Möbelwagen mit unserem Gepäck nach Fürth. Außer der eigenen Familie - Ehefrau, Sohn, Tochter, Schwiegersohn und dessen Mutter - waren nur noch zwei Personen - Johanna Schwarz, Rudolf Schick - zur Evakuierung in Nürnberg vorhanden, die ebenfalls mitgenommen wurden. In Fürth wurden dann zwei Transporte - Osten und Theresienstadt - zusammengestellt. Schon früher wurde mir von der Gestapo die Versicherung gegeben, daß meine Familienangehörigen mit mir zusammen evakuiert werden, auch Frau Hedwig Neuberger [Mutter von Julius Neuberger, dem Schwiegersohn von Bernhard Kolb]. Zum Transport Theresienstadt wurden ferner eingeteilt: Julius Früh und Frau, Isaak Wormser und Frau, Paul Seligmann und Frau, deren Mutter Frau Goldmann und Tante Frl. Ballin, Frl. Eckstein (früher Bamberg) und eine Anzahl in Fürth wohnender Beamten (Krankenhaus), im ganzen waren es 25 Personen. Ungefähr die gleiche Anzahl kam zum Ostentransport. Abends gegen 8 Uhr wurden mit unserem Möbelwagen zuerst das Gepäck - Kontrolle fand schon im Heim statt - und dann die Personen zur Verladerampe gefahren. Aus Würzburg waren dort bereits zwei Wagen - ebenfalls Theresienstadt und Osten - eingetroffen. Für Theresienstadt waren es nur 36 Personen, die mit ihrem Gepäck in einem Wagen untergebracht wurden. Zwei Wagen gingen nach dem Osten (Auschwitz). Unser Wagen wurde die Nacht über auf dem Haupt- *[Nachtrag S. 3]* bahnhof Nürnberg hinterstellt. Das Gepäck war von unserem Arbeitsdienst sehr gut im Wagen verstaut, auch drei zusammenlegbare Stühle, die wir aus der Wohnung mitgenommen [hatten], waren zu unserer großen Freude nicht vergessen. Nachzutragen ist noch, daß sich alle unsere Hausbewohner in der rührendsten Weise verabschiedeten.

18.6.1943. Evakuierungstag. An den fahrplanmäßigen Personenzug Nürnberg - Eger wurde unser Wagen angehängt und über Marktredwitz - Karlsbad - Aussig ging es nach der für Theresienstadt zuständigen Bahnstation Bauschowitz. Wenige Tage vorher war die von den Juden erbaute Bahnstrecke nach Theresienstadt fertiggestellt worden. In Bauschowitz wurden wir vom Lagerkommandanten Dr. [Siegfried] Seidl und tschechischer Gendarmerie übernommen. Wir hatten aufgehört freie Menschen zu sein. Als erster Transport wurden wir auf der neuen Strecke nach Theresienstadt gefahren und kamen dort ungefähr um 1/2 22 Uhr an. "Niemand aussteigen." Erster Eindruck: Entlang des Zuges viele junge Männer und Frauen in tadelloser Kleidung und bester Stimmung. "Koffer und Rucksäcke bleiben im Wagen, mit Handgepäck

aussteigen." Eintritt in eine der Festungskasematten, Jägerkaserne genannt. "Geld, Schmuck und Rauchwaren sind sofort abzuliefern, bei schwerster Strafandrohung." Leibesuntersuchung durch tschechische Gendarmerie. Hierbei Beschlagnahme meines teuren Taschenmessers und [meiner] Taschenlampe; den anderen auch nur Kleinigkeiten. Untersuchung auf Läuse. Ablieferung der Kofferschlüssel zur Kontrolle, hier Durchschleusung genannt. Es wird uns warme Kartoffelsuppe angeboten, eine große Anzahl Leute als Transporthilfe begleitet uns von einem in den anderen Raum. Mehrmalige Aufnahme der Personalien. Endlich gegen 1/2 24 Uhr Abmarsch ins Quartier, hier "Ubikation" genannt. Stockfinstere Nacht, einige Straßen, an denen man große Häuser unterscheiden kann, stolpern - nur mit dem Handgepäck - durch Höfe und werden in einem kleineren Hause auf den Speicher geführt. Alle Speicher sind in Theresienstadt mit Ziegelsteinen gepflastert.

[Nachtrag S. 4]

[10.3.3] Theresienstadt

Der Speicher ca. 14 x 8 m Bodenfläche, drei elektrische 25 Watt Lampen. Dachluken ohne Glas. Auf dem Fußboden Matratzen und holzwollegefüllte Ersatzmatratzen aus Papierstoff. 20 Personen unseres Transportes, die übrigen, ohne die Kranken, die sofort in Siechen- oder Krankenhäuser kommen, in ein Parterrezimmer im gleichen Haus. Jede Familie sucht so schnell wie möglich zur Ruhe zu kommen, denn die Nacht vorher hat fast niemand geschlafen.

19.6.1943. Alles hat annehmbar, wenn auch unbequem geschlafen. Jede Familie holt Kaffee in einer Kasernenküche - Hannover. Kaum daß wir unsere wenigen Sachen etwas geordnet haben, kommen Besuche der bereits hier befindlichen Nürnberger. Leider sind es nur noch ungefähr 160 Personen von den 533. Bereits 14 Tage nach ihrer Ankunft im September 1942 kamen 70 Personen - fast alle ganz alten - nach Polen; die übrigen sind im Laufe der 9 Monate verstorben. Die meisten glauben, wir haben Pakete für jeden Einzelnen mitgebracht, unaufhörliches Fragen, hauptsächlich ob der Krieg bald aus wäre. Die Organisation hat während der Nacht bereits bei dem Meldeamt - Zentralevidenz - alle Adressen eingetragen, so daß jeder unsere Wohnung erfahren konnte. Im Laufe des Vormittags bekommen wir auch unsere Essenskarten. Holen des Mittagessens. Erbsensuppe, Fleisch in Tunke, Kartoffel. Abends: Erbsensuppe, Nudeln mit Zucker. Gut gekocht, aber nicht ausreichend. Am Nachmittag Zustellung der Rucksäcke und Koffer, nach einigen Tagen, auf Reklamation, auch unserer Stühle. Medikamente, Cognac und ein Paar Sporthalbschuhe geschleust. Wir bekommen Bretter zur Unterlage unter die Matratzen, ich mache mir die mitgebrachte Hängematte auf. Ausbauen

der Unterkunft durch Einschlagen von mitgebrachten Haken und Nägeln. Werkzeug war sehr wichtig, denn niemand von den anderen hatte welches mit. Aus meinem nicht benötigten Bettbrett wird mit zwei Koffern ein Tisch improvisiert; abends die Koffer unter die Bettbretter. *[Nachtrag S. 5]* Kleidersäcke sehr von Nutzen. Ernennung zum Zimmerältesten, dessen Aufgaben: Verteilen des Wohnraumes, Ordnung und Reinigungsaufsicht, Verteilen der Brotportionen, Margarine, Zucker, Fleischkonserven (Leberpastete); Verdunklung. Beim Betreten der Straße überrascht von dem allgemeinen ungeheuren Personenverkehr. Der Raum des Ghettos (später Siedlungsgebiet genannt) ca. 115000 qm, sechs Längsstraße (L), 9 Querstraße (Q), ca. 45000 Juden. Die Hälfte Protektoratsangehörige, meist Leute bis 40 Jahre; viele Kinder, meist von den Eltern getrennt in Kinderheimen gut untergebracht. Bis vor einigen Monaten Erwachsene fast nur in Kasernen - Geschlechter getrennt - untergebracht. Magdeburger Kaserne - Verwaltungsräume, Prominentenwohnungen; Hannover Kaserne - Männer; Hamburger Kaserne - Frauen; Genie Kaserne - Frauen; Sudeten Kaserne - Männer; Bodenbacher Kaserne - Männer; Dresdner Kaserne - Frauen; Hoheneilber Kaserne - Krankenhaus; Cavalier Kaserne Kasematten - Altersheim; später dann noch Jäger Kaserne Kasematten - Männer. Ferner außerhalb der Ghettogrenzen Aussiger Kaserne - Unterbringung der Kleiderkammer unter ständiger Aufsicht der Kommandantur. Geschäfte mit dekorierten Schaufenstern, meist jedoch nur Ausstellungsstücke; Herrenkleider, Damenkleider, Schuhe und Wäsche, je zwei Geschäfte für zwei verschiedene Preislagen (je nach Einkommen besondere Bezugsscheine). Koffer, Geschirr, Parfümerie, Galanterie, Kinderbekleidung, Lebensmittel und neun Friseurstuben. Die Ghetto-Bewohner setzen sich aus allen Bevölkerungsrassen bis zur Biskaya zusammen. Von einer weißen Negerin, Zigeunerinnen, Ungarinnen, Slawinnen, rumänisch-italienisches Blut, auffallend viele Blonde, auch weißblonde Albinos, bis zur hohen schlanken Westeuropäerin. Von mongolisch-slawischem Männertyp bis zum körperlich degenerierten Geistesakrobaten. Unter den jungen Tschechen schöne kräftige Gestalten, die Frauen außerdem stark mit Lippenstift und Haarbleiche. Auffallend hübsche Kinder - ca. 8000 unter 16 Jahren, darunter ca. 2500 Reichsdeutsche, meist Mischlinge.

[Nachtrag S. 6] Dieser Bericht ist erst im August 1944 nachträglich begonnen, deshalb nicht nach chronologischem Erleben:

Theresienstadt hat eine jüdische Selbstverwaltung unter Aufsicht der Dienststelle (Lagerkommandantur). An der Spitze "Der Judenälteste". Seit Februar 1943 Dr. Paul Eppstein von der Reichsvereinigung Berlin. Mit zwei Stellvertretern die Leitung - Zentralsekretariat. Unmittelbar der Leitung unterstellt: Gemeindegewache (Uniformmütze, Leib- und Schulterriemen), Detektivabteilung, Feuerwehr und Luftschutz (motorisierte Feuerwehrleiter), Wirtschafts-

überwachungsstelle, Zentralevidenz (Einwohneramt mit allen statistischen Büros), Bank. Der Verwaltungsapparat setzt sich aus folgenden selbständigen Abteilungen zusammen: Arbeitszentrale (Erfassung der Arbeitenden, Männereinsatz, Fraueneinsatz, Jugendeinsatz, Arbeitskontrolle, Arbeiterbetreuung, ärztliche Kontrolle und Untersuchungsstelle); Abt. für Innere Verwaltung: Rechtsabteilung, Raumwirtschaft, Gebäudeleitung, Matrik und Beerdigungswesen, Post und Verkehr, Transportleitung; Gesundheitswesen und Fürsorge: Krankenbetreuung, Heilmittellager, Laboratorien, sanitäre Einrichtungen, Amtsarzt, Fürsorgeabteilung; Jugendfürsorge: Erziehungsbetreuung, Sozialbetreuung, Heimbetreuung; Freizeitgestaltung: Technischer Dienst, Theater, Musik, Vortragswesen, Zentralbücherei, Sportveranstaltungen, Kontroll- und Außendienst, Verwaltung und Einrichtung von Sälen. Zur Leitung gehört noch das Ghettogericht mit Jugendgericht und die Transportabteilung für ankommende und abgehende Transporte; letztere ist im Juli 1944 nur noch hauptsächlich für ankommende Pakete aus dem Protektorat zuständig. Wirtschaftsabteilung: Zentralproviantur (mit Küchen), Inventarverwaltung, Produktion, Landwirtschaft, Lagerwesen und Gewerbebetriebe, Spedition. Technische Abteilung: Bauprüfstelle, Bauwesen, öffentliche Arbeiten, Gebäudeerhaltung, Vermessung, Graphik und Reproduktion, Maschinenbau. Finanzabteilung: Zentralbuchhaltung, Preisstelle, Bezugsscheinstelle, Geldanweisungsstelle. Im Ganzen mit allen Unterabteilungen 965 nach dem Stand vom 1. Juli 1944. Während des Winters waren noch mehrere [*Nachtrag S. 7*] Abteilungen für kriegswichtige Artikel, hauptsächlich Kisten (K.-Produktion) vorhanden. Diese hohe Zahl von Abteilungen gegenüber einem sonstigen Verwaltungskörper von einer Stadt mit ca. 50.000 Einwohnern (bisher höchste Belegzahl) hat verschiedene Gründe; es fallen in einem kommunalen Verwaltungskörper weg: bei Leitung: die Bank (7 Abt.); bei Arbeitszentrale werden zwar alle Stellen benötigt sein, jedoch in bedeutend geringerem Ausmaß, denn dort ist nur für die Arbeitnehmer zu sorgen, während in Theresienstadt alle Arbeitenden (ca. 20000) erfaßt werden müssen; bei Abt. für innere Verwaltung: Rechtsabteilung, Gebäudeleitung nur für den eigenen Grundbesitz, Post und Transportleitung; bei Gesundheitswesen käme nur der Betrieb von Krankenhäusern und die Fürsorge in Betracht; Freizeitgestaltung fällt ganz weg; für Wirtschaftsabteilung sind allein 162 Stellen vorhanden, die mit Ausnahme einiger Werkstätten und gegebenenfalls eigene Landwirtschaft entfallen. Bei technischer Abteilung müssen alle Installationen (Wasser, Elektro, Beheizung) mit untergebracht werden. Über die einzelnen Unterabteilungen wird gelegentlich Näheres berichtet.

20.6.1943. Wir haben uns einigermaßen eingerichtet, am meisten werden wir beneidet, daß wir an einem Tisch essen können, denn fast alle müssen auf ihren Betten sitzen. In den Kasernen sind zum großen Teil zwei- und dreistöckige ungehobelte Holzbettstellen (Kawalett); in

den Privathäusern (Block) schlafen fast alle am Fußboden. Die starke Belegung macht notwendig, daß jeder Quadratmeter Fläche ausgenützt wird. Bei Tage müssen daher die meisten Betten so zusammengelegt werden, daß nur jede Person ca. 1 qm belegt, um etwas Bewegungsfreiheit zu haben. Wir hätten mehr Eß- bzw. Kochgeschirr notwendig, ein fühlbarer Mangel beim Essenholen. Das Essen besteht im Allgemeinen aus Kartoffel- oder Graupensuppe, Pellkartoffeln mit Sauerkraut oder irgendeiner Tunke, abends Kaffee oder Suppe, hie und da auch einmal Pellkartoffeln. Die Großküchen werden von einer Zentrale (Brauhaus) aus mit Dampf geheizt, die Küchen für je 6 - 10000 Personen, Kinder-, Kriechlings-, Säuglings- und Diätküchen extra. Einmal in der Woche gibt es [Nachtrag S. 8] Buchten mit Kreme aus Kaffee, Mehl und Margarine hergestellt, ein- oder zweimal Fleisch (50 - 70 g) in Form von Gulasch oder Haschee; später wurde dann auch Portionsfleisch ausgegeben. Es gibt sechs Verpflegungsklassen: 1. Schwerstarbeiter, 2. Schwerarbeiter, 3. Halbschwerarbeiter, 4. Normalarbeiter, 5. Kurs- und Leichtarbeiter, 6. Betreute. 1., 2. und 3. erhalten das S-Brot (500 g täglich); 4. das N-Brot (375 g); 5. L-Brot, 6. K-Brot (beides je 333 g). Jeder erhält zur Zeit am Montag oder Dienstag ca. 60 g Margarine und eine Dose Leberpastete (oder Blutwurstpastete), brutto 250 g (richtig müßte es heißen, daß eine Dose auf vier Personen entfiel, doch wurden die Empfänger von K-Brot nicht beteiligt - H.G.A.) (108); letztere wurde später nur vereinzelt als Mittagessen (für alle - H.G.A.) abgegeben. Am Freitag gibt es für alle je 20 g Margarine; für S-, N- und L-Brotempfänger je 100, für K-Brotempfänger 70 g Zucker. Der letztere wurde den Häusern im Anfang insgesamt zugewiesen und mußte von Hausältesten oder dessen Stellvertreter an die Zimmerältesten oder die Einzelpersonen verteilt werden. Ich erhalte für unseren Raum einen Topf voll und muß feststellen, daß über 20 % fehlen; bei einer einige Zeit später einmal stattfindenden Revision wird der Verteiler im Haus erwischt, daß er über 500 g für sich behalten hat. Seit langem wird der Zucker jetzt in abgewogenen Tütchen abgegeben, aber bei Zucker und Margarine und auch bei Brot ist fast durchweg ein Manko von 10 % festzustellen. Beim Essenholen kommt einem die ganze Tragik unserer Lage zum Bewußtsein. In langen Reihen von 6 - 10 Schaltern stehen die Schlangen, meist mit primitiven Holzessensträgern oder nur mit zwei Eßgefäßen. Wir holen meist für uns sechs Personen zusammen. Sofort nach Erhalt am Schalter schlürfen die alten hungrigen Menschen im Gehen und Stehen ihre Suppe, würgen die Kartoffeln oder Knödel hinunter und nehmen sich nicht die Zeit, das Essen heim zu tragen oder sich in dem schönen, von hohen Kastanien beschatteten Kasernenhof auf die Bänke hinzusetzen. Ein besonders trauriger Anblick sind die alten Männer und Frauen, die an den Reihen entlang schleichen und an die Jüngeren mit der Frage "nehmen Sie Ihre Suppe?" herantreten. Ich sah bekannte Frauen, die mehrere hunderttausend

Mark als Einkaufsgeld [*Nachtrag S. 9*] entrichtet hatten, in dieser Weise um einen Schöpfer Suppe betteln.

Arbeitsprämie. Außer den genannten Lebensmitteln erhalten die in Dauerarbeit Stehenden Dekadenprämien, später in Monatsprämien umgewandelt. Je nach der Verpflegungskategorie - monatlich 60 - 150 g Margarine, 60 - 100 g Zucker, auch vereinzelt Wurstpastete. Bei besonderer Arbeit, hauptsächlich Nachtarbeit, 100 - 250 g Brot für den Arbeitstag. Über die Lebensmittelversorgung wird noch öfter zu berichten sein.

21.6.1943. Wir haben uns bei der Einsatzstelle zur Arbeitseinteilung zu melden. Es ist allgemein üblich, daß man mehrere Monate in der "Hundertschaft" arbeiten muß, bevor man eine feste Arbeitsstätte zugewiesen erhält. In der Hundertschaft wird man jeden Tag zur Arbeit eingeteilt. Die Männer zu Transport-, Reinigungs- und sonstigen Arbeiten; die Frauen hauptsächlich zur Putzkolonie oder auch Transport in den Holzbearbeitungswerkstätten; auch in die Bäckerei zum Brottragen. Letztere Arbeit wird bevorzugt, weil man dabei offiziell pro Schicht ein Pfund Brot erhält, außerdem - ‚inoffiziell‘ - was man sonst noch schleusen kann. Über das unbefugte Mitnehmen in den Magazinen (Schleusen) wird noch manches zu sagen sein. Bei den Männern kommt in dieser Beziehung in Frage hauptsächlich Arbeiten für die Küche. Ich werde mit noch zwei Männern ins Zentrallager zum Abholen von Schreibmaterialien mit einem zweirädrigen Handkarren geschickt, (erst am 22.6.). Julius [Neuberger, Bernhards Schwiegersohn] und Herbert [Kolb, Bernhards Sohn] kommen zum Kartoffeltragen, Reta [Kolb, Bernhards Frau] in die Hauptkleiderkammer, Erna [Neuberger, geb. Kolb, Bernhards Tochter] zur Putzkolonie; wir haben uns am 22.6. morgens 7 Uhr 15 zu melden.

22.6.1943. Die Arbeit in der Hundertschaft ist meistens nicht schwer denn es werden die doppelte Anzahl von Personen eingeteilt als notwendig wären, weil ein großes Überangebot von Arbeitskräften ist. Wer über 60 (Frauen 55) Jahre alt ist, braucht nur vier Stunden zu arbeiten. Für den Dienst als Zimmerältester werden mir täglich vier Stunden gutgeschrieben, ich möchte aber außerdem eine geregelte Arbeit. Bei der Hundertschaft werden Männer [*Nachtrag S. 10*] über 60 Jahre sehr viel zu Reinigungsarbeiten (Straßen- und Hofkehren, Klosettdienst usw.) herangezogen, was ich nicht gerne machen möchte, obwohl man dabei nur zwei bis drei Stunden sehr leichten Dienst hat. Am Mittag werde ich gefragt, ob ich täglich zwei Stunden Torwache (die für vier Stunden gerechnet werden) während der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr statt Hundertschaft machen würde. Da ich dadurch den ganzen Tag frei habe und mich der Einrichtung unserer Unterkunft widmen kann, nehme ich an. L-Brot ist damit verbunden, N-Brot wurde in Aussicht gestellt. - Die Freizeitgestaltung veranstaltet nicht nur in bestimmten Lokalen - Festsaal im Rathaus, hergerichtete Kasernen und Hausspeicher - Theater und Kon-

zerte, sondern solange die Witterung es zuläßt Konzerte, Cabaret, Vorträge in den Höfen. Außer den Kasernen besteht Theresienstadt durch seine quadratische Bauart aus Blocks von 25 bis 30 Häusern. Die Höfe dieser einzelnen Blocks sind unter sich durch geschaffene Durchbrüche (s. Herberts Bilder) (109) mit einander verbunden. Im größten Hof werden ein paar Bettbretter auf Hocker oder Bänke gestellt, irgend ein alter Fetzen als Hintergrund an die Wand gehängt, jeder bringt ein Stühlchen mit und die Vorstellung kann beginnen. Neben einfachen Vorträgen (auf allen Gebieten) finden hochkünstlerische Leistungen statt. Das Programm, das allwöchentlich veröffentlicht wird, umfaßt 8 - 10 enggeschriebene Schreibmaschinenseiten und umfaßt 1. Theater und Cabaret, 2. Musik, 3. Jüdische Vorträge (viel in Iw-
rith) (110), 4. Allgemeine Vorträge (tschechisch, deutsch, englisch, französisch und später auch holländisch), 5. Kaffeehaus, 6. Sport, 7. Internes Programm. Unter letzterem (4 Seiten) sind auch die Veranstaltungen in den Höfen. Heute am 22.6. wohnen wir einer solchen Veranstaltung in unserem Hof bei.

23.6.1943. Wir sehen uns ein sehr gutes Fußballspiel auf einem schön gerichteten Sportplatz auf einer Festungsanlage (Bastei III, später Südberg) an.

[*Nachtrag S. 11*] 24.6.1943. Herbert hat sich sofort auf die Tischlerei gemeldet und wird ab heute dort eingestellt. Er darf dort Abfallholz mit nach Hause nehmen. In jedem Haus befindet sich unter einer Frau eine Wärmeküche, um das gefaßte Essen, das man fast kalt mit nach Hause bringt, aufzuwärmen, bzw. in beschränktem Umfang auch etwas aus eigenem Material zu kochen. Nachdem nun Herbert Holz und Julius Kartoffeln beibringen, mache ich sofort aus einer großen Konservenbüchse einen Ofen, mit dem nun an einer geschützten Stelle im Hof für jeden Mittag aus den beigebrachten Lebensmitteln und den Kartoffeln eine Aufbesserung der sehr mageren Menage vorgenommen wird. Reta richtet am Abend vorher oder morgens vor Arbeitsantritt das betreffende Gericht vor und ich stelle mein Öfchen auf ein paar Backsteine, setze mich auf einen Hocker und koche mit ganz klein gemachtem Holz Suppen, Gemüse, Pudding usw. Die Ausgabe des Essens an den Küchen erfolgt von 10.30 bis 13.30, gewöhnlich ohne daß man an eine bestimmte Zeiteinteilung gebunden ist; nur wenn bei Ausgabe besonderer Speisen oder aus anderen Anlässen eine Zusammenballung auf eine kürzere Ausgabezeit erfolgt, wird eine Einteilung (nach Wohnbezirken) vorgenommen. Gegen 11 Uhr hole ich das Essen, um es gleichzeitig mitzuwärmen, damit wenn Reta und Herbert gegen 12 Uhr kommen, alles bereit ist. Hedwig Neuberger, die sich freiwillig zum Kartoffelschälen (4 Stunden) gemeldet, hilft, soweit sie Zeit hat, beim Kochen mit. Reta bringt öfters wilde Gemüsepflanzen (Brennnessel, Wegekraut, Löwenzahn) von der Arbeitsstätte mit.

(Damit bricht das Manuskript ab.)

Fußnoten

(106) Siehe Fn. 70.

(107) Siehe Fn. 71.

(108) Die hier zweimal erscheinende Sigle "H.G.A." deutet darauf hin, daß Bernhard Kolb entweder mit dem Autor HG Adler (1910 - 1988) in Kontakt stand oder sein Standardwerk "Theresienstadt. 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Geschichte Soziologie Psychologie." (Tübingen 1955) kannte. Jedenfalls muß Kolb sein "Tagebuchfragment" deutlich nach 1946 überarbeitet haben.

(109) Bernhard Kolbs Sohn Herbert fertigte in Theresienstadt zahlreiche Zeichnungen und Aquarelle an.

(110) Modernes Hebräisch, wie es heute in Israel gesprochen und geschrieben wird.

[11 Verzeichnis der vom Bearbeiter verwendeten Literatur]

- * HG *Adler*: Theresienstadt. 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Geschichte Soziologie Psychologie. Tübingen 1955.
- * Wolfgang *Benz* (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933 - 1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. München 1989.
- * Emanuel *bin Gorion*, Alfred *Loewenberg*, Otto *Neuburger*, Hans *Oppenheimer* (Hg.): Philo-Lexikon. Handbuch des jüdischen Wissens. Berlin ³1936 (unveränderter Nachdruck Königstein/Ts. 1982).
- * Michael *Diefenbacher*, Rudolf *Endres* (Hg.): Stadtlexikon Nürnberg. Nürnberg 1999.
- * Wolfgang *Eckart*: Amerikanische Reformpolitik und deutsche Tradition Nürnberg 1945-1949. Nürnberg 1988.
- * Max *Freudenthal*: Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg 1874 - 1924. Nürnberg 1925.
- * Utho *Grieser*: Himmlers Mann in Nürnberg. Nürnberg 1974.
- * Gerhard *Jochem*: Mitten in Nürnberg. Jüdische Firmen, Freiberufler und Institutionen am Vorabend des Nationalsozialismus. Nürnberg 1998.
- * Gerhard *Jochem*, Ulrike *Kettner*: Gedenkbuch für die Nürnberger Opfer der Schoa. Nürnberg 1998.
- * Dies.: Gedenkbuch für die Nürnberger Opfer der Schoa - Ergänzungsband. Nürnberg 2002.
- * Christiane *Kohl*: Der Jude und das Mädchen. Eine verbotene Freundschaft in Nazi-deutschland. Hamburg 1997.
- * Johann *Maier*, Peter *Schäfer*: Kleines Lexikon des Judentums. Stuttgart 1981.
- * Arnd *Müller*: Geschichte der Juden in Nürnberg 1146 - 1945. Nürnberg 1968.
- * Friedrich *Müller*: Müllers Großes Deutsches Ortsbuch. Wuppertal ⁸1949.

- * Gerhard *Renda*: Judaica im Heimatmuseum - die Geschichte einer Bewahrung. In: Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums 1989, S. 49 - 56.
- * Herbert *Schultheis*: Bilder und Akten der Gestapo Würzburg über die Judendeportationen 1941 - 1943. Bad Neustadt a.d. Saale 1988.
- * Desider *Stern*: Werke von Autoren jüdischer Herkunft in deutscher Sprache. München 1963.
- * Erich *Stockhorst*: 5000 Köpfe. Wer war was im 3. Reich. Wiesbaden o.J.
- * Joseph *Walk*: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918 - 1945. München, New York, London, Paris 1988.
- * Bernhard *Ziemlich*: Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg von ihrem Entstehen bis zur Einweihung ihrer Synagoge. Nürnberg 1900.

[Index*](#)

[Home*](#)